



universität
wien

DIPLOMARBEIT

Titel der Diplomarbeit

„Die Beziehungen zwischen der EU und Russland:
Zusammenarbeit und Wertedifferenz“

Verfasserin

Isabella Gaisbauer

angestrebter akademischer Grad

Magistra der Philosophie (Mag.phil.)

Wien, 2012

Studienkennzahl lt. Studienblatt: A 300

Studienrichtung lt. Studienblatt: Politikwissenschaft

Betreuer: Univ.-Doz. Dr. Hannes Wimmer

Danksagung

Ich möchte mich bei meiner Familie und besonders bei meinen Eltern herzlich für die Unterstützung während des gesamten Studiums bedanken. Zudem danke ich Herrn Univ.-Doz. Dr. Wimmer für die kompetente Diplomarbeitsbetreuung.

Inhaltsverzeichnis

Danksagung.....	ii
1 Einleitung.....	1
1.1 Forschungsleitende Fragen.....	3
1.2 Forschungsinteresse.....	4
1.3 Methode.....	5
1.4 Aufbau der Arbeit.....	6
2 Theorie.....	8
2.1 Sozialkonstruktivismus.....	8
2.1.1 Kritik am Konstruktivismus.....	9
2.1.2 Konstruktivistische Betrachtung der EU-Russland-Beziehungen.....	10
2.2 Theorien zur Außenpolitik der EU.....	12
2.2.1 Normen und Werte der EU-Außenpolitik.....	13
2.3 Theorien zur Außenpolitik Russlands.....	16
2.3.1 Realismus und Neorealismus.....	18
2.3.2 Kritik am Neorealismus.....	19
2.4 Das Konzept der politischen Kultur.....	20
2.4.1 Kritik.....	22
2.5 Die Einordnung des politischen Systems Russlands.....	23
2.5.1 „Defekte Demokratie“.....	24
2.5.2 Kritik.....	27
3 Die Zusammenarbeit zwischen der EU und Russland.....	31
3.1 Partnerschafts- und Kooperationsabkommen.....	31
3.2 Gemeinsame Strategie der EU für Russland.....	33
3.3 Russlands Strategie gegenüber der EU.....	36
3.4 Strategische Partnerschaft.....	37
3.4.1 Optionen der EU im Umgang mit Russland.....	39
3.5 Modernisierungspartnerschaft.....	41
3.6 Interessen und Ziele.....	44
3.7 Probleme und Konflikte.....	45
3.7.1 Öl- und Gasabhängigkeit.....	45

3.7.2 Europäische Nachbarschaftspolitik und Östliche Partnerschaft...	48
3.7.3 Bilaterale Beziehungen und Unstimmigkeit in der EU-Russlandpolitik.....	51
3.7.4 Negative Sichtweisen aufeinander.....	54
4 Wertedifferenzen zwischen der EU und Russland.....	57
4.1 „Souveräne Demokratie“	58
4.2 Beschreibung des Konzepts.....	58
4.3 Analyse der „Souveränen Demokratie“	61
4.3.1 Ideen und Werte	61
4.3.2 Innenpolitische Funktionen	63
4.3.3 Außenpolitische Funktionen.....	64
4.3.4 Hintergründe für die Entstehung der „Souveränen Demokratie“ ..	65
4.3.5 Politischer und historischer Hintergrund	65
4.3.6 Intellektueller und philosophischer Hintergrund	69
4.3.7 „Souveräne Demokratie“ unter Medwedew.....	70
4.4 Innenpolitische Auswirkungen der „Souveränen Demokratie“	71
4.4.1 Schwächung des Regionalismus	71
4.4.2 Stärkung der loyalen Eliten	72
4.4.3 Stärkung einer Partei in einem schwachen Parteiensystem	73
4.4.4 Einschränkung der Medienfreiheit	76
4.5 Außenpolitische Auswirkungen der „Souveränen Demokratie“	79
4.5.1 Die Rolle Russlands im internationalen System und im postsowjetischen Raum.....	79
4.5.2 Auswirkungen auf die Beziehungen zwischen der EU und Russland.....	82
4.6 Unterschiedliche Sichtweisen und Wertedifferenzen.....	84
4.6.1 Souveränität.....	84
4.6.2 Vorstellung über die Gestaltung der Beziehungen.....	87
4.6.3 Demokratie	88
5 Fazit und Ausblick.....	91
6 Quellenverzeichnis	99
6.1 Literaturverzeichnis	99
6.2 Internetquellenverzeichnis.....	114

7 Anhang	123
7.1 Abstract	123
7.2 Lebenslauf	124

1 Einleitung

„Today, building a sovereign democratic state, we share the values and principles of the vast majority of Europeans.“¹

„Selbstverständlich müssen die grundlegenden Prinzipien der Demokratie, der demokratischen Institutionen den Realitäten des gegenwärtigen russischen Lebens, unseren Traditionen und unserer Geschichte angepasst werden. Und wir werden das selbst machen.“²

„So lange in Russland Rechtsunsicherheit herrscht, so lange es keine gemeinsamen Werte gibt, so lange wird man wohl kaum zu einer echten Partnerschaft auf der Basis gegenseitigen Vertrauens kommen.“³

Die angegebenen Zitate illustrieren die Komplexität der Beziehungen zwischen der EU und Russland: Während einerseits Bekenntnis zu den gemeinsamen Werten abgelegt wird, zeichnet sich andererseits eine Differenz ab, die die Beziehungen zwar nicht offen konfrontativ, aber dennoch spannungsvoll gestaltet.

Schon historisch gesehen ist das Verhältnis Europa/Russland ein ständig wechselndes. Während Zar Peter der Große im 18. Jahrhundert versuchte, Russland zu „europäisieren“, indem er europäische Gepflogenheiten und Verhaltensregeln einführte (Neumann 1996, 1) und später Katharina die Große proklamierte: „Russland ist eine europäische Macht!“ (ebd, 12), setzte im 19. Jahrhundert eine Gegenbewegung ein und diktierte die Abgrenzung zu Europa und die Besinnung auf die „russischen Werte“ (ebd, 20f.). Eine weitere Abgrenzung folgte im 20. Jahrhundert, indem Russland das sozialistische Modell um-

¹ Wladimir Putin (2007) anlässlich des 50-jährigen Bestehens der Europäischen Union, siehe http://www.eeas.europa.eu/russia/docs/russia_brochure07_en.pdf, S. 3, [Zugriff: 12.7.11].

² Wladimir Putin in einem Interview für slowakische Medien, zit. in „Nesawisimaja Gaseta“ vom 25.2.2005, siehe: http://www.ng.ru/politics/2005-02-25/1_summit.html, [Zugriff: 31.10.11], eig. Übersetzung.

³ siehe den Kommentar von Erhard Busek, Direktor des EU-Russia-Centers in Brüssel, in „Die Presse“ vom 7.12.2010: <http://diepresse.com/home/meinung/gastkommentar/616419/Russland-modernisieren-aber-wie>, [Zugriff 12.7.11].

setzte (ebd, 1f.). Nachdem die Sowjetunion 1991 endgültig kollabiert war, musste die EU eine Reihe neuer Strategien und Instrumente entwickeln, um mit den neu entstandenen Staaten Beziehungen aufzubauen. Für die Russländische Föderation als unwahrscheinlichen EU-Beitrittskandidaten entwickelte die EU das Instrument des Partnerschafts- und Kooperationsabkommens (Hughes 2006, 2). Das Partnerschafts- und Kooperationsabkommen mit Russland trat 1997 endgültig in Kraft (ebd, 11). Dieses Abkommen bietet bis heute das institutionelle Rahmenwerk für die Beziehungen, obwohl 2003 die „Vier gemeinsamen Räume“ festgelegt wurden, auf deren Basis eine „Strategische Partnerschaft“ mit den Zielen eines gemeinsamen Wirtschaftsraums, der Personenfreizügigkeit, der gemeinsamen äußeren Sicherheit und der Kooperation in Bildung, Wissenschaft und Technik angestrebt wird.⁴ Für Russland ist das Partnerschafts- und Kooperationsabkommen und die damit verbundene Institutionalisierung der Beziehungen mit der EU die umfassendste internationale Vereinbarung (Bastian 2006, 78). Vor dem Hintergrund der wirtschaftlichen Verstrickung erscheinen dies logisch: Die EU ist der größte Handelspartner Russlands⁵, für die EU ist Russland der drittgrößte Handelspartner⁶, wobei vor allem der Import von Erdöl und Erdgas von großer Bedeutung ist, da die EU-27 40,8% des Erdgases und 34% des Erdöls aus Russland beziehen⁷.

Trotz der Notwendigkeit der politischen Beziehungen vor dem Hintergrund der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen, sind die Beziehungen im Hinblick auf die in den Abkommen zitierten „gemeinsamen Werte“ wie Achtung politischer und wirtschaftlicher Grundfreiheiten, Anerkennung demokratischer und rechtsstaatlicher Prinzipien und der Schutz von Menschenrechten getrübt (Bastian 2006, 80). Insbesondere in Bezug auf das Verständnis von Demokratie zeich-

⁴ siehe das Dokument von Farina Busch und Margot Heimbach vom 29.7.2009, Wissenschaftliche Dienste, Deutscher Bundestag: Strategische Partnerschaften der Europäischen Union: http://www.bundestag.de/dokumente/analysen/2009/strategische_partnerschaften_eu.pdf, [Zugriff: 12.7.11].

⁵ siehe http://ec.europa.eu/trade/creating-opportunities/bilateral-relations/countries/russia/index_en.htm, [Zugriff: 23.8.11].

⁶ siehe http://eeas.europa.eu/russia/index_en.htm, [Zugriff: 23.8.11].

⁷ aktuellste Zahlen aus 2007, siehe: Statistical Pocketbook 2010: EU energy and transport in figures, S. 31, Quelle: Eurostat Mai 2009, http://ec.europa.eu/energy/publications/statistics/doc/2010_energy_transport_figures.pdf, [Zugriff: 7.9.11].

nen sich in den Beziehungen zu Russland Differenzen ab. Das von Wladimir Putin geprägte gegenwärtige politische System weist zwar formal eine demokratische Verfassung auf (Mommsen/Nußberger 2007, 22), gilt unter Kritikern aber als Scheindemokratie oder autoritäres System (Mommsen 2010, 27f.). Für die Erfinder der „Souveränen Demokratie“ jedoch ist dieses Modell nur im Kontext der russischen Geschichte zu verstehen, spiegelt die Besonderheit Russlands wider und ist als Abgrenzung zu den liberalen Demokratien des „europäischen“ Typs zu sehen (Ju 2010, 2).

1.1 Forschungsleitende Fragen

A) Worin bestehen die Interessen und Ziele vonseiten der EU und Russlands hinsichtlich der Zusammenarbeit bzw. Partnerschaft und welche Probleme ergeben sich daraus?

Wichtig ist die Frage, welchen Stellenwert die Beziehungen jeweils haben und welche Interessen und Ziele damit verbunden sind und in weiterer Folge ob und wenn ja, welche Unterschiede sich in Bezug darauf ergeben und wie sich diese auswirken.

B) Welche Wertvorstellungen, Ideen und Identitätskonstruktionen werden jeweils von der EU und Russland in den Beziehungen zueinander vertreten?

Welche Differenzen treten im Hinblick auf das gegenwärtige russische „Demokratiemodell“ („Souveräne Demokratie“) auf?

Was sind die Hintergründe, Werte und Ideen dieses Modells und wie wirken sich diese auf die Beziehungen zur EU aus?

Von Interesse ist, wie die jeweiligen Wertvorstellungen und Identitäten konstruiert werden, welchen Zweck dies hat und ob sich Differenzen in Bezug darauf ergeben. Wichtig ist die Frage nach der Sichtweise aufeinander, dem Selbst- und Fremdbild und danach, welche Auswirkungen die angenommenen Differenzen haben. Im Zusammenhang damit ist die „politische Kultur“ Russlands anzuführen und die traditionellen und historischen Werte und Ideen, auf denen diese basiert. Hierbei sollen das Modell der „Souveränen Demokratie“, dessen Ideen und Legitimationsquellen in den Vordergrund gerückt werden.

Auch soll der Frage nachgegangen werden, ob es sich hierbei um ein Projekt der politischen Elite handelt und wie die Einstellung der russischen Bevölkerung dazu ist. Dies lässt sich etwa an den Ergebnissen von Meinungsumfragen ablesen.

1.2 Forschungsinteresse

Das Forschungsinteresse besteht darin, eine Bestandsaufnahme der EU-Russland-Beziehungen vor dem Hintergrund der Annahme, dass diesen Beziehungen ein gewisses gegenseitiges Unverständnis zu Grunde liegt, darzustellen. Die Annahme stützt sich neben persönlichen Erfahrungen im Gespräch mit Russen und Russinnen auch auf die Beobachtung medialer Berichterstattung über Russland und dessen Beziehungen zum „Westen“, darunter eben auch jene zur EU. Mit Hilfe einer umfassenden Literaturrecherche und des Heranziehens von Autoren und Meinungen „beider Seiten“ soll dem (Un)Verständnis voneinander auf den Grund gegangen werden. Viele Arbeiten zum Thema EU-Russland-Beziehungen sind von Einseitigkeit geprägt. Mit dieser Arbeit soll der Versuch unternommen werden, beide Sichtweisen auf die Beziehungen zu thematisieren. Jedoch ist die Frage der Ausgewogenheit auch mit dem Zugang zu Literatur verbunden, wobei jene von europäischen Autoren und somit meist aus EU-Sicht leichter zugänglich ist als jene von russischen. Dennoch wurde versucht, ein möglichst ausgeglichenes Bild zu liefern.

Zudem soll der Frage nachgegangen werden, welche Rolle Werte, Ideen und Identitätskonstruktionen generell im jeweiligen außenpolitischen Handeln spielen, da die Gestaltung von Beziehungen nicht nur von „Sachzwängen“ geprägt ist, sondern auch die jeweiligen Vorstellungen von Werten das Verhalten einander gegenüber beeinflussen. Um den Abstraktionsgrad der Definition von „Werten“ zu verringern, soll am Beispiel des russischen „Demokratiemodells“ verdeutlicht werden, welche Werte und Ideen diesem zu Grunde liegen und woraus sich eine Differenz zu der von der EU forcierten Vorstellung von Demokratie ergibt.

Dass sich eine Differenz ergibt, basiert auf dem Argument, dass Demokratie in einer Gesellschaft nur dann etabliert werden kann, wenn die Werte der politi-

schen Kultur die Voraussetzung dafür bieten. Die Schaffung demokratischer Institutionen alleine reicht nicht aus. Dies lässt sich in den Nachfolgestaaten der Sowjetunion beobachten (Inglehart/Welzel 2005, 5), zu denen eben auch Russland gehört.

Die Wichtigkeit des Forschungsgegenstandes „EU-Russland-Beziehungen“ ist dahingehend zu begründen, dass beide an guten Beziehungen interessiert sein müssen, da sie wirtschaftlich eng miteinander verbunden sind und eine umfassende Partnerschaft beiden mehr Gewicht im internationalen System verleihen kann (Bastian 2006, 76f.). Da dies zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht unbedingt der Fall ist, sollen mögliche Erklärungen dafür gegeben werden.

1.3 Methode

Das Thema wird hauptsächlich mittels ausgewählter Monographien, Sammelwerke, Aufsätze aus den Bibliotheken der Universität Wien und der Österreichischen Nationalbibliothek, sowie Texte aus E-Journals und von Think Tanks, die online abrufbar sind, bearbeitet. Hinzu kommen Dokumente der EU und russischer politischer Institutionen, etwa jene über die Abkommen und Partnerschaften zwischen der EU und Russland und jeweilige offizielle Publikationen. Die Texte werden mit der Methode der Dokumenten- und Inhaltsanalyse untersucht. Der Vorteil der Methode besteht darin, dass aus den Texten jene Informationen gewonnen werden können, die zur Beantwortung der Forschungsfragen nötig sind. Mithilfe eines Analyseleitfadens können Texte auf ihren Gehalt zur Beantwortung der Forschungsfragen analysiert werden (Patzelt 2003, 149f.). Die Texte sind in deutscher, englischer und russischer Sprache gehalten. Durch das Heranziehen von russischsprachiger Literatur und russischsprachigen Autoren soll eine mögliche Einseitigkeit in der Betrachtungsweise der EU-Russland-Beziehungen vermieden werden und ein Fokus auf die jeweiligen Blickwinkel auf die Beziehungen gelegt werden. Wichtig erscheinen auch Ergebnisse von Meinungsumfragen zum Thema, die zum Beispiel vom russischen Levada-Institut durchgeführt wurden. Anzumerken ist, dass Ergebnisse von Meinungsumfragen besonders kritisch zu analysieren sind, da die Ergebnisse häufig von den Fragestellungen abhängen und Meinungsforschungsinstitute oft nicht völlig

unabhängig sind. Für Politiker dienen die Ergebnisse jedoch als Legitimationsquelle für ihr politisches Handeln und sind daher auch für die Aufarbeitung des Themas von Relevanz.

Besonders informativ und meinungsbildend für die Betrachtungen der Beziehungen aus russischer Sicht war die Teilnahme an der Sommerschule „EU-Russia: partners or rivals?“ an der Moscow State University (MSU) im August 2011, wo ich die Möglichkeit hatte, Vorlesungen zu besuchen, die von verschiedenen Professoren der Universität, aber auch vom ehemaligen stellvertretenden ständigen Vertreter Russlands bei der EU gehalten wurden. Zudem konnte ich auch direkt mit Vertretern der russischen Politik, etwa einem Abgeordneten der liberal-demokratischen Partei und dem Vorsitzenden der zentralen Wahlkommission sprechen, wodurch wertvolle Einblicke in die russische Innenpolitik gewonnen werden konnten.

1.4 Aufbau der Arbeit

Im zweiten Kapitel, dem Theoriekapitel, soll ein Überblick über Theorien und Ansätze, die sich mit der Betrachtung von EU-Russland-Beziehungen sowie der EU-Außenpolitik und der russischen Außenpolitik beschäftigen, gegeben werden. Zudem sollen Ansätze zur Einordnung des russischen politischen Systems und die Kritik daran thematisiert und das Konzept der politischen Kultur angeführt werden.

Im dritten Kapitel, dem Kapitel „Die Zusammenarbeit zwischen der EU und Russland“, sollen das Partnerschafts- und Kooperationsabkommen, die „Strategische Partnerschaft“, die jeweiligen Strategien und die Modernisierungspartnerschaft sowie die Interessen, Ziele und Probleme, die in den Beziehungen auftreten, dargestellt werden.

Im vierten Kapitel, dem Kapitel „Wertedifferenzen zwischen der EU und Russland“, sollen die Merkmale, Hintergründe und Ideen der „Souveränen Demokratie“ und ihre Legitimationsgrundlage dargestellt werden. Weiters soll analysiert werden, welche innen- und außenpolitischen Auswirkungen das Konzept hat und worin die Wertedifferenzen und unterschiedlichen Sichtweisen bestehen.

Ebenso thematisiert werden soll das jeweilige Selbst- und Fremdbild der EU und Russlands.

Im fünften Kapitel, dem Schlusskapitel, soll ein Fazit sowie ein Ausblick auf eine mögliche weitere Entwicklung der Beziehungen zwischen der EU und Russland gegeben werden.

Vorab soll darauf hingewiesen werden, dass zugunsten der leichteren Lesbarkeit auf geschlechterangepasste Sprache verzichtet wurde, die männliche Form bezieht sich aber stets gleichermaßen sowohl auf Männer als auch auf Frauen.

Anstatt des offiziellen Staatsnamens „Russländische Föderation“ wird die Bezeichnung „Russland“ verwendet, da sich diese auch in der Literatur vorrangig wieder findet.

2 Theorie

2.1 Sozialkonstruktivismus

„Die Alltagswelt breitet sich vor uns aus als Wirklichkeit, die von Menschen begriffen und gedeutet wird und ihnen subjektiv sinnhaft erscheint.“ (Berger/Luckmann 1997, 21).

Im Zentrum des konstruktivistischen Ansatzes steht somit, *„dass die Wirklichkeit gesellschaftlich konstruiert sei und Wissen erst durch subjektive Konstruktion von Ideen und Konzepten entstehe“* (Berger/Luckmann 1966, zit. nach Mayer 2003, 17). Die konstruktivistische Sichtweise beinhaltet, dass die Art und Weise wie die materielle Welt geformt wird, von den Interpretationen des menschlichen Handelns und der Interaktion abhängig ist (Adler 1997, 322).

Im Zusammenhang mit dem Konstruktivismus wird stets vorgebracht, dass es sich hierbei nicht um eine Theorie der internationalen Beziehungen handelt, die ein Phänomen beschreibt, sondern vielmehr um einen Ansatz oder eine Denkorientierung (Ulbert 2006, 411). Somit ist der Konstruktivismus nicht zwangsläufig eine politische Theorie, sondern eine Sozialtheorie, die sich auf die internationalen Beziehungen anwenden lässt (Adler 1997, 323).

Als einer der wichtigsten Theoretiker des Ansatzes wird Alexander Wendt bezeichnet. Er beschäftigt sich mit der Frage, worauf das Handeln von Staaten basiert. In Abgrenzung zum Neorealismus folgert er, dass das Handeln nicht primär auf materielle Faktoren, sondern auch auf immaterielle zurückzuführen ist (Ulbert 2006, 414). Neu am Konstruktivismus ist, dass Ideen ein hoher Stellenwert beigemessen wird. Aufgrund von Ideen konstituieren sich Interessen und Machtgefüge im internationalen System. Dabei spricht Wendt aber den materiellen Faktoren ihre Wichtigkeit nicht ab (Wendt 1999, 135). Ausschlaggebend ist jedoch, dass Ideen die primäre Legitimationsbasis für das Handeln des Staates sind, denn durch sie werden Interessen und Strategien definiert (Krell 2000, 241). Bedingt sei dies durch die Struktur jeglichen sozialen Systems. So meint Wendt:

“Without ideas there are no interests, without interests, there are no meaningful material conditions, without material conditions there is no reality at all.” (Wendt 1999, 139).

Auch die Akteure selbst – die Staaten – konstituieren sich aufgrund von Ideen (Krell 2000, 241). Ein wichtiger Punkt dabei ist, dass sich die konstruierten Identitäten der Staaten über die Interaktion mit anderen Staaten herausbilden (Ulbert 2006, 424), da den Akteuren eine gewisse „Rolle“ – bzw. die Idee davon – zugeschrieben wird und sie ein Verständnis von sich selbst und anderen erhalten (ebd, 420). Als „Idee“ kann man das „Wissen über die Wirklichkeit“ zusammenfassen, da es Normen und Vorstellungen beinhaltet (Krell 2000, 241). Ideen stellen „kollektives Wissen“ dar und bedingen soziale Handlungen (Adler 1997, 325). Für Judith Goldstein und Robert Keohane sind Ideen Überzeugungen von Individuen (Goldstein/Keohane 1993, 3). Diese Überzeugungen können „Weltansichten“ wie Religionen sein, das Bewusstsein, was richtig oder falsch ist und die Einstellung, wie Ziele umgesetzt werden können (ebd, 8ff.). Ideen oder Überzeugungen sind deswegen von Bedeutung, weil sie die politische Agenda bestimmen. Daher besteht ein direkter Zusammenhang zwischen Ideen und den Resultaten des außenpolitischen Handelns (ebd, 11f.).

Neben Alexander Wendt sind noch weitere bedeutende konstruktivistische Autor zu nennen wie Peter Katzenstein, Nicholas Onuf oder Friedrich Krachtovil (Medvedev 2008, 11). Sich den Arbeiten jedes einzelnen Autors zu widmen, würde den Rahmen dieser Arbeit überschreiten. Wichtig ist, die Grundannahme des Konstruktivismus darzulegen:

„[...] the identities, interests and behavior of political agents are constructed by collective meanings, interpretations and assumptions about the world.“ (Adler 1997, 324).

2.1.1 Kritik am Konstruktivismus

Kritik am Konstruktivismus kann man dahingehend formulieren, dass der Ansatz keine Auskunft darüber gibt, warum welche Ideen von Bedeutung sind (Krell 2000, 254). In Bezug auf den Punkt, dass Akteure ihre Identität durch die Interaktion mit anderen Akteuren erhalten, da ihnen eine gewisse Rolle zuge-

geschrieben wird, kann eingewendet werden, dass Akteure ihre Rolle „spielen“ können, um ihre wahren Interessen und Intentionen zu verschleiern. Anderen Akteuren ist es nicht immer möglich, das Handeln des Gegenübers vorauszusehen, auch wenn sie annehmen, „Wissen“ über den anderen zu besitzen (Copeland 2006, 11f.). Im Zusammenhang mit den Akteuren wird bei Wendt kritisiert, dass – wie auch im (Neo-)Realismus – die zentralen Akteure weiterhin Staaten sind. Der Staatszentrismus und das Verständnis von internationaler Politik als primär zwischenstaatliche Beziehungen sind somit wichtige Kritikpunkte (Guzzini/Leander 2006, 76f.). Wendt sah diese Kritik voraus und verneinte in „Social Theory of International Politics“ nicht, dass auch nicht-staatliche Akteure eine wichtige Rolle spielen können. Jedoch sei ausschlaggebend, dass nicht-staatliche Akteure nur über staatliche Akteure Veränderungen herbeiführen können (Wendt 1999, 9). Ein weiterer Kritikpunkt am Konstruktivismus bezieht sich auf die Annahme, dass das Handeln von Staaten in erster Linie auf Ideen und nicht auf materiellen Interessen beruht. In diesem Zusammenhang wird kritisiert, dass materielle Realitäten von Menschen erfassbar sind, auch wenn die dahinter stehenden Ideen nicht vermittelt werden (Behnke 2006, 50f.).

In der Forschung der internationalen Beziehungen wurden jedoch durch den Konstruktivismus nach einer Dominanz der rationalistischen Theorien idealistische Annahmen wieder beachtet, wodurch in weiterer Folge versucht wurde, rationalistische und idealistische Grundannahmen zu kombinieren (Ulbert 2006, 434).

2.1.2 Konstruktivistische Betrachtung der EU-Russland-Beziehungen

Der Konstruktivismus ist deswegen zur Betrachtung der Beziehungen zwischen der EU und Russland geeignet, da damit die Notwendigkeit der Übereinstimmung bei Werten, Normen und Identitäten als Voraussetzung für gelungene Kooperation untersucht werden kann (Medvedev 2008, 11).

Generell wird in der Analyse der Beziehungen häufig von einer „Inkompatibilität“ der politischen, ökonomischen und kulturellen Positionen der EU und

Russlands ausgegangen (Kononenko 2008, 198). Jedoch ist die Annahme dieser „Inkompatibilität“ nur eine Interpretationsmöglichkeit, die politische Praxis zu begreifen (ebd, 204).

Folgt man aber dieser Interpretation, sind die unterschiedlich konstruierten Identitäten der grundlegende Faktor für die Nichtübereinstimmung zwischen der EU und Russland, was aber nicht bedeutet, dass unterschiedliche politische und materielle Interessen eine untergeordnete Rolle spielen (Medvedev 2008, 9). Der Konstruktivismus verbindet hier politische Praxis und Identitätskonstruktion (ebd, 11). Ausschlaggebend für die Konstruktion einer Identität ist die Abgrenzung zum „Anderen“. Anhand dieser Abgrenzung kann das „Selbst“ konstruiert werden (Neumann 1999, 111).

Zu definieren worin (außenpolitische) Identitäten bestehen, ist ein komplexes, vielleicht sogar unmögliches Unterfangen. Normen, Werte und Identitäten sind schwierig empirisch nachzuweisen, da sie vor allem sprachlich übermittelt werden (Bastian 2006, 54f.) und so verschieden interpretiert werden können. Aber gerade die zahlreichen Möglichkeiten der Interpretation machen die Beschäftigung damit interessant. So soll von jeglichem Versuch zur Definition der jeweiligen Identitäten Abstand genommen und stattdessen mögliche Interpretationen zur Identitätskonstruktion betrachtet werden.

Ein interessanter Ansatz dazu ist, dass staatliche Identitäten durch die Interaktion zwischen politischen Entscheidungsträgern konstruiert werden. In Bezug auf die EU-Russland-Beziehungen treffen nach Christer Pursiainen in Verhandlungen zwischen beiden Seiten unterschiedliche Ansichten zur Verhandlungsführung und Erwartungen bezüglich der Ergebnisse aufeinander. Während die EU-Seite annimmt, durch wechselseitige Abhängigkeit und die wichtige Rolle von internationalen Organisationen eine win-win-Situation herstellen zu können, bringen nach Auffassung der russischen Seite Verhandlungen und internationale Kooperation entweder Gewinner oder Verlierer hervor. Statt einer Differenz bei den Normen und Werten bedeutet dies eine Differenz in Hinsicht auf die Verhandlungspraktiken (Pursiainen 2008, 167). Diese Differenz trägt dazu bei, dass eine bestimmte Auffassung der jeweiligen Identitäten konstruiert wird. Wendt meint hierzu:

„The daily life of international politics is an on-going process of states taking identities in relations to Others, casting them into corresponding counter-identities, and playing out the result.“ (Wendt 1999, 21).

Nach Sergei Medvedev stelle sich die EU als postmoderner Akteur dar, der aus Nationalismus und Kriegen seine Lehren gezogen habe und seinen Nachbarstaaten als Vorbild diene. Die EU sehe demnach Russland als Staat im Wandel, der die Werte und Normen der EU übernehmen solle. Dahingegen sei die Identität Russlands in ihrer Vergangenheit als Supermacht und der Ansicht, ein Staat zu sein, der maßgeblich zur Entwicklung der „europäischen Zivilisation“ beigetragen habe, verankert. Ab den 2000ern komme eine „anti-westliche“ Haltung in der Identitätskonstruktion hinzu (Medvedev 2008, 14).

Trotz der rhetorischen Betonung der Gemeinsamkeiten und Kooperation, wie in Kapitel 3 ausgeführt werden wird, ist die Abgrenzung voneinander in Bezug auf Werte, Normen und Identitätskonstruktion zu beobachten, wie in den nachfolgenden Punkten und Kapiteln dargelegt werden soll. Vorerst gilt es jedoch, die Theorien zur EU-Außenpolitik sowie die Normen und Werte der EU zu betrachten.

2.2 Theorien zur Außenpolitik der EU

Zu Beginn muss festgestellt werden, dass es zwar eine Vielzahl von Theorien und Ansätzen zur Außenpolitik der EU gibt, aber keine übergreifende Theorie. So gibt es in der EU-Außenpolitikforschung neorealistische, konstruktivistische und neoinstitutionalistische Ansätze zur theoretischen Konzeptualisierung. Das Problem ist jedoch, dass die etablierten Theorien der internationalen Beziehungen auf dem Staat als zentralem Akteur basieren (Gänzle 2007, 49ff.). Neben dem „Staatszentrismus“ in der Theorie kommt im Hinblick auf die Effektivität der EU-Außenpolitik die Fragwürdigkeit einer gemeinsamen europäischen Identität hinzu, wodurch eine kohärente Außenpolitik kaum umsetzbar ist (Gordon 1997/98, 100). Neorealistische Skeptiker sehen die EU-Außenpolitik als „kleinsten gemeinsamen Nenner“ der nationalstaatlichen Regierungen (Bastian 2006, 27f.). Um ein geeintes Auftreten in der Außenpolitik zu gewährleisten, wurden im Vertrag von Lissabon, der mit 1. Dezember 2009 in Kraft trat, einige Ände-

rungen vorgenommen. Die augenscheinlichste Änderung ist wohl die Einführung des Amtes der Hohen Vertreterin für Außen- und Sicherheitspolitik, die zugleich Vizepräsidentin der EU ist (Dembinski 2010, 9). Der „Bürokratisierung der Außenpolitik“ wird etwa durch den im Entstehen begriffenen Europäischen Auswärtigen Dienst Ausdruck verliehen. Dies soll unter anderem ein sichtbares Zeichen nach außen sein, um die EU als außenpolitisch geeinten Akteur zu etablieren (ebd, 12). Zu diskutieren, ob dadurch die „Akteurhaftigkeit“ hergestellt werden kann, ist nicht Ziel dieser Arbeit, ebenso wenig, ob für die theoretische Betrachtung der EU-Außenpolitik die US-amerikanisch geprägten Theorien der internationalen Beziehungen geeignet sind oder ob die EU-Außenpolitik nicht vielmehr etwas gänzlich Eigenes darstellt, wie es auch häufig durch die Bewertung des politischen Charakters der EU als „sui generis“ zum Ausdruck gebracht wird (Bastian 2006, 28). Vielmehr soll betrachtet werden, welche Rolle Normen und Werte in der Außenpolitik der EU spielen.

2.2.1 Normen und Werte der EU-Außenpolitik

„Die Werte, auf die sich die Union gründet, sind die Achtung der Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und die Wahrung der Menschenrechte einschließlich der Rechte der Personen, die Minderheiten angehören. Diese Werte sind allen Mitgliedstaaten in einer Gesellschaft gemeinsam, die sich durch Pluralismus, Nichtdiskriminierung, Toleranz, Gerechtigkeit, Solidarität und die Gleichheit von Frauen und Männern auszeichnet.“ (siehe Vertrag von Lissabon, Artikel 1a).⁸

Neben diesen grundsätzlichen Werten sind wohl noch „nachhaltige Entwicklung“, „Marktwirtschaft“, „Antidiskriminierung“, „Einhaltung des Völkerrechts“, „Achtung der Grundsätze der UN-Charta“ und „Solidarität unter den Mitgliedsstaaten und Völkern“ zu nennen (siehe Artikel 2, Absatz 3 und 5).

⁸ siehe Vertrag von Lissabon:

<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:C:2007:306:0010:0041:DE:PDF>, [Zugriff: 21.9.11]. Alle weiteren Angaben beziehen sich auf den Vertrag von Lissabon.

Darüber hinaus sind liberale Normen wie „Freihandel“, „Souveränität“ oder „Zurückhaltung“ und das Verständnis, dass nur Demokratie zwischenstaatlichen Frieden schafft, hervorzuheben (Mayer 2003, 20).

„Freihandel“, weil:

„In ihren Beziehungen zur übrigen Welt schützt die Union ihre Werte und Interessen [...]. Sie leistet einen Beitrag zu [...] freiem und gerechtem Handel [...].“ (Artikel 2, Absatz 5).

„Souveränität“, weil:

„Die Union achtet die grundlegenden Funktionen des Staates, insbesondere die Wahrung der territorialen Unversehrtheit, die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und den Schutz der nationalen Sicherheit. Insbesondere die nationale Sicherheit fällt weiterhin in die alleinige Verantwortung der einzelnen Mitgliedstaaten.“ (Artikel 3a)

„Zurückhaltung“ aufgrund des Subsidiaritätsprinzips der EU, d.h. die EU wird nur im Rahmen der ihr vertraglich zugeschriebenen Zuständigkeiten tätig (Artikel 3b, Absatz 1 und 2).

Die innerhalb der EU geltenden Werte und Normen sind auch Basis für die Außenbeziehungen und werden somit nach außen getragen (Dembinski 2010, 15), denn:

„Die Union entwickelt besondere Beziehungen zu den Ländern in ihrer Nachbarschaft, um einen Raum des Wohlstands und der guten Nachbarschaft zu schaffen, der auf den Werten der Union aufbaut und sich durch enge, friedliche Beziehungen auf der Grundlage der Zusammenarbeit auszeichnet.“ (Artikel 7a).

Ersichtlich sind die Werte und Normen der EU nicht nur im Vertrag von Lissabon, sondern in sämtlichen Verträgen und Deklarationen der EU, wobei aber auch der historische Hintergrund eine Rolle spielt. So ist die Betonung von Frieden und Freiheit im Gründungsvertrag vor dem Hintergrund der unmittelbaren Nachkriegszeit zu verstehen (Manners 2002, 243).

Die EU setzt in ihrer Außenpolitik auf Werte und Normen als Mittel der Einflussnahme auf Dritte, da sie traditionelle Mittel wie Militär nur in geringem Maß besitzt und sich als internationaler Akteur positioniert, der bewusst darauf verzich-

tet (Haukkala 2005, 2). Ein Akteur kann einen anderen zu etwas zwingen, indem er Gewalt anwendet, damit droht oder aber versucht, ihn zu beeinflussen (Smith 2005, 67). Die Beeinflussung geschieht, indem ein Akteur seine Werte als erfolgreich und nachahmenswert darstellt, sodass andere Akteure diese übernehmen wollen. Durch seine „Anziehungskraft“ gelingt es dem Akteur, die anderen zu beeinflussen und zu überzeugen, wodurch er seine Ziele umsetzen kann. Joseph Nye nennt dies „soft power“ in Abgrenzung zu „hard power“ wie der Androhung von militärischer Gewalt oder ökonomische Sanktionen (Nye 2004, 5). In Bezug auf die EU bezieht sich die „Anziehungskraft“ darauf, dass ihr wirtschaftlicher Erfolg mit den liberalen Werten und Prinzipien verbunden ist, für die sie steht. Die EU kann sich hier als Vorbild positionieren. Verringert sich jedoch der (wirtschaftliche) Erfolg der EU, schwindet auch der Anspruch, als Vorbild in Bezug auf Werte und Prinzipien wahrgenommen zu werden (Haukkala 2010, 41). Bleibt dieser aber bestehen, kann die EU versuchen, Staaten dazu zu bewegen, Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit zu beachten, wodurch die EU ihre Vorstellung von „Ordnung“ umsetzen kann (Smith 2005, 79).

Ian Manners bezeichnet die EU als „normative power“ – der Argumentation von Edward Carr folgend, wonach es ökonomische, militärische Macht und „power over opinion“ gibt (Carr 1962, 108 zit. nach Manners 2002, 239). Einfluss übt die EU demnach nicht über militärische oder ökonomische Druckmittel aus, sondern verbreitet ihre Wertvorstellungen, indem sie die Beziehungen zu Drittstaaten institutionalisiert und Kooperationsabkommen abschließt (Manners 2002, 244).

Die Beziehungen zu Russland sind mittels des Partnerschafts- und Kooperationsabkommens institutionalisiert. Darin sind die „gemeinsamen Werte“ dargelegt, ebenso wie die Bestimmung, dass das Abkommen aufgelöst werden kann, wenn diesen Normen und Werten nicht nachgekommen wird. Ein Bruch der Werte der EU hat also auch rechtliche Konsequenzen (Haukkala 2005, 7f.) (siehe dazu Partnerschafts- und Kooperationsabkommen 3.1.).

Die EU verwendet in ihrer Außenpolitik „positive“ und „negative Konditionalität“ (Smith 2005, 75). Ersteres bedeutet, dass, indem die EU ökonomische Vorteile

wie Zugang zum Binnenmarkt, finanzielle Mittel und technische Unterstützung anbietet, sie tief greifende Reformen im Sinne ihrer Werte einfordern kann. „Negative Konditionalität“ bedeutet, dass der EU Sanktionen wie die Aufhebung oder Einschränkung der Abkommen und Programme oder Handelsembargos als Instrumente zur Verfügung stehen, sollten ihre Werte nicht eingehalten werden (Haukkala 2005, 15f.). Jedoch werden, wie Karen Smith kritisiert, die Maßnahmen der „negativen Konditionalität“ je nach Drittstaat unterschiedlich angewandt. Dies hängt von der „strategischen Bedeutung“ des Drittstaates sowie von den unterschiedlichen Standpunkten der EU-Staaten hinsichtlich der Wirksamkeit von Sanktionen ab (Smith 2005, 75). In diesem Zusammenhang ist meiner Ansicht nach festzustellen, dass etwa die weißrussische Führung wegen Nichteinhaltung demokratischer, menschenrechtlicher und rechtsstaatlicher Werte mit EU-Sanktionen konfrontiert ist, während für Russland keinerlei Sanktionen diskutiert werden, was vorrangig auf seine Wichtigkeit als Energielieferant zurückzuführen ist, auch wenn hinzuzufügen ist, dass die Situation in Weißrussland und Russland nicht unmittelbar vergleichbar sein muss.

Die Frage, ob und inwieweit die EU über eine „außenpolitische Identität“ verfügt, soll hier nicht primär thematisiert werden, da allein die Frage nach einer „europäischen Identität“ höchst strittig ist und die Definition dieser nicht Ziel dieser Arbeit ist. Festzustellen ist aber, wie in den nachfolgenden Kapiteln erläutert wird, dass die „Wertediffusion“ ein essenzieller Bestandteil der Außenbeziehungen der EU ist. Die Grenzen dieser Politik lassen sich anhand des Beispiels Russland gut darstellen.

2.3 Theorien zur Außenpolitik Russlands

Bei der theoretischen Betrachtung der Außenpolitik Russlands sind der Zeitabschnitt und die jeweilige Führung zu beachten. Nach Christian Thorun waren kurz nach dem Zerfall der Sowjetunion liberale Ideen im außenpolitischen Denken vorherrschend, während ab Mitte der 1990er realistisches Denken einsetzte (Thorun 2009, 28). Die Ideen in Michail Gorbatschows „Neuem Denken“, die die Umgestaltung der Sowjetunion vorsahen, fanden Widerhall in der Außenpolitik Russlands nach dem Zerfall der Sowjetunion. Dem „Neuen Denken“ eigen war

der Glaube an Kooperation und Interdependenz mit dem „Westen“ (Donaldson/Nogee 2005, 123). Gemeinsame Interessen und Werte sollten diese Annäherung zwischen Ost und West vorantreiben (Thorun 2009, 29). Jedoch ist anzumerken, dass die Annäherung an den „Westen“ auch durch die benötigte finanzielle Hilfe für Russland aus dem Ausland bedingt war (Donaldson/Nogee 2005, 230). Ab Mitte der 1990er nahm das realistische und geopolitische Denken der russischen Führung in der Außenpolitik zu (Thorun 2009, 30), ausgelöst durch Pläne der NATO, einige ehemalige Warschauer-Pakt-Staaten aufzunehmen (Donaldson/Nogee 2005, 252). Mit dem Amtsantritt Putins als Präsident 2000 verstärkten sich im außenpolitischen Denken die (neo-)realistischen Annahmen wie ein starkes Konkurrenzdenken im internationalen System. Vor allem der Ausbau und die Stärkung der russischen Wirtschaft sollten Russland als starken Akteur im internationalen System positionieren (Thorun 2009, 31). In der zweiten Amtsperiode Putins ab 2004 wurde das internationale System vermehrt als ein Russland feindlich gesinntes gesehen. Dabei wurden vor allem die Bemühungen des „Westens“, Russland und die ehemaligen Sowjetstaaten zu demokratisieren und „westliche“ Werte zu verbreiten nur als ein Mittel, um dessen Interessen zu sichern, betrachtet. Als Abgrenzung dazu müsse Russland Stärke zeigen und auf seinen eigenen Werten beharren (ebd, 31f.). Die Prinzipien der Außenpolitik und des außenpolitischen Handelns haben auch mit der Identitätsbildung zu tun, da angenommen werden kann, dass das Handeln und Denken in der Außenpolitik darüber definiert wird, wie eine Gesellschaft ihre Umwelt wahrnimmt und in weiterer Folge welche Interessen sich daraus ableiten lassen. Nationale Identität spiegelt sich somit in der Außenpolitik eines Staates wider (Prizel 1998, 14). Nach Thorun wird Russland von seiner Führung durchwegs als Großmacht dargestellt, die über wirtschaftliches Potenzial und militärische Ressourcen verfügt. In der zweiten Amtsperiode Putins kam noch das Bestreben hinzu, Russland als unabhängige, alternative Großmacht zum „Westen“ zu positionieren (Thorun 2009, 38f.). In der Außen- und Sicherheitspolitik ab dem Amtsantritt Putins kommen laut Marcel de Haas „traditionelle“ Grundannahmen des russischen Sicherheitsdenkens zum Vorschein: zum einen von Feinden umgeben zu sein und in Folge dessen nach Sicherheit zu streben und zum anderen auf den Großmachtsanspruch Russlands zu verweisen (de Haas 2010, 3).

Auch die Präsidentschaft Dmitri Medwedews stellte keinen wahrnehmbaren Bruch im außen- und sicherheitspolitischen Denken dar. In seinem außenpolitischen Konzept vom Juli 2008 und anhand der Prinzipien der Außen- und Sicherheitspolitik vom August 2008 legte er dar, dass Russland sich als Großmacht mit bedeutendem Einfluss auf internationale Entwicklungen sehe und die Rechte und Interessen von russländischen Staatsangehörigen auch im Ausland verteidigen werde. Betont wird auch, dass die Welt eine multipolare sein soll und nicht unipolar, d.h. von den USA dominiert. Die Beziehungen zu anderen Staaten, darunter auch jenen des „Westens“, sollen aber kooperativ gestaltet werden, wobei aber eine Orientierung der Außenpolitik gen Osten, d.h. in Form von intensivierten Beziehungen zu Indien und vor allem China, angestrebt wird (de Haas 2010, 84f.).

Die Annahme, dass Russland erstarken müsse, um ökonomisch, militärisch und im Wettbewerb um ein „einflussreiches“ Wertesystem nicht zurückzufallen und eine Großmacht zu werden oder zu bleiben, ist meiner Ansicht nach Ausdruck einer neorealistischen Denkweise, der ein starker Konkurrenzgedanke und das Streben nach Sicherheit und Unabhängigkeit innewohnen.

2.3.1 Realismus und Neorealismus

Die Theorie des Realismus ist zwischen 1930 und 1950 entstanden, als prägendster Autor gilt Hans Morgenthau mit seinem Werk „Politics among nations“ (Jacobs 2006, 39f.). Ausgehend von einem Menschenbild, in dessen Natur ein aggressiver, kriegerischer und egoistischer Charakter verortet wird, sieht Morgenthau diesen Charakter auch im Verhalten der Staaten zueinander widergespiegelt. Die souveränen Nationalstaaten versuchen demnach immer, ihre jeweiligen Interessen umzusetzen und in einem internationalen System, das von Anarchie geprägt ist, Macht anzuhäufen (ebd, 46f.).

Vor allem das negative Menschenbild des Realismus, bei dem der Machttrieb und der Egoismus als „naturgegeben“ angesehen werden, wird in der Weiterentwicklung der Theorie, dem Neorealismus, abgelehnt (Gu 2010, 71). Als Fortführung des Realismus stehen auch im Neorealismus die Sicherheitsinteressen der Staaten und die Annahme, dass jeder Staat auf sein eigenes Wohl konzent-

riert und nicht kooperationsfreudig ist, im Mittelpunkt. Kenneth Waltz und sein Buch „Theory of International Politics“ sind für diese Theorie prägend (Schörnig 2006, 65), aber auch „Man, the State and War“, worin Waltz befindet:

„Each state pursues its own interests, however defined, in ways that it judges best. Force is a mean of achieving the external end of states because there exists no consistent, reliable process of reconciling the conflicts of interests that inevitably arise among similar units in a condition of anarchy“ (Waltz 2001, 238).

Demnach gibt es im internationalen System keine übergeordnete Instanz mit Gewaltmonopol, es herrschen Anarchie und das Prinzip, dass sich die Staaten selbst helfen und für ihre Sicherheit Sorge tragen müssen (Gu 2010, 71). Ein wichtiger Punkt des Neorealismus ist auch, dass alle Staaten trotz ihrer unterschiedlichen politischen Systeme dieselben außenpolitischen Ziele haben, nämlich, angesichts der ständigen Bedrohung durch andere Staaten, die eigene Existenz zu sichern (Schörnig, 2006, 71). Demnach sind Staaten ständig bestrebt, Machtungleichheiten im internationalen System auszugleichen und gehen dafür auch Kooperationen ein, damit einzelne Akteure nicht zu mächtig werden (ebd, 75).

2.3.2 Kritik am Neorealismus

Internationale Organisationen, NGOs und transnationale Konzerne spielen eine untergeordnete Rolle in der Theorie des Neorealismus. Akteure sind einzig Staaten (ebd, 72). Kritik am Neorealismus kommt vor allem von konstruktivistischer Seite. Alexander Wendt kritisiert, dass die Anarchie und das Selbsthilfeprinzip von Neorealisten als gegebene Strukturmerkmale des internationalen Systems angesehen werden. Nach Wendt sind Anarchie, Selbsthilfe und Machtpolitik sozial konstruiert und bedingt durch Prozesse, nicht durch die Struktur (Wendt 1992, 394f.). Von Institutionalistinnen kommt die Kritik, dass für Staaten nicht primär Selbsthilfe, sondern Kooperation im Mittelpunkt stehe, um Bedrohungen durch andere Staaten abschwächen zu können (Gu 2010, 80).

2.4 Das Konzept der politischen Kultur

Das Konzept der „political culture“ geht auf Gabriel Almond und Sydney Verba und ihr Werk „Civic Culture“ zurück:

„The term ‚political culture‘ thus refers to the specifically political orientations – attitudes toward the political system and its various parts, and attitudes toward the role of the self in the system.“ (Almond/Verba 1965, 12).

Politische Kultur besteht somit aus subjektiven Einstellungen zu Politik innerhalb der Bevölkerung einer Nation. Sie beinhaltet Wissen, Meinungen, Empfindungen und Überzeugungen hinsichtlich der politischen Realität und politischer Werte. All dies ist das Ergebnis von Sozialisierung während der Kindheit, von Bildung und Medienkonsum sowie von politischen, sozialen und wirtschaftlichen Erfahrungen als Erwachsener. Die politische Kultur beeinflusst die Struktur und Umsetzung der Politik (Almond 1990, zit. nach Fuchs 2002, 29).

Für die Betrachtung politischer Kultur gibt es zwei Perspektiven. Zum einen jene, die politische Kultur als Ausdruck individueller Eigenschaften betrachtet. Politische Kultur lässt sich am Individuum untersuchen und ist nicht an einen Kontext gebunden, etwa an die Geschichte eines Landes. Zum anderen gibt es jene Perspektive, die politische Kultur als Teil sozialer Kollektive sieht, wobei politische Kultur Ausdruck historisch bedingter sozialer Praktiken ist. Aus dieser Perspektive ist das historische Erbe, materiell wie mental, für die Untersuchung der politischen Kultur von Bedeutung (Whitefield 2005, 2).

Die Zugehörigkeit zu einer politischen Gemeinschaft basiert entweder auf der Identifikation mit der Geschichte einer Nation oder auf der Identifikation mit den gemeinsamen demokratischen Werten (Fuchs 2002, 44). Dies ist vor dem Hintergrund der Kernelemente des Konzepts der politischen Kultur wichtig: Zum einen ist dies, dass die Demokratie allen anderen Herrschaftsordnungen vorzuziehen ist (ebd, 40). Zum anderen, dass die Demokratie nur stabil bleibt, wenn die Bürger die demokratischen Einstellungen verinnerlicht haben (ebd, 30).

In Bezug darauf, dass das Konzept der politischen Kultur Demokratie als Herrschaftsform bevorzugt, ist die Frage aufzuwerfen, welche Form der Umsetzung

von Demokratie hier als „Ideal“ gilt – im Sinne von Almond und Verba wäre dies die anglo-amerikanische Demokratie der 1950er – oder ob es mittlerweile unterschiedliche Demokratiemodelle gibt, wie es eben auch unterschiedliche Wertvorstellungen gibt, auf denen sie basieren können (ebd, 40).

Woraus besteht eine Demokratie nun grundlegend? Welche demokratischen Standards müssen vorhanden sein? Zusammengefasst sind dies: das allgemeine direkte und indirekte Wahlrecht; reguläre, freie und auf Wettbewerb beruhende Wahlen; Regierungskontrolle durch gewählte Volksvertreter; keine Unterdrückung der politischen Opposition; das Recht der Bürger, Interessensorganisationen und politische Parteien zu gründen; freier Zugang zu Informationsquellen (Bashkirova 2002, 328).

Folgt man der Argumentation von Ronald Inglehart und Christian Welzel besteht ein direkter Zusammenhang zwischen dem Bekenntnis zu demokratischen Werten in einer Gesellschaft und demokratischen Institutionen. Sind diese demokratischen Werte in einer Gesellschaft nicht vorhanden, kann es nur zu einer formalen Etablierung von demokratischen Institutionen kommen, aber zu keiner effektiven (Inglehart/Welzel 2005, 149). Voraussetzung für die Konsolidierung und Effektivität von (liberalen) Demokratien ist nach Inglehart und Welzel die Dominanz von „self-expression values“. Diese bilden sich in einer Gesellschaft in Folge von sozioökonomischer Entwicklung, d.h. dadurch dass die Menschen mehr Ressourcen erhalten, sei es materiell oder indem sie mehr Zugang zu Wissen und Bildung sowie die Möglichkeit, mit anderen Menschen in Kontakt zu treten, bekommen. Durch diese Ressourcen wird die materielle, soziale und intellektuelle Unabhängigkeit der Menschen gefördert (ebd, 151). Dadurch steigt auch das Bedürfnis nach Freiheit. Menschen haben durch die erlangten Ressourcen die Möglichkeit, eine Wahl zu treffen, sie verlangen daher auch verschiedene Wahlmöglichkeiten. In diesem Zusammenhang fordern sie auch politische und bürgerliche Rechte, wie sie einer liberalen Demokratie zu Grunde liegen (ebd, 152).

Die Frage, was zuerst vorhanden sein muss, die oben genannten Entwicklungen, die zur materiellen und sozialen Unabhängigkeit der Individuen beitragen, die diese veranlasst, Demokratie zu fordern oder aber demokratische Institutio-

nen, die womöglich demokratiefördernde Werte erst stiften müssen, bleibt heftig umstritten. Meiner Ansicht nach erscheint es aber nachvollziehbar, dass demokratische Institutionen von der Bevölkerung unterstützt werden müssen, um zu funktionieren, daher erscheint es auch logisch, dass eine demokratische Wertorientierung in der Gesellschaft gegeben sein muss, um eine „tatsächliche“ Demokratie statt einer rein formalen zu gewährleisten.

2.4.1 Kritik

Kritisiert werden am Konzept der politischen Kultur die Fragwürdigkeit der wissenschaftlichen Überprüfbarkeit und die Sinnhaftigkeit als wissenschaftliches Konzept. Vor allem aus der Perspektive der rational-choice-Theorie wurde das Konzept kritisiert (Fuchs 2002, 28). Zudem läuft der Begriff „politische Kultur“ Gefahr, ein „catch-all-term“ zu werden und unterschiedliche Themen wie nationaler Charakter, das Verhältnis zwischen dem Staat und den Bürgern oder kollektive historische Erfahrungen vereinen zu wollen (Dittmer 1977, 552).

Wie kann nun der Charakter der politischen Kultur Russlands interpretiert werden? Weit verbreitet ist die Annahme, dass autoritäre Elemente die gesamte russische Geschichte hindurch vorherrschend waren und sich dieses historische Erbe in der heutigen politischen Kultur widerspiegelt (Lukin/Lukin 2005, 15). Konkret würde das heißen, dass Demokratie schlichtweg keine „Tradition“ in Russland hat und stattdessen durch das zaristische und kommunistische Erbe ein autoritäres Regime bestehen bleibt (Sakwa 2005, 43) oder aber, dass die liberale Demokratie basierend auf Zivilgesellschaft und Marktwirtschaft, wie sie in westeuropäischen Staaten vorherrscht, für Russland inadäquat ist und Russland daher sein eigenes „Demokratiemodell“ entwickelt (ebd, 43f.), wie es unter Putin und dem Modell der „Souveränen Demokratie“ auch der Fall war. Die liberalen Demokratien Europas sollen dabei nicht als Vorbild, sondern lediglich als Basis gelten, denn die Existenz eines russischen Demokratiemodells ist auch Widerspiegelung der „Besonderheit“ der russischen Zivilisation (Ju 2010, 2) (siehe dazu Kapitel 4).

Nach Einschätzung zahlreicher Autoren kommt es in den jüngeren Demokratien zu Defiziten in den demokratischen Praktiken (Inglehart/Welzel 2005, 149).

Auch an Bezeichnungen für die theoretische Konzeptualisierung dieser „Demokratien“ mangelt es nicht. Eines davon ist das Konzept der „defekten Demokratie“, das auch für Russland häufig herangezogen wird. Im Folgenden soll dieses kurz erläutert werden sowie die Kritik daran und die Problematik der Einordnung des politischen Systems Russlands dargestellt werden.

2.5 Die Einordnung des politischen Systems Russlands

Die Transformationsforschung beschäftigt sich mit politischen Systemen, die sich im Übergang von einem politischen Regime zu einem anderen befinden, etwa von einem autoritären Regime zur Demokratie oder einer Form von Demokratie (O'Donnell/Schmitter 1989, 6). Im Fokus steht dabei welche Voraussetzungen für die Entwicklung von Demokratie gegeben sein müssen und welche für deren Konsolidierung (Merkel/Puhle u.a. 2003, 19).

Die „Demokratisierungswelle“ Ende des 20. Jahrhunderts hat einige Begriffe zur Bezeichnung der neu entstandenen post-autoritären Regime hervorgebracht, da diese zwar formal demokratische Merkmale aufweisen, sich in der Praxis aber von den Demokratien in den Industriestaaten stark unterscheiden (Collier/Levitksy 1997, 430). Im Versuch, diese Regime theoretisch zu konzeptualisieren, sind Begriffe wie „partielle Demokratie“ (White 2010, 265), „pseudo-democracies“, „semi-democracies“ (Diamond 1996/1999, zit. nach Rüb 2005, 93), „elektoralistische Demokratien“ (Rüb 2005, 93), „defekte Demokratien“. (Merkel/Puhle u.a. 2003) – kurz „Demokratien mit Adjektiven“ (Collier/Levitksy 1997, 430) entstanden. Diese politischen Systeme befinden sich in einer „Grauzone“, in der zwar bestimmte Merkmale einer Demokratie vorhanden sind, wie regelmäßige Wahlen, eine demokratische Verfassung und – wenn auch in eingeschränktem Umfang – Opposition und Zivilgesellschaft. Jedoch fehlt es den Wahlen an Legitimität, es herrscht ein geringes Vertrauen der Bevölkerung in politische Eliten und Institutionen und die politische Partizipation der Bürger ist niedrig (Carothers 2002, 9f.).

Im Zusammenhang mit dem politischen System Russland taucht auch der Begriff „gelenkte Demokratie“ auf (Markarov 2000, zit. nach Mommsen 2009, 307), wodurch die Frage berechtigt ist, ob der Begriff „Demokratie“ in diesem Kontext nicht fallen gelassen werden und stattdessen von einem „autoritären System“ (Mommsen 2009, 307), einer „Autokratie“ oder einem „neosowjetischen System“ gesprochen werden muss (ebd 2010, 25).

Anhand des Konzepts der „defekten Demokratie“ und der Kritik daran soll die Plausibilität einer theoretischen Konzeptualisierung von „demokratischen Subtypen“ diskutiert werden.

2.5.1 „Defekte Demokratie“

Der Begriff „defekte Demokratie“ wurde von Wolfgang Merkel, Hans-Jürgen Puhle u. a. geprägt und wie folgt definiert:

„Sie sind Herrschaftssysteme, die sich durch das Vorhandensein eines weitgehend funktionierenden demokratischen Wahlregimes zur Regelung des Herrschaftszugangs auszeichnen, aber durch Störung in der Funktionslogik einer oder mehrerer der übrigen Teilregime die komplementären Stützen verlieren, die in einer funktionierenden Demokratie zur Sicherung von Freiheit, Gleichheit und Kontrolle unabdingbar sind.“ (Merkel/Puhle u.a. 2003, 15).

„Defekt“ bedeutet nicht, dass Merkel/Puhle u.a. von einer „perfekten“ oder „idealen“ Demokratie ausgehen. Der „defekten Demokratie“ steht die liberale, rechtsstaatliche Demokratie gegenüber. In der „defekten Demokratie“ sind bestimmte demokratische Institutionen nicht vollständig ausgebildet oder werden von gewissen Akteuren zu ihren Gunsten gebraucht (ebd, 15). Merkel/Puhle u.a. kritisieren, dass es zwar viele Bezeichnungen für die „hybriden Regime“ gibt, aber keine systematische theoretische Beschreibung dieser. Dies liege vor allem an der uneinheitlichen und schwierigen Definition von Demokratie (ebd, 31). „Hybride Regime“ lassen sich weder als Autokratie noch als Demokratie kategorisieren und vereinen Merkmale von beiden. Merkel/Puhle u.a. kritisieren, dass dieser Typus als Übergang zu Demokratie oder Autokratie begriffen und so ausgeschlossen wird, dass er sich langfristig etablieren kann (ebd, 33f.). Jedoch lehnen Merkel/Puhle u.a. die Einteilung politischer Systeme anhand der

Dichotomie Demokratie/Autokratie ab. Demnach handle es sich bei einem politischen System um eine Autokratie, wenn ein Merkmal des demokratischen Regimetypus, wie gewählte Exekutive und Legislative, Zwei- oder Mehrparteiensystem, Machtwechsel zwischen den politischen Lagern, nicht erfüllt wird (ebd, 34f.). Merkel/Puhl u.a. plädieren aber dafür, dass es „Subtypen“ von Demokratien gibt. Sie unterscheiden sich von Autokratien dadurch, dass Wahlen institutionalisiert sind. Von liberalen, rechtsstaatlichen Demokratien unterscheiden sie sich dadurch, dass demokratisch institutionalisierte Spielregeln von gewissen Machtakteuren zu deren Gunsten und auf Kosten der Volkssouveränität gebraucht werden (ebd, 39).

Um eine Analyse der „Subtypen“ von Demokratie vorzunehmen, muss zuerst definiert werden, worin Demokratie bestehen muss. Merkel/Puhl u.a. wählen dafür den Begriff „embedded democracy“, der beinhaltet, dass Demokratie aus folgenden fünf Teilregimen besteht:

- einem Wahlregime, das freie und faire Wahlen gewährleistet (ebd, 48ff.),
- politischen Teilhaberechten, durch die mittels Meinungs-, Medien-, Demonstrationsfreiheit und Recht auf politische Organisation und Interessensvertretung eine öffentliche Arena geschaffen wird (ebd, 51f.),
- bürgerlichen Freiheitsrechten, mit dem essenziellen Element der Rechtsstaatlichkeit (ebd, 52),
- horizontaler Gewaltenkontrolle, d.h. einem Netz aus Institutionen, die im Rahmen der Verfassung gewählte Amtsträger kontrollieren,
- effektiver Regierungsgewalt, d.h. dass Akteure, die nicht gewählt werden, wie das Militär, keine Entscheidungsgewalt über Politikbereiche haben dürfen, die der Exekutive und Legislative obliegen. Die Herrschaftsgewalt fällt alleinig in die Kompetenz demokratisch legitimierter Akteure (ebd, 55).

Ein „Defekt“ der Demokratie liegt dann vor, wenn *„die wechselseitige Einbettung der Teilregime zerbrochen und die Gesamtlogik der rechtsstaatlichen Demokratie gestört ist.“* (ebd, 65). Jedoch muss den Bürgern auch in der „defekten De-

mokratie“ ein Mindestmaß an politischer Teilhabe, Kontrolle und Freiheit gewährt werden, ansonsten handelt es sich um eine Scheindemokratie (ebd, 65).

Merkel/Puhl u.a. definieren vier Subtypen „defekter Demokratie“:

- exklusive Demokratie, in der Teile der Bevölkerung aufgrund von Ethnie, Religion, Geschlecht oder politischem Bewusstsein vom Wahlrecht ausgeschlossen werden (ebd, 72),
- illiberale Demokratie, in der gewählte Regierungen Grund-, Menschen- und Freiheitsrechte verletzen und so die Rechtsstaatlichkeit missachten (ebd, 70f.),
- delegative Demokratie, in der die Kontrolle der Exekutive durch die Legislative und Judikative nicht oder nur mangelhaft gegeben ist (ebd, 71),
- Enklavendemokratie, in der demokratisch nicht legitimierte Akteure wie Militär oder Unternehmer den demokratisch gewählten Repräsentanten Macht entziehen (ebd, 71).

Was bedeutet dies nun für Russland? Nach Merkel/Puhle u.a. ist Russland – seit der ersten Amtszeit Putins – eine *„illiberale Demokratie mit delegativen Zügen“* (ebd, 167). Illiberal deswegen, weil die Meinungs- und Pressefreiheit verletzt wird. „Stabilität“ und „Stärkung der staatlichen Strukturen“ stehen im Vordergrund, auch wenn dies auf Kosten der politischen Teilhabe und Freiheitsrechte der Bürger geschieht (ebd, 167). Legitimiert wird der Anspruch auf die Etablierung eines „starken Staates“ dadurch, dass nur so die Beachtung der Gesetze garantiert werden könne und damit die Freiheit des Einzelnen gewährleistet werde (Beichelt/Eicher 2006, 339). Die „delegativen Züge“ beziehen sich darauf, dass das Parlament nur geringe Kontrollmöglichkeiten gegenüber dem Präsidenten hat. Ein Misstrauensantrag gegen den Präsidenten oder ein Veto gegen die Ernennung des Premierministers kann durch das Recht des Präsidenten zur Auflösung des Parlaments aufgehoben werden (Merkel/Puhle u.a. 2003, 165). Der Begriff „delegative Demokratie“ geht auf Guillermo O’Donnell zurück. In „delegativen Demokratien“ wird die Macht an eine einzelne Person und deren unmittelbares Umfeld „delegiert“, während Institutionen und vermit-

telnde Organisationen eine untergeordnete Rolle spielen (O'Donnell 1994, zit. nach Beichelt/Eicher 2006, 342f.).

2.5.2 Kritik

Allgemein tritt in der Transformationsforschung das Problem auf, dass von den untersuchten politischen Regimen angenommen wird, sie befänden sich im Übergang von einem autoritären zu einem demokratischen System. Diese Annahme, dass jegliche Veränderung im Ziel einer liberalen Demokratie enden müsse, verschließt die Sicht auf klare nichtdemokratische Entwicklungen (Carothers 2002, 14f.).

Im Zusammenhang mit der Schaffung von „Subtypen“ von Demokratie ist die Frage nach der Definition und den Bestandteilen von Demokratie relevant. Friedbert Rüb kritisiert am Konzept der „defekten Demokratie“, dass dabei Minimalstandards und Kernbestandteile der Demokratie, etwa die Legitimation der Herrschaft durch das Volk mittels freier und fairer Wahlen, vermindert werden. So können etwa Systeme, in denen Teile der Bevölkerung von den Wahlen ausgeschlossen werden, wie im Subtyp „exklusive Demokratie“, nicht demokratisch sein, da sie diese Kernprinzipien und Minimalstandards nicht erfüllen. Neben den freien und fairen Wahlen sind auch noch Rechtsstaatlichkeit, Gewaltenteilung und gleiche politische Rechte für alle Bürger Kernprinzipien und Minimalstandards der Demokratie, von denen sich nichts subtrahieren lässt. Das Konzept kann zudem nicht festlegen, ab wann der „Defekt“ der Demokratie so ausgeprägt ist, dass man von einer Nicht-Demokratie sprechen muss (Rüb 2005, 101f.).

Auch für David Collier und Steven Levitsky besteht das Problem der „Subtypen“ der Demokratie darin, dass die Definition von Demokratie zu stark konzeptionell ausgedehnt wird. Problematisch erscheint, dass angenommen wird, dass es sich bei den „Subtypen“ definitiv um Demokratien handelt, wenn auch in „unvollständiger“ Form (Collier/Levitsky 1997, 435). Aus einem anderen Blickwinkel könne auch angenommen werden, dass es sich um „autoritäre Subtypen“ handelt (ebd, 450).

„Autoritäre Subtypen“ wären wiederum von „autoritären Regimen“ abzuleiten. Eine umfassende Definition dieser „autoritären Regime“ bietet Juan Linz. Autoritäre Regime sind demnach als nichtdemokratisch und nichttotalitär einzustufen (Linz 2003, 5). Das auffälligste Merkmal autoritärer Regime ist ein begrenzter Pluralismus, d.h. es existieren politische Gruppierungen, die nicht von der herrschenden Gruppe geschaffen wurden, jedoch werden die Bedingungen, unter welchen deren Tätigkeit gestattet ist, von den Herrschenden festgelegt (ebd, 7). Dies führt dazu, dass es nur eine „Pseudo-Opposition“ gibt, die zwar Kritik übt, aber nur in einem Ausmaß, das das Regime nicht ernsthaft angreift (ebd, 14). In Zusammenhang mit diesem begrenzten Pluralismus ist auch die begrenzte politische Mobilisierung der Bevölkerung ein Merkmal, das auch zu deren (gewünschter) Entpolitisierung führt (ebd, 12).

Ein weiteres Merkmal autoritärer Regime ist laut Linz, dass es in diesen – anders als in totalitären Regimen – keine Ideologie gibt, dafür aber eine „Mentalität“, die nicht so klar umrissen ist wie eine Ideologie, wodurch es dem autoritären Regime möglich ist, klare Bekenntnisse zu umgehen und sich anzupassen. Dies treffe vor allem auf autoritäre Regime im Einflussbereich der „westlichen“ Demokratien zu (ebd, 10). Meiner Ansicht nach ist dies dahingehend zu deuten, dass etwa in Russland Demokratie nicht generell abgelehnt wird, da es auch keine Ideologie gibt, die dies forciert, allerdings wird von der russischen Führung unter Putin Anspruch darauf erhoben, Demokratie in Rückgriff auf die eigene Geschichte und Tradition und im weiteren Sinne auch „Mentalität“ umzusetzen (siehe dazu Kapitel 4).

Ein weiteres Charakteristikum autoritärer Regime ist, dass Macht von einer Führungsperson oder einer kleinen Gruppe innerhalb von kaum definierten, aber vorhersehbaren Grenzen ausgeführt wird (ebd, 5).

Bei aller Kritik am Konzept sowohl der „defekten Demokratie“ als auch an anderen Konzepten, die „hybride Regime“ theoretisch beschreiben, kann diesen zumindest zu Gute gehalten werden, dass sie den dichotomischen Charakter der Kategorisierung politischer Systeme zu überwinden versuchen (Collier/Levitsky 1997, 441).

Demokratie zu „messen“ ist ein schwieriges Unterfangen und eine „perfekte“ Demokratie scheint es nicht zu geben. Dennoch gibt es verschiedene Herangehensweisen, Demokratien zu bewerten. Amnesty International und Human Rights Watch veröffentlichen Berichte zur Einschätzung der Medienfreiheit, der Zivilgesellschaft, des Ablaufs von Wahlen und Wahlkämpfen und des Umgangs mit der Opposition. Dabei werden aber keine Ranglisten der untersuchten Länder erstellt. Genau dies unternimmt Freedom House, indem es Staaten als „frei“, „teilweise frei“ und „nicht frei“ klassifiziert (White 2010, 270f.). Im Bericht 2011 wurde Russland als „nicht frei“ eingeordnet, was bedeutet, dass grundlegende politische und zivile Rechte nicht gegeben sind.⁹ Stephen White merkt hierzu an, dass all diese Bewertungen aus der Sichtweise „westlicher“, liberaler Demokratien vorgenommen werden. Somit werden politische Systeme gemäß der Gewährleistung individueller Rechte, wie etwa Meinungs- und Versammlungsfreiheit und Gleichheit vor dem Gesetz, bewertet. Eine andere Herangehensweise wäre die Gewährleistung kollektiver Rechte, wie das Recht auf Arbeit und soziale Sicherheit, vorrangig zu bewerten. Hinzuzufügen sei, dass sich individuelle und kollektive Rechte nicht ausschließen müssen (White 2010, 275f.).

Die Frage nach der Bewertung eines politischen Systems ist somit meiner Ansicht nach auch eine Frage nach dem „Messwert“ und danach, ob die Werte „westlicher“, liberaler Demokratien den Ausgangspunkt für die Bewertung bieten müssen.

Das Konzept der „defekten Demokratie“ ist meines Erachtens dahingehend hilfreich, dass es damit möglich ist, einen genaueren Blick auf ein gegebenes politisches System zu werfen. Die Annahme, dass es Systeme mit demokratischen als auch autoritären Elementen gibt, hilft, einen differenzierten Blick zu entwickeln, um auch zu analysieren, warum es zu dieser „Mischform“ kam. Dies bedeutet, dass Geschichte, Tradition und Kultur eines Staates verstärkt ins Blickfeld genommen werden können. In Bezug auf die Frage nach dem Ausgangspunkt für die Bewertung von Demokratie haben Merkel/Puhle u.a. einen Ver-

⁹ siehe „Freedom in the World“ S.3 und 15:
http://www.freedomhouse.org/images/File/fiw/FIW_2011_Booklet.pdf, [Zugriff: 29.10.11].

such unternommen, ihre eigene Definition von Demokratie und deren Bestandteilen darzulegen, um Abweichungen genau verorten zu können. Zudem weisen sie darauf hin, dass sich „defekte Demokratien“ nicht zwangsläufig im Übergang zur „westlichen“, liberalen Demokratie befinden müssen, sondern sich langfristig etablieren können.

Tatsächlich problematisch erscheint meiner Ansicht aber, dass trotz „Defekte“ von Demokratie gesprochen wird und so autoritäre Elemente nicht als solche benannt werden. Dadurch läuft das Konzept Gefahr trotz des Verweises auf die „Defekte“ einer missbräuchlichen Verwendung des Begriffs „Demokratie“ Vorschub zu leisten. In Anbetracht der berechtigten Argumente für und gegen das Konzept, ist eine Kategorisierung des politischen Systems Russlands in „autoritäres System“ oder „defekte Demokratie“ ein kaum lohnendes Unterfangen. Vielmehr ist es das Anliegen dieser Arbeit, darzulegen, welche Werte und Ideen verwendet werden, um ein „Demokratiemodell“ zu gestalten und welche Funktion dies hat (siehe auch Kapitel 4), unabhängig davon, ob die Bezeichnung „Demokratie“ gerechtfertigt erscheint oder nicht. Dies geschieht auch vor dem Hintergrund, dass in der Transformationsforschung vorrangig „hard factors“, wie institutioneller Aufbau, wirtschaftliche Entwicklung oder vorheriger Regimetypus, nicht aber Faktoren wie Identitätsbildung und kulturelle Bedingungen beachtet werden (Casula 2009, 48).

Bevor aber die Wertedifferenzen zwischen der EU und Russland thematisiert werden, soll das Augenmerk auf die Zusammenarbeit zwischen der EU und Russland gelegt werden.

3 Die Zusammenarbeit zwischen der EU und Russland

Nach der endgültigen Implosion der Sowjetunion 1991 wurden die daraus hervorgegangenen Staaten (Armenien, Aserbaidshan, Belarus, Georgien, Kasachstan, Kirgisistan, Moldau, Mongolei, Usbekistan, Russland, Tadschikistan, Turkmenistan und die Ukraine) in das „Technical Assistance to the Commonwealth of Independent States“ (TACIS)-Programm eingebunden, um Hilfe bei rechtlichen, demokratischen und wirtschaftlichen Reformen zu gewährleisten, etwa in Form von Ausbildungsmaßnahmen, Weitergabe von Know-how und Kauf von Ausrüstung¹⁰. 2007 wurde TACIS durch das Europäische Nachbarschafts- und Partnerschaftsinstrument (ENPI) abgelöst, ein Förderprogramm für die südlichen und östlichen Nachbarstaaten der EU, um „*die nachhaltige Entwicklung und Annäherung an die Politiken und Standards der EU*“ finanziell und technisch zu unterstützen.¹¹ Russland ist nicht Teil der Europäischen Nachbarschaftspolitik, da zwischen der EU und Russland eine Strategische Partnerschaft angestrebt wird (siehe 3.4 Strategische Partnerschaft).

3.1 Partnerschafts- und Kooperationsabkommen

Die legale Basis für die Zusammenarbeit zwischen der EU und Russland stellt das Partnerschafts- und Kooperationsabkommen (PKA) dar, dass 1994 unterschrieben wurde. Seit 2008 wird ein neues Abkommen verhandelt¹².

Mit Hilfe des PKA sollen

- ein Rahmenwerk für den politischen Dialog zwischen der EU und Russland geschaffen werden (siehe PKA Artikel 1),¹³

¹⁰ siehe Programm TACIS:

http://europa.eu/legislation_summaries/external_relations/relations_with_third_countries/eastern_europe_and_central_asia/r17003_de.htm, [Zugriff: 22.8.11].

¹¹ siehe ENP: http://ec.europa.eu/world/enp/funding_de.htm, [Zugriff: 22.8.11].

¹² siehe http://eeas.europa.eu/russia/index_en.htm, [Zugriff: 22.8.11].

- für beide Seiten Handel und Investitionen basierend auf den Prinzipien der Marktwirtschaft gestärkt werden und Bedingungen für eine zukünftige Freihandelszone geschaffen werden (Artikel 1),
- die Demokratisierung Russlands sowie der Übergang zur Marktwirtschaft unterstützt werden (Artikel 1),
- die Beachtung demokratischer Grundprinzipien und der Menschenrechte als Grundelement der Partnerschaft hervorgehoben werden (Artikel 2),
- die Beziehungen auf allen Ebenen institutionalisiert werden: auf höchster Ebene in Form von zwei Mal jährlich stattfindenden Gipfeln zwischen dem Präsidenten Russlands, dem EU-Kommissionspräsidenten und dem Präsidenten des Europäischen Rates (Artikel 7). Auf Ministerebene finden Treffen im Rahmen des Kooperationsrates statt, der die Aufgabe hat, die Umsetzung des PKA zu gewährleisten (Artikel 7 und 90). Treffen von Vertretern des EU-Parlaments und des russischen Parlaments finden im Rahmen des Parlamentarischen Kooperationsausschusses statt, der die Tätigkeit des Kooperationsrates überwachen soll (Artikel 9 und 97). Darüber hinaus gibt es noch die Möglichkeit von Expertentreffen (Artikel 8).

Das Partnerschafts- und Kooperationsabkommen weist einen stark ökonomischen Charakter auf, darüber hinaus ist aber die symbolische Bedeutung ebenso wichtig zu bewerten. Dieses umfassende Abkommen über die Zusammenarbeit im Bereich der Wirtschaft, aber auch in Sicherheits- und Umweltfragen, stärkte den Status Russlands als legitimer Nachfolgestaat der Sowjetunion ebenso wie die Auffassung, dass sich Russland im Übergang zu Demokratie und Marktwirtschaft befindet (Hughes 2006, 4). Allgemein stellt ein Partnerschafts- und Kooperationsabkommen für die EU ein Instrument dar, jene Staaten einzubinden, für die keine unmittelbare Beitrittsperspektive besteht, die jedoch aufgrund ihrer wirtschaftlichen Wichtigkeit – in Bezug auf Russland betrifft das vor

¹³ siehe PKA: [http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=CELEX:21997A1128\(01\):EN:NOT](http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=CELEX:21997A1128(01):EN:NOT), [Zugriff: 22.8.11]. Alle weiteren Angaben beziehen sich auf das PKA.

allem die Energieressourcen – zu einem gewissen Grad integriert werden müssen (ebd, 3).

Kommt eine Partei den Verpflichtungen des Abkommens nicht nach, können die anderen Parteien – das PKA ist ein bilaterales Abkommen – „angemessene Maßnahmen“ ergreifen (siehe PKA Artikel 107). Dieser Artikel wird häufig dahingehend interpretiert, dass bei Nichteinhaltung der Verpflichtungen, darunter fällt primär die Achtung von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechten in Russland, das Abkommen aufgelöst werden kann (Timmermann 1996, 204, zit. nach Haukkala 2000, 6). Dies stand aber bisher noch nicht zur Debatte. Wie diese Maßnahmen oder Sanktionen aber dennoch aussehen können, zeigte sich im Ratifizierungsprozess des PKA. Obwohl 1994 zwischen den damaligen EU-Mitgliedsstaaten und Russland unterschrieben, trat das PKA erst 1997 in Kraft, da einige EU-Mitgliedsstaaten als Ausdruck ihrer Kritik am 1. Tschetschenienkrieg (1994-1996) die Ratifizierung verweigerten. Auch wenn es letztendlich doch zur Ratifizierung kam, wurde so unterstrichen, dass die wirtschaftliche Kooperation, die den Schwerpunkt des PKA bildet, an politische Forderungen im Bereich Demokratie und Menschenrechte geknüpft ist (Moroff 2003, 31). Im PKA sind erstmals die „gemeinsamen Werte“, also Achtung politischer und wirtschaftlicher Grundfreiheiten, Anerkennung demokratischer und rechtsstaatlicher Prinzipien sowie Schutz der Menschenrechte, vertraglich festgelegt. Russland protestierte zunächst gegen diese vertragliche Festlegung, da der Zugang zum europäischen Markt an die Bewertung des Demokratisierungsprozesses vonseiten der EU gebunden ist und im Vertrag eine Sperrklausel enthalten ist, stimmte aber letztendlich zu (Bastian 2006, 80).

3.2 Gemeinsame Strategie der EU für Russland

Die 1999 beschlossene „Gemeinsame Strategie der Europäischen Union für Russland“ sollte ein kohärentes Auftreten der EU gegenüber Russland vor dem Hintergrund, dass die EU-Mitgliedsstaaten unterschiedlich starke bilaterale Interessen und Beziehungen zu Russland pflegten, gewährleisten. Die „Gemeinsame Strategie“ sollte daher zur besseren Koordination und Übereinstimmung der einzelnen Russlandpolitiken beitragen (Hughes 2006, 4f.). Während das

Partnerschafts- und Kooperationsabkommen mit Russland einen Schwerpunkt auf die wirtschaftliche Zusammenarbeit legt, definiert die EU in der „Gemeinsamen Strategie“ ihre „strategischen Ziele“:

- *eine stabile, offene und pluralistische Demokratie in Russland, die rechtsstaatlichen Grundsätzen verpflichtet ist und der Untermauerung einer prosperierenden Marktwirtschaft dient [...].*
- *Wahrung der Stabilität in Europa, Förderung der weltweiten Sicherheit und Antwort auf die sich dem Kontinent stellenden gemeinsamen Herausforderungen durch verstärkte Zusammenarbeit mit Russland.“¹⁴*

Ebenso wird angegeben, dass „die Partnerschaft auf Grundlage gemeinsamer demokratischer Werte Russland bei der Behauptung seiner europäischen Identität“ helfen werde.¹⁵ Mit der „Gemeinsamen Strategie für Russland“ sollte das nötige Bekenntnis zu den „gemeinsamen Werten“ hervorgehoben werden, das aus Sicht der EU nötig ist, um die Zusammenarbeit erfolgreich zu gestalten.

Das Zustandekommen der Gemeinsamen Strategie ist auch vor dem Hintergrund des 1. Tschetschenienkrieges (1994-1996) zu verstehen. Die EU kritisierte das Vorgehen Russlands in Tschetschenien stark und der Ratifizierungsprozess des PKA wurde infolgedessen ausgesetzt. Auch wenn im PKA die Einhaltung der Menschenrechte als Vorraussetzung für die wirtschaftliche Zusammenarbeit enthalten war, sah sich die EU veranlasst mit der „Gemeinsamen Strategie“ ein weiteres Instrument zu schaffen, um gegenüber Russland geeint aufzutreten und die Prämissen der Zusammenarbeit darzulegen, gestützt auch durch die Annahme, dass durch Stärkung der politischen, sozialen und wirtschaftlichen Stabilität die internen Probleme Russlands gelöst werden könnten (Haukkala 2000, 8f.).

Die „Gemeinsame Strategie“ ist vor allem als Aufforderung an die Organe der EU und an die Mitgliedsstaaten zu sehen, ihre jeweilige Russlandpolitik mit den im Dokument definierten Hauptzielen und Grundsätzen übereinzustimmen. Zu-

¹⁴ siehe Gemeinsame Strategie der Europäischen Union für Russland, S.1:
<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:1999:157:0001:0009:DE:PDF>,
[Zugriff: 23.8.11].

¹⁵ siehe ebd, S. 1

dem werden die Mitgliedsstaaten angehalten, auch in den internationalen Organisationen wie OSZE, UN und Europarat und den internationalen Finanzinstitutionen ihre Maßnahmen gegenüber Russland untereinander, aber auch mit der Kommission zu koordinieren. Auch ist festgehalten, dass Beitrittsländer er- sucht werden, sich der „Gemeinsamen Strategie“ anzuschließen.¹⁶ Um das strategische Ziel der Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in Russland zu erreichen, werden in der „Gemeinsamen Strategie“ etwa Schulungsprogramme für junge Politiker und Staatsbedienstete, Förderung von Kontakten zwischen russischen und EU-Politikern auf allen Ebenen und verstärkter Austausch im Kultur- und Bildungsbereich vorgeschlagen, letzterer *„unter Berufung auf die lange Tradition der Beteiligung Russlands am Aufbau der europäischen Zivilisation.“*¹⁷ Darüber hinaus wird auf weitere „Aktionsbereiche“ wie etwa wirtschaftliche Reformen und Integration, gemeinsame Ziele in der Außenpolitik, Zusammenarbeit in Energiefragen und nukleare Sicherheit, polizeiliche Zusammenarbeit im Bereich der organisierten Kriminalität, Menschen- und Drogenhandel sowie Grenzsicherung hingewiesen.¹⁸ Ein weiteres Kernstück der „Gemeinsamen Strategie“ ist die beabsichtigte Entwicklung einer „Strategischen Partnerschaft“¹⁹ sowie die Festlegung, dass *„die Hauptverantwortung für Russlands Zukunft bei Russland selbst liegt.“*²⁰

Insgesamt trägt das Dokument vor allem in Fragen der Demokratie und Rechtsstaatlichkeit Russlands einen gewissen Wunschcharakter, da es fraglich ist, ob und inwieweit die EU Einfluss auf Russland ausüben kann, damit sich Russland der von der EU forcierten Demokratievorstellung annähert. Für die konkrete Ausgestaltung der Beziehungen hat die „Gemeinsame Strategie“ wenig Bedeutung, grundlegend dafür ist das PKA. Die „Gemeinsame Strategie“ hat lediglich Koordinierungsfunktion innerhalb der EU, um zweigleisige Strukturen zwischen den Außenpolitiken der Mitgliedsstaaten und der EU-Kommission zu überwinden (Moroff 2003, 29). Häufig kritisiert wurden auch die vagen Ziele und deren

¹⁶ siehe Gemeinsame Strategie der Europäischen Union für Russland, S. 3:
<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:1999:157:0001:0009:DE:PDF>,
[Zugriff: 23.8.11].

¹⁷ siehe ebd, S. 4

¹⁸ siehe ebd, S. 5-7

¹⁹ siehe ebd, S. 2

²⁰ siehe ebd, S. 1

Umsetzung, wodurch die Haupteigenschaft einer Strategie verloren gehe (Haukkala 2000, 11).

Das Instrument der „Gemeinsamen Strategie“ wurde im Vertrag von Amsterdam festgelegt und trägt intergouvernementalen Charakter, d.h. die „Gemeinsame Strategie“ ist das Resultat der gemeinsamen Interessen, denen alle Mitgliedsstaaten zustimmen können (ebd, 18). Dass die jeweiligen Interessen unterschiedlich gelagert sind und sich schwer zusammenfassen lassen, ist nicht nur in Bezug auf Russland ein häufiges Problem der EU-Außenpolitik.

Die „Gemeinsame Strategie“ ist nur eine von vielen Etappen in den Beziehungen zwischen der EU und Russland. Vorerst gilt es aber, die Reaktion Russlands auf die „Gemeinsame Strategie“ zu betrachten.

3.3 Russlands Strategie gegenüber der EU

Die 1999 verfasste „Mittelfristige Strategie für die Entwicklung der Beziehungen zwischen der Russischen Föderation und der Europäischen Union (2000-2010)“ war erstmals ein Strategiepapier der russischen Führung, das sich mit der EU befasste (Timmermann 2000, 11). Daraus geht hervor, dass für Russland als *„Weltmacht, die sich über zwei Kontinente erstreckt“*, kein Beitritt zur EU oder eine *„Assoziierung“* in Frage kommt, wohl aber eine strategische Partnerschaft.²¹ Für Russland steht bei dieser Partnerschaft eine Ausweitung des beiderseitigen Handels und der Investitionen, Zusammenarbeit im Finanzbereich, in der Infrastruktur, der Wissenschaft und der Technologie im Vordergrund (Schneider 2005, 7), jedoch nicht die Bindung an den Wertekanon der EU (Timmermann 2000, 5). Die „Mittelfristige Strategie“ ist zu Beginn des Amtsantritts Putins entstanden, einer Zeit der Identitätssuche. Nach Heinz Timmermann kann die Distanzierung von „westlichen“ Werten als identitätsstiftend gewertet werden, wobei aber Demokratie, ein pluralistisches System, Menschenrechte und Gewaltenteilung für Russland nicht grundsätzlich abgelehnt werden. Jedoch seien diese Werte nur in Verbindung mit den „russischen Traditionen“

²¹ siehe Mittelfristige Strategie 1.1 und 1.2:

http://www.mid.ru/bdomp/dip_vest.nsf/99b2ddc4f717c733c32567370042ee43/e94c2359350e2df3c32568860050d965!OpenDocument, [Zugriff: 16.9.11].

wie einem starken Staat, Lenkung der Wirtschaft und Paternalismus für Russland geeignet (Timmermann 2000, 7). Statt gemeinsamer Werte mit der EU sind für Russland gemäß dem Strategiepapier eher sicherheitspolitische Aspekte relevant. So wird eine Zusammenarbeit im Rahmen der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) in Aussicht gestellt, da die ESVP dem „Nato-Zentrismus“ in Europa entgegenwirke.²² Das Strategiepapier unterstreicht erstmals, dass Russland die EU nicht nur als wirtschaftlichen Akteur wahrnimmt, sondern auch als globalen Akteur mit außen- und sicherheitspolitischen Interessen (Schneider 2005, 7), nicht jedoch, dass die EU als ein Vorbild für Wertvorstellungen fungiert (Timmermann 2000, 33).

3.4 Strategische Partnerschaft

Das Instrument der „Strategischen Partnerschaft“ verwendet die EU im Rahmen ihrer Außenpolitik, um die Beziehungen zu strategisch wichtigen Drittstaaten und internationalen Organisation zu intensivieren und zu koordinieren. So bestehen bereits „Strategische Partnerschaften“ mit den USA, Kanada, Japan, Indien, Brasilien und der NATO. Mit Mexiko, der Afrikanischen Union und eben auch mit Russland wird eine Strategische Partnerschaft angestrebt.²³

Das PKA hatte eine Laufzeit von 10 Jahren und lief 2007 aus. Man einigte sich darauf, ein neues Abkommen auszuarbeiten, das einer „Strategischen Partnerschaft“ entsprechen soll (Spanger 2007, 95f.). Die Verhandlungen dauern seitdem an und wurden 2008 wegen bilateraler Spannungen zwischen Polen und Russland und zwischen Litauen und Russland auch schon einmal ausgesetzt.²⁴

²² siehe Mittelfristige Strategie 1.5:

http://www.mid.ru/bdcomp/dip_vest.nsf/99b2ddc4f717c733c32567370042ee43/e94c2359350e2df3c32568860050d965!OpenDocument, [Zugriff: 16.9.11].

²³ siehe das Dokument von Farina Busch und Margot Heimbach vom 29.7.2009, Wissenschaftliche Dienste, Deutscher Bundestag: „Strategische Partnerschaften der Europäischen Union“: http://www.bundestag.de/dokumente/analysen/2009/strategische_partnerschaften_eu.pdf, [Zugriff: 12.7.11].

²⁴ siehe Darstellung der Russländischen Föderation des Europäischen Parlaments: http://www.europarl.europa.eu/parliament/expert/displayFtu.do?language=de&id=73&ftuid=FTU_6.4.2.htm [Zugriff: 19.9.11].

Das neue Abkommen in Form der „Strategischen Partnerschaft“ soll alle Felder der Beziehungen abdecken, die sich in den „Vier Gemeinsamen Räumen“ widerspiegeln, die auf dem EU-Russland-Gipfel 2003 festgelegt wurden. Diese vier angestrebten intensivierten Kooperationsfelder umfassen:

- den gemeinsamen Wirtschaftsraum, d.h. Angleichung der Regelungen in der Wirtschaft, um Investitionen und Handel zu erleichtern sowie Zusammenarbeit bei Energie- und Umweltfragen;
- den gemeinsamen Raum für Freiheit, Sicherheit und Rechts, d.h. polizeiliche und justizielle Zusammenarbeit;
- den gemeinsamen Raum für äußere Sicherheit, d.h. etwa Konfliktlösung und –prävention in der gemeinsamen Nachbarschaft;
- den gemeinsamen Raum der Forschung, Bildung und Kultur, d.h. vor allem Förderung durch Austauschprogramme in diesem Bereich.²⁵

Wie bereits im PKA muss aus Sicht der EU die Betonung der gemeinsamen Werte auch in der „Strategischen Partnerschaft“ gegeben sein, ebenso mit der Idee, die „Strategische Partnerschaft“ aussetzen zu können, wenn eine Vertragspartei die darin festgelegten demokratischen, menschenrechtlichen und rechtsstaatlichen Grundsätzen nicht einhält (Spanger 2007, 96). Wladimir Putin stellte im Vorfeld eines EU-Russland-Gipfels 2006 klar, dass die „Strategische Partnerschaft“ eine gleichberechtigte Partnerschaft sein sollte, die durchaus die gemeinsamen Werte als Basis hat, jedoch mit dem Verweis auf *„die historisch entstandene Vielfalt der einheitlichen europäischen Zivilisation“* (Putin 2006, zit. nach Spanger 2007, 96). Hierbei wird, wie später noch genauer erläutert werden wird, zwar ein Bekenntnis zu den „gemeinsamen Werten“ abgelegt, jedoch immer mit Berücksichtigung der russischen Ausprägung, weshalb meiner Ansicht nach die Frage gestellt werden kann, inwieweit es sich um gemeinsame Werte handelt, wenn deren Differenz stets betont wird.

²⁵ siehe Darstellung der Russischen Föderation des Europäischen Parlaments: http://www.europarl.europa.eu/parliament/expert/displayFtu.do?language=de&id=73&ftuId=FTU_6.4.2.html, [Zugriff: 8.9.11].

Auch ist fraglich, ob Russland und die EU dieselbe Vorstellung von der Erreichung und Bedeutung einer „Strategischen Partnerschaft“ haben. Für Russland ist vor allem das Ziel der Gleichberechtigung und Gleichwertigkeit relevant (Spanger 2007, 97). Beides ist aber fraglich, da die EU Russland angesichts der höheren Wirtschaftsleistung und Einwohnerzahl überlegen ist (Bastian 2006, 73). Andererseits verfügt Russland über große Energieressourcen, einen ständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat und ein größeres Ausmaß an Nuklearwaffen als Großbritannien und Frankreich (Emmerson 2001, 2). Dies trägt wohl auch zum Selbstverständnis Russlands bei, ein bedeutender Akteur in der Weltpolitik zu sein (Bastian 2006, 75).

Für die EU hingegen ist die „Strategische Partnerschaft“ mit Russland ein Instrument, die „gemeinsamen Werte“ umzusetzen, aber auch, die eigenen Interessen zu verfolgen (Spanger 2007, 100). Ob in den Beziehungen zu Russland den Werten der EU oder den wirtschaftlichen Interessen der Vorzug gegeben wird, ist eine Herausforderung für die EU-Kommission, da dazu unterschiedliche Ansätze in den Mitgliedsländern bestehen (siehe dazu 3.7 Probleme und Konflikte). Da die „Strategische Partnerschaft“ aufgrund der Nichtübereinstimmung der gemeinsamen Werte bis dato nicht umgesetzt wurde, bleiben der EU die nachfolgend erläuterten Optionen.

3.4.1 Optionen der EU im Umgang mit Russland

„Russland ist weder Freund noch Feind der EU“ (Siegert 2008, 3). Demnach hat die EU folgende Optionen, die künftigen Beziehungen zu Russland zu gestalten: am Ziel der „Strategischen Partnerschaft“ festhalten, eine selektive Partnerschaft umsetzen oder die Beziehungen eindämmen. Einer „Strategischen Partnerschaft“ steht die Ablehnung Russlands gegenüber demokratischen und liberalen Werten, wie sie von der EU forciert, im Wege (ebd, 4). Daher sollte in einem neuen Abkommen zwischen der EU und Russland aufgrund des nicht erreichten Wertekonsens der Schwerpunkt auf den gemeinsamen Interessen

und nicht auf den gemeinsamen Werten liegen.²⁶ Dies muss aber nicht bedeuten, dass die EU ihre Werte aufgeben soll. Die Idee ist, dass eine anfangs pragmatische Zusammenarbeit nach gewisser Zeit eine Übereinstimmung der Werte mit sich bringt (Lyne/Talbott u.a. 2006, 118, zit. nach Spanger 2007, 102).

Bei aller Diskussion um Werte und Interessen scheint die Notwendigkeit einer kohärenten EU-Russlandpolitik gegeben. Ist diese nicht vorhanden, ist es nachvollziehbar, dass Russland bilaterale Abkommen mit EU-Staaten basierend auf den jeweiligen Interessen bevorzugt. Solange nicht alle EU-Staaten von den Vorteilen einer gemeinsamen EU-Russlandpolitik überzeugt sind und diese auch umsetzen, kann auch Russland nicht zu einer umfassenden rechtlich bindenden Partnerschaft bewogen werden. Der Vorteil einer gemeinsamen Russlandpolitik ist für die Mitgliedsstaaten, dass ihre Verhandlungsposition über die EU stärker ist als einzelstaatlich. Für Russland könnte dies bedeuten, bessere „Angebote“ von der EU zu bekommen als von den jeweiligen Einzelstaaten (Severin 2010, 22).

Statt einer umfassenden Partnerschaft entspricht eine selektive Partnerschaft der Realität, das bedeutet, dass die Zusammenarbeit primär im Energiebereich stattfindet, um die jeweiligen Interessen zu sichern (Siegert 2008, 4).

Die letzte Option ist die Eindämmung der Beziehungen (Siegert 2008, 4). Dies und das Scheitern einer „Strategischen Partnerschaft“ hat für beide Seiten große Nachteile: Die EU könnte gegenüber Russland ihr Ziel, die Normen und Werte der EU in Russland umzusetzen, nicht erreichen. Russland könnte die ökonomischen und politischen Vorteile der „Strategischen Partnerschaft“ nicht nutzen (Haukkala 2005 17f.).

²⁶ siehe den Beitrag von Margareta Mommsen vom 5./6.11.2008 zur Veranstaltung des Bildungszentrums Schloss Wendgraben: „Die europäisch-russische strategische Partnerschaft. Gemeinsame Werte und Interessen“:
http://www.kas.de/wf/doc/kas_15091-1522-1-30.pdf?081118101148, [Zugriff: 7.9.11].

3.5 Modernisierungspartnerschaft

„Modernisierung“ ist zum Motto von Dmitri Medwedews Präsidentschaft geworden, wie sich auch in seinem viel beachteten Artikel „Russland, voran“ vom September 2009 zeigt, in welchem er die Frage stellt:

„Müssen wir etwa die primitive Rohstoffwirtschaft, die chronische Korruption, die alte Angewohnheit, die Problemlösung dem Staat, dem Ausland, irgendwelchen ‚allmächtigen Lehren‘ oder jeglichen beliebigen, nur nicht uns selbst zu überlassen, weiter in unsere Zukunft schleppen?“²⁷

Wie meiner Ansicht nach daraus ersichtlich wird, hat Medwedew erkannt, dass die starke Fokussierung der russischen Wirtschaft auf Rohstoffexporte ein Hemmnis für die Entwicklung anderer Industrien ist. Zudem spricht er das Problem der Korruption und die paternalistische Haltung der Bevölkerung an.

Das Problem einer Rohstoffwirtschaft liegt auch darin, dass sich die Mitglieder der Gesellschaft zu sehr auf den Staat als höchsten Verteiler von Gütern und Wohlstand verlassen. In einer modernen Gesellschaft dagegen hat der Bürger genug Freiheiten und Rechte, sein eigenes, kreatives Potenzial auszuschöpfen, um die Zentralgewalt des Staates zurückzudrängen (Gontmacher/Jurgens 2010, 112 f.).

Die Modernisierungspartnerschaft zwischen der EU und Russland wurde auf dem EU-Russland-Gipfel in Rostov am Don 2010 beschlossen. Dabei soll es wiederum um Ausbau der Wirtschaftsbeziehungen, günstige Bedingungen für Investitionen, Ausbau von Infrastruktur und Förderung von Energieeffizienz gehen, ebenso wie um den Kampf gegen Korruption und die Erleichterung von Visabestimmungen. Der Dialog und die Konzepte zur Umsetzung sollen auf allen Ebenen der EU-Russland-Beziehungen behandelt werden²⁸.

²⁷ siehe: Dmitri Medwedew auf [gazeta.ru](http://www.gazeta.ru/comments/2009/09/10_a_3258568.shtml?page=56) vom 10.9.2009, eigene Übersetzung: http://www.gazeta.ru/comments/2009/09/10_a_3258568.shtml?page=56, [Zugriff: 23.9.11].

²⁸ siehe Pressemitteilung des Rates der EU zum EU-Russland-Gipfel 31.5-1.6.2010: http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_Data/docs/pressdata/en/er/114747.pdf, [Zugriff: 13.9.11].

Die Ziele und Instrumente der Modernisierungspartnerschaft bleiben vage. Jedoch sieht die EU dadurch die Möglichkeit, die Beziehungen zu Russland neu zu beleben, da „Modernisierung“ nach dem Amtsantritt Medwedews das bestimmende Thema auf der innerpolitischen Agenda Russlands war. Hierbei kann sich die EU mit dem Hintergedanken, dass durch gemeinsame Projekte in Wirtschaft, Wissenschaft und Bildung die Werte der EU vermittelt werden, ohne dass diese Wertvorstellungen aufgezwungen werden, als Modernisierungspartner anbieten (Barysch 2010, 28).

Jedoch gibt es unterschiedliche Auffassungen darüber, worin Modernisierung hauptsächlich besteht.

Zum einen besteht die Auffassung, dass Modernisierung nicht nur wirtschaftliche Reformen, sondern auch eine Erneuerung des politischen Systems umfasst (Gontmacher/Jurgens 2010, 113).

Auch wenn Präsident Medwedew nicht ausschließt, dass *„wissenschaftlicher und technologischer Fortschritt untrennbar mit dem Fortschritt des politischen Systems verbunden ist“* (Medwedew 2009, zit. nach Larionova/Nagornov 2010, 49), liegt der Schwerpunkt der Modernisierung Russlands aber in der technologischen Innovation. In der Auffassung Präsident Medwedews ist Modernisierung hauptsächlich die Transformation der rohstoffbasierten zur „innovativen High-tech“-Wirtschaft (Barysch 2010, 29). Im Mai 2009 stellte Medwedew in einem Aktionsplan die fünf Prioritäten der russischen Modernisierung vor: effizienter Energieverbrauch, Nuklearenergie, Weltraumtechnologie (wie Navigations- und Satellitensysteme), medizinische Technologien (wie Produktion von Medikamenten), Informationstechnologien (wie Software und Computer) (Larionova/Nagornov 2010, 36). In diesem Zusammenhang und auch um der Abwanderung russischer Wissenschaftler entgegenzuwirken, lässt sich die massive Forcierung des Skolkovo-Projekts, dem „russischen Silicon Valley“, verstehen (Lebahn 2010, 12). Durch den „Modernisierungsplan“ des Präsidenten und die eingerichteten Organe zur Umsetzung der Modernisierung wie die „präsidiale Kommission zur Modernisierung und der technologischen Entwicklung der russischen Wirtschaft“, ist ersichtlich, dass die Modernisierung „von oben“ gestaltet wird (Larionova/Nagornov 2010, 35). Innovative Unternehmer und Wissenschaft-

ter finden aber durch korrupte Beamte und unfreien Wettbewerb erschwerte Bedingungen vor, ihre Ideen umzusetzen (Barysch 2010, 29f.). Um dem entgegenzuwirken, ist im nationalen Anti-Korruptionsplan vorgesehen, Bestimmungen zum Kampf gegen die Korruption in die Gesetzgebung aufzunehmen. Aufrufe von Parteien, der Industrievereinigung oder der Richtervereinigung sollen zur Bewusstseinsbildung beitragen, um die Korruption einzudämmen (Larionova/Nagornov 2010, 42). Trotz der Initiativen ist es noch ein weiter Weg zur tatsächlichen Umsetzung. Im Korruptionsindex 2010 von Transparency International landete Russland auf Platz 154 von 178 untersuchten Ländern.²⁹

Während für die russische Führung Modernisierung vor allem Innovation und Ausbau der Technologien bedeutet, trägt für die EU Modernisierung vor allem zu guten Bedingungen für Handel und Investitionen bei und gewährleistet Rechtsstaatlichkeit und Demokratisierung. Zur Sicherung des Investitionsklimas unterstützte die EU Russland bei der Aufnahme in die WTO. Die Verhandlungen zwischen der EU und Russland dazu wurden Ende 2010 abgeschlossen. Obwohl sich die Auffassungen, worin der Schwerpunkt von Modernisierung besteht, zwar unterscheiden, müssen sich die Sichtweisen nicht ausschließen. Präsident Medwedew betont, dass Modernisierung auch das politische System betrifft, auch wenn Kritiker meinen, dass sobald die Wirtschaft modernisiert ist – wie es den Vorstellungen der Führung entspricht – keine Notwendigkeit mehr gesehen wird, das politische System zu verändern. Die Möglichkeit für die EU, ihr Ziel – Russland nach ihren Vorstellungen zu demokratisieren – zu erreichen, besteht darin, durch Projekte mit den kleinen und mittleren Unternehmen und Vertretern der Zivilgesellschaft ihre Werte zu vermitteln und durch diese die Modernisierung aus Sicht der EU voranzutreiben.³⁰

²⁹ siehe Corruption Perception Index 2010 Report:

http://www.transparency.org/policy_research/surveys_indices/cpi/2010/results, [Zugriff: 23.9.11].

³⁰ siehe den Artikel von Laure Delcour vom 5.4.2011, Blog International Affairs at LSE: „The EU and Russia’s modernisation: one Partnership, two views“:

<http://blogs.lse.ac.uk/ideas/2011/04/the-eu-and-russia%E2%80%99s-modernisation-one-partnership-two-views/>, [Zugriff: 27.12.11].

3.6 Interessen und Ziele

Wie aus dem PKA, den jeweiligen Strategien und der Modernisierungspartnerschaft ersichtlich, stimmen Interessen und Ziele der EU und Russlands bezüglich der Zusammenarbeit nicht immer überein.

Zusammengefasst sind die für die EU wichtigsten Ziele die Demokratisierung Russlands, die Integration in einen gemeinsamen Wirtschaftsraum und die Zusammenarbeit in Sicherheitsfragen vor dem Hintergrund wachsender Migrations- und Terrorismusprobleme (Michaleva 2004, 2). Das Interesse liegt darin begründet, dass die dadurch geschaffene Stabilität Russland zu einem verlässlichen Handelspartner und Energielieferanten machen soll (Schneider 2005, 3).

Für Russland ist das wichtigste Ziel, die Wirtschaft zu modernisieren und die Wettbewerbsfähigkeit zu steigern (Michaleva 2004, 2). Die EU als größter Handelspartner Russlands erscheint hier als logischer Partner. Im Interesse Russlands ist es dabei, auf das Know-how der EU zur Modernisierung der Wirtschaft zurückzugreifen. Die Modernisierungspartnerschaft steht hierbei im Vordergrund und bei dieser wiederum, was Wladimir Tschischow, der russische Botschafter bei der EU, betont: *„Das Programm sollte pragmatischen Charakter haben, ohne weitere Ausführungen über die Vorteile der europäischen Werte.“*³¹

Auffällig ist, dass auf dem Papier die Wichtigkeit der Zusammenarbeit und des Dialogs von beiden Seiten betont wird, konkrete Umsetzungsmechanismen und vor allem Resultate fehlen aber, denn *„[...] the entire EU-Russia paperwork remains mostly a declaration of intent, an instrument of policy avoidance rather than a clear policy guidance.“* (Medvedev 2008, 6).

Beide Seiten stehen zwar meiner Ansicht nach angesichts wirtschaftlicher und rohstoffbedingter Interessen vor der Notwendigkeit, Beziehungen zueinander zu unterhalten, sind jedoch uneins, was die Basis für diese Beziehungen ist: Für die EU ist es die Umsetzung ihrer Normen und Werte in Russland, für Russland

³¹ siehe Interview mit Wladimir Tschischow am 11.2.10 in der Zeitung Kommersant, eigene Übersetzung: <http://kommersant.ru/doc/1319877?isSearch=True>, [Zugriff: 26.9.11].

ist es die Nichteinmischung durch einen externen Akteur in innerpolitische Verhältnisse.

Vorerst gilt es noch einige wesentliche Probleme und Konflikte in den Beziehungen darzustellen, die auch Ausdruck des Unverständnisses füreinander und unterschiedlicher Sichtweisen aufeinander sind.

3.7 Probleme und Konflikte

3.7.1 Öl- und Gasabhängigkeit

Der Rohölimport aus Russland in die EU-27 beträgt 34% aller Rohölimporte, der Gasimport 40,8%.³² Für die EU-27 ist Russland somit größter Lieferant beider Rohstoffe.

Auch wenn häufig auf die Abhängigkeit der EU von russischem Öl und Gas hingewiesen wird, sollte man sich meiner Ansicht nach auch vor Augen halten, dass Russland ebenso auf seine Abnehmer angewiesen ist.

Im Jänner 2006 kam es zwischen Russland und der Ukraine zum „Gas-Streit“, bei dem der staatliche russische Energieversorger Gazprom die Erdgaslieferungen an die Ukraine einstellte, nachdem die ukrainische Regierung sich weigerte den vollen Marktpreis zu bezahlen. Durch die Liefereinstellung waren auch einige EU-Staaten mit Engpässen konfrontiert.³³

Der Öl- und Gasreichtum Russlands und der Umgang damit wird auf zwei Weisen interpretiert: Einerseits haben die Einnahmen aus den steigenden Öl- und Gaspreisen Russlands Abhängigkeit von ausländischen Krediten verringert und Russland ermöglicht, stärker und weniger kooperationsfreudig aufzutreten. Das führte dazu, dass Russland nicht länger Belehrungen von anderen akzeptierte,

³² aktuellste Zahlen aus 2007, siehe: Statistical Pocketbook 2010: EU energy and transport in figures, S. 31, Quelle: Eurostat Mai 2009: http://ec.europa.eu/energy/publications/statistics/doc/2010_energy_transport_figures.pdf, [Zugriff: 7.9.11].

³³ siehe Artikel euractiv.com, EU news and policy debates: <http://www.euractiv.com/en/energy/gas-crisis-resolved-lack-eu-energy-policy-remains-problem/article-151227>, [Zugriff: 7.9.11].

sondern selbst belehrte (Krastev 2007, o. S.). Zudem werden Russlands Energieressourcen als Machtinstrument gesehen, um Abnehmer und Transitländer am „Gängelband“ zu halten. Die unter Putin vorgenommene Verstaatlichung der Energiewirtschaft habe diese Instrumentalisierung möglich gemacht.³⁴ Das Gegenargument ist, dass der „Gas-Streit“ ein Konflikt zwischen den russischen und ukrainischen Energieunternehmen war, bei dem Gazprom auf Basis ökonomischer Interessen handelte, auch wenn es ein staatlich kontrolliertes Unternehmen ist. Die Krise ist – laut Roland Götz – politisiert worden.³⁵

Dennoch zeigte der „Gas-Streit“ die gravierenden Nachteile der Abhängigkeit von einem Hauptlieferanten. Um dem entgegenzuwirken, schlug die EU-Kommission den Aufbau einer gemeinsamen Energiepolitik vor, da Energiepolitik bisher in die Kompetenz der Nationalstaaten fiel. Die Beziehungen zu den Lieferanten, darunter vor allem jene zum Hauptlieferanten Russland, sollen stabilisiert und die Ansätze der EU-Staaten in der Energieaußenpolitik vereinheitlicht werden.³⁶

Die Problematik beim Aufbau einer gemeinsamen EU-Energieaußenpolitik besteht in der unterschiedlichen Abhängigkeit der EU-27 von ausländischen Energiequellen. Daher schwankt das Interesse der jeweiligen Mitgliedsstaaten, eine gemeinsame EU-Energieaußenpolitik umzusetzen: Während einige stark dafür plädieren, setzen andere, vor allem die großen EU-Staaten wie Deutschland, Frankreich oder Italien, auf bilaterale Abkommen zur Energieversorgung mit Russland (Grätz 2009, 69). Dies hat für die EU den Nachteil, dass sie gegenüber Russland uneins in den Energiebeziehungen auftritt, während Russland als geeinter Akteur strategisch handeln kann (ebd, 68).

Als politisches Mittel zur Stabilisierung der Beziehungen wurde der „Energiedialog“ eingeführt, ein seit 2000 regelmäßig stattfindendes Treffen zwischen Ver-

³⁴ siehe den Artikel von Frank Umbach vom 5.9.2008: „Die EU-Energiestrategien. Auf dem Weg zur gemeinsamen Energieaußenpolitik?“, Bundeszentrale für politische Bildung: http://www.bpb.de/themen/V86QPM,0,0,Die_EUEnergiestrategien.html, [Zugriff: 7.9.11].

³⁵ siehe den Beitrag von Roland Götz vom 5./6.11.2008 zur Veranstaltung des Bildungszentrums Schloss Wendgraben: „Die europäisch-russische strategische Partnerschaft. Gemeinsame Werte und Interessen“: http://www.kas.de/wf/doc/kas_15091-1522-1-30.pdf?081118101148, [Zugriff: 7.9.11].

³⁶ siehe: <http://www.euractiv.com/de/energie/geopolitische-aspekte-eu-energieversorgung/article-142798>, [Zugriff: 7.9.11].

treten der EU und Russlands zu Fragen der Energieeffizienz, der Investitionsbedingungen für europäische Firmen, des Technologietransfer und der Verbesserung der Infrastruktur.³⁷

Trotz beiderseitiger Interessen, die Beziehungen im Energiebereich konstruktiv zu gestalten, zeigen sich einige Hürden. So ratifizierte Russland den Vertrag über die Europäische Energiecharta nicht. Dessen Bestimmungen betreffen vor allem den Schutz von Investitionen, den Handel und Transit der Energieträger und die Streitbeilegung. So beinhaltet der Vertrag das Verbot, die Energielieferungen auszusetzen oder zu verringern, falls es zum Streit über die Modalitäten des Transits kommt.³⁸

Für einen weiteren Disput zwischen der EU und Russland sorgt das „Third Energy Package“, das 2009 von der EU angenommen wurde. Dabei soll die Kontrolle der Energielieferanten über Pipelinenetze verringert werden und die Konkurrenz unter den Anbietern erhöht werden. So will die EU verhindern, dass die Kontrolle über die Pipelines und Transportnetze politisch instrumentalisiert wird.³⁹ Den EU-Ländern ist es möglich, zu verbieten, dass die Transportnetze und Pipelines auf ihren Territorien den Erzeugerfirmen der Energieträger gehören. Stattdessen werden diese von unabhängigen Lieferfirmen kontrolliert.⁴⁰ Russland sieht das Third Energy Package als direkten Angriff gegen Gazprom behauptet, es kommt *„einer Konfiszierung von Eigentum gleich.“*⁴¹ Anlass zum Unmut vonseiten Russlands ist auch die „Gegenseitigkeitsklausel“, welche besagt, dass Firmen aus Nicht-EU-Ländern der Zugang zu Verteilungsnetzwerken auf dem EU-Energiemarkt verwehrt bleibt, wenn es umgekehrt für EU-Firmen in

³⁷ siehe das Dokument von Claus-Martin Gaul vom 11.1.2006, Wissenschaftliche Dienste, Deutscher Bundestag: Der Energiedialog zwischen der EU und Russland: http://www.bundestag.de/dokumente/analysen/2006/Der_Energiedialog_zwischen_der_EU_und_Russland.pdf, [Zugriff: 7.9.11].

³⁸ siehe Zusammenfassung des Vertrages über die Europäische Energiecharta: http://europa.eu/legislation_summaries/energy/external_dimension_enlargement/l27028_de.htm [Zugriff: 7.9.11].

³⁹ siehe den Artikel von Česlovas Iškauskas: „Third Energy Package: dispute between Russia and the EU“ vom 4.6.11: <http://eurodialogue.org/Third-Energy-Package-dispute-between-Russia-and-the-EU>, [Zugriff: 7.9.11].

⁴⁰ siehe Informationsdokument von Khaled Dahlawi, Nina Howell u.a. vom 5.8.11: „The EU's Third Energy Package: Reforms Kick-In but Member State Implementation Lags Behind“: http://www.martindale.com/government/article_King-Spalding-International-LLP_1325886.htm, [Zugriff: 7.9.11].

⁴¹ Wladimir Putin 2011, zit.nach Česlovas Iškauskas,, siehe Artikel Fußnote w.o.

diesem Land keinen Zugang gibt. In diesem Zusammenhang wird häufig von der „Gazprom-Klausel“ gesprochen, die verhindern soll, dass sich Gazprom in den EU-Gasmarkt einkauft.⁴²

Ein grundlegendes Problem in der Frage der Energiesicherheit scheinen die unterschiedlichen Zugänge zur Thematik zu sein: Während die EU-Kommission darauf pocht, den Energiemarkt zu liberalisieren, d. h. Monopole aufzuheben und die Konkurrenz zu verstärken, sieht Russland die Energiesicherheit gegeben, indem es die Kontrolle darüber in die Hand einiger weniger staatlich kontrollierter Energiekonzerne gibt (Spanger 2007, 105). Das hat mit den Sichtweisen aufeinander zu tun: Während die EU in Russland die Gefahr sieht, dass es die Monopolstellung politisch ausnutzen könnte, basiert der Widerstand Russlands gegen das Unterbinden dieser Monopolstellung darauf, nicht als bloßer Rohstofflieferant ohne politisches Gewicht, der sich den Wertvorstellungen der EU fügen muss, zu gelten (ebd., 108).

3.7.2 Europäische Nachbarschaftspolitik und Östliche Partnerschaft

Im Rahmen der Europäischen Nachbarschaftspolitik (ENP) unterhält die EU Beziehungen zu ihren Nachbarstaaten, wobei die Intensität der politischen Beziehungen und der wirtschaftlichen Integration von der Einhaltung der „gemeinsamen Werte“ (Demokratie und Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit, gute Regierungsführung, marktwirtschaftliche Prinzipien und nachhaltige Entwicklung) abhängt. Russland ist nicht Teil der ENP, da stattdessen eine „Strategische Partnerschaft“ ausgearbeitet wird.⁴³ Die „östliche Dimension“ innerhalb der ENP stellt die Östliche Partnerschaft oder Eastern Partnership (EaP) dar. Sie bezieht Weißrussland, die Ukraine, die Republik Moldau, Armenien, Aserbaidschan und Georgien mit ein (Longhurst/Nies 2009, 5). Die EU bietet diesen Länder umfassende Freihandelsabkommen und Visaerleichterungen, sofern sie Reformen gemäß den genannten Werten umsetzen. Die Verhandlungen darüber befinden

⁴² siehe: <http://www.euractiv.com/de/energie/kommission-bleibt-gazprom-klausel/article-171769>, [Zugriff: 13.9.11].

⁴³ siehe Europäische Kommission, Europäische Nachbarschaftspolitik: http://ec.europa.eu/world/enp/policy_de.htm, [Zugriff: 27.9.11].

sich je nach Land in unterschiedlichen Stadien, mit Weißrussland etwa wurden die Verhandlungen wegen Nichteinhaltung dieser Werte ausgesetzt.⁴⁴

Worin genau die Ziele und die Umsetzung der ENP in den jeweiligen Ländern bestehen, soll hier nicht vorrangig thematisiert werden, sondern die Frage warum das ENP-Instrument, vor allem in Bezug auf die post-kommunistischen Staaten, Anlass für Unstimmigkeiten zwischen der EU und Russland ist.

Die EU bot Russland an, Teil der ENP zu werden. Russland lehnte es aber ab, in dasselbe EU-Instrument wie kleine osteuropäische und südkaukasische Länder eingebunden und somit auf eine Stufe mit diesen gestellt zu werden. Stattdessen sollte mit einer „Strategischen Partnerschaft“ die Wichtigkeit Russlands hervorgehoben werden, da Russland sich selbst als bedeutender internationaler Akteur sieht (Medvedev 2008, 24f.) und zudem als gleichwertiger Partner der EU angesehen werden will (Haukkala 2009, 3). Aus russischer Sicht hat die ENP die Konzipierung, dass die EU „Lehrerin“ und das ENP-Land „Schüler“ sei (Medvedev 2008, 25). Generell liegt der Logik der EU-Außenpolitik zu Grunde, dass sie daran interessiert ist, außerhalb der EU Verhältnisse wie innerhalb der EU zu schaffen und dass die „Anderen“ so sein wollen wie die EU. Für Russland trifft dies aber nicht zu (Krastev/Leonard u.a. 2009, 1). Russland erteilte der EU mit seiner Weigerung, in die ENP eingebunden zu werden, dahingehend eine Absage, dass der Umfang der Zusammenarbeit nicht an die von der EU vorgegebenen Werte gebunden ist, wie es für die ENP-Länder der Fall ist (Averre 2005, 178f.), denn das Bekenntnis zu den und die Umsetzung der Normen und Werte der EU durch die ENP-Länder ist der Kernpunkt der ENP (Haukkala 2009, 3). Genau gegen diese werte- und normenbasierte Nachbarschaftspolitik der EU hegt Russland Misstrauen, vor allem gegen die Östliche Partnerschaft, die sich auf die post-sowjetischen Nachbarstaaten bezieht, zu denen Russland eine besondere Beziehung hat, denn

„[...] Russia will always remain their immediate neighbour and share a great part of history with them, no matter how complicated some turns of this history might have been.“⁴⁵

⁴⁴ siehe Factsheet „The EU’s Eastern Partnership“:

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/ec/124798.pdf, [Zugriff: 30.9.11].

Das Misstrauen gründet sich darauf, dass die Östliche Partnerschaft eine neue Trennlinie zwischen Russland und der „neuen, östlichen“ Nachbarschaft der EU entstehen lasse und dass dies im Sinne der neuen, osteuropäischen EU-Staaten sei, denen von Russland eine anti-russische Haltung zugeschrieben wird (Haukkala 2009, 6). Dmitri Medwedew äußerte sogar die Befürchtung, dass die Östliche Partnerschaft als „*partnership against Russia*“⁴⁶ benutzt werden könne. Bei all dem Misstrauen ist hinzuzufügen, dass die Länder der Östlichen Partnerschaft nicht zwangsläufig daran interessiert sind, die Werte und Normen der EU umzusetzen und die EU noch auf diesen Erfolg wartet (Haukkala 2009, 7).

Generell sind die EU und Russland an der Einflussnahme auf die „gemeinsame Nachbarschaft“ interessiert, verfolgen dabei aber unterschiedliche Ansätze. Die EU als „normative soft power“ bietet ihren östlichen Nachbarländern etwa Handelserleichterungen an, wenn sie im Gegenzug die Normen und Werte der EU übernehmen und einhalten. Russland hingegen wird oft zugeschrieben, seinen Einfluss mittels „hard power“, also militärischer und ökonomischer Mittel zu sichern (Averre 2009, 1690). Jedoch bedeutet dies nicht, dass Russland nicht auch seine Normen und Werte in die Außenbeziehungen einfließen lässt. Nach Dirk Averre forcieren Russland demnach „Souveränität“, „Regimestabilität“ und „Nichteinmischung in die internen Angelegenheiten eines Staates“ (ebd, 1696). Diese Normen und Werte seien als Alternative zu jenen der „liberalen, westlichen“ Demokratien gedacht, die großteils die Weltordnung bestimmen würden (ebd, 1699). Als „Einmischung“ verstehe Russland, dass die EU die „farbigen Revolutionen“ in der Ukraine und Georgien unterstützt bzw. initiiert habe (Trenin 2005, 2). Russland warnt vor einer durch die „Einmischung“ bedingten Schwächung der Souveränität der Länder der Östlichen Partnerschaft (Averre 2009, 1697) (siehe auch 4.5.1). Ob die EU und Russland mit ihren jeweiligen Ansätzen in den Beziehungen zu den post-kommunistischen Staaten Erfolg haben, sei an dieser Stelle dahingestellt. Festzustellen ist aber, dass völlig unterschied-

⁴⁵ siehe Beitrag von Wladimir Tschischow beim 135. Bergedorf Runden Tisch vom 29.9.-1.10.2006 zum Thema: Interests and Partners of German Foreign Policy, S. 90: http://www.koerber-stiftung.de/fileadmin/bg/PDFs/bnd_135_en.pdf, [Zugriff: 28.9.11].

⁴⁶ Dmitri Medwedew 2009, zit. nach Andrew Rettman, siehe den Artikel „EU-Russia summit ends with prickly exchange over energy“ vom 23.5.09: <http://euobserver.com/24/28173>, [Zugriff: 30.9.11].

liche Ansätze in der Außenpolitik aufeinander prallen, um die Stabilität in den Nachbarländern zu gewährleisten. Die EU wolle ihre Nachbarländer „europäisieren“, indem sie eine Transformierung von Politik und Ökonomie nach EU-Vorbild fördere (Medvedev 2008, 28). Den ENP-Ländern wird keine unmittelbare Beitrittsperspektive geboten, dennoch wird das Prinzip der EU-Integration angewandt: Jene, die die vorgegeben Werte und Normen annehmen, werden eingebunden (Averre 2009, 1693f.). Während für die EU „Transformierung“ der Nachbarländer als Voraussetzung dafür gilt, dass diese „dazuzugehören“ können, sind für Russland „Souveränität“ und „Nichteinmischung“ die ausschlaggebenden Prämissen, denn

„[...] Russia, for the first time in 500 years, refrains from territorial ambitions and concentrates on domestic issues, while it is the EU that turns into a revisionist player and seeks to remodel its neighbourhood” (Medvedev 2008, 40f.).

Jedoch: *„The EU may be expanding, but it is far from becoming a traditional empire” (Trenin 2005, 2)*, da den ENP-Ländern keine Beitrittsperspektive geboten werde. Zudem soll nicht der Anschein erweckt werden, dass Russland nicht versuche, Einfluss auf die innenpolitischen Angelegenheiten der ENP-Länder zu nehmen, etwa durch die Unterstützung pro-russischer Kandidaten in den jeweiligen nationalen Wahlen (ebd, 2). Insgesamt trägt die Außenpolitik der EU und Russlands bezüglich der Länder der „gemeinsamen Nachbarschaft“ den Charakter von Konkurrenz. Es geht dabei um Einflussnahme und darum, die Nachbarschaftsstaaten auf die eigene Seite zu ziehen, anstatt die Kooperation zwischen der EU und Russland in den jeweiligen Ländern zu forcieren (Stewart 2009, 5).

3.7.3 Bilaterale Beziehungen und Unstimmigkeit in der EU-Russlandpolitik

„In Moscow’s view, the EU is just one more utopia whose time has expired.” (Krastev 2007, o. S.). Demnach bestehe aus russischer Sicht die Annahme, dass die EU dasselbe Schicksal ereilen werde wie die Sowjetunion (ebd, 78).

Vor diesem Hintergrund lässt sich auch ein höheres Interesse Russlands an bilateralen Beziehungen zu wichtigen EU-Staaten erklären, da Russland die EU nicht als einflussreichen globalen Akteur sieht und daher auch einer umfassenden

den, rechtlich bindenden Partnerschaft mit der EU ausweicht und stattdessen auf bilaterale Abkommen setzt (Severin 2010, 20f.). Begünstigt wird diese Orientierung auch dadurch, dass auf beiden Seiten eine gewisse Konzeptlosigkeit in Bezug darauf herrscht, wie die „Strategische Partnerschaft“ tatsächlich ausgestaltet werden soll. Daher präferiert Russland bilaterale Beziehungen zu einzelnen EU-Staaten.⁴⁷ Aus russischer Sicht wird häufig die „innere Zerstrittenheit“ der EU als nicht förderlich für die Beziehungen, vor allem beim Verhandeln eines neuen Abkommens, genannt.⁴⁸

Die „innere Zerstrittenheit“ ist auf unterschiedliche Ansätze innerhalb der EU, wie mit Russland umzugehen sei, zurückzuführen. Zum einen existiert jener Ansatz, der darauf pocht, die Beziehungen zu Russland von der Einhaltung der von der EU vorgegebenen Werte abhängig zu machen und ständig demokratische und rechtsstaatliche Reformen zu fordern (Mangott 2006, 11). Zu den Anhängern des „wertebasierten“ Ansatzes zählen laut Spanger die neuen, ehemals sozialistischen EU-Länder, aber auch Großbritannien, Dänemark und Holland (Spanger 2007, 101). Der „pragmatische“ Ansatz hingegen sieht vor, die Beziehungen nicht auf eine Wertebasis zu stellen, sondern die Zusammenarbeit so zu gestalten, dass strategische Interessen der EU, darunter vor allem die Energieversorgung, gesichert sind (Mangott 2006, 11). Zu Vertretern des „interessenbasierten“ Ansatzes gehören laut Spanger Deutschland, Frankreich, Italien und Spanien (Spanger 2007, 101).

Bei aller Diskussion, ob den Interessen oder den Werten in den Beziehungen der Vorzug gegeben werden sollte, ist zu bedenken, dass die Verbreitung von Werten auch ein Interesse darstellt (ebd, 108).

Jenen, die eine „pragmatische“ Kooperation mit Russland anstreben, vor allem im Hinblick auf die Energiebeziehungen, kann vorgehalten werden, dass so die

⁴⁷ siehe den Beitrag von Margareta Mommsen vom 5./6.11.2008 zur Veranstaltung des Bildungszentrums Schloss Wendgraben: „Die europäisch-russische strategische Partnerschaft. Gemeinsame Werte und Interessen“: http://www.kas.de/wf/doc/kas_15091-1522-1-30.pdf?081118101148, [Zugriff: 7.9.11].

⁴⁸ siehe den Beitrag von Dmitri Moltschanow, w.o.: http://www.kas.de/wf/doc/kas_15091-1522-1-30.pdf?081118101148, [Zugriff: 7.9.11].

Verhandlungsmacht der EU eingeschränkt wird. Wenn es für Russland keine Anreize gibt, demokratische Standards nach den Vorstellungen der EU umzusetzen, gibt es auch weniger Druck, den Bestimmungen der Abkommen nachzukommen oder den Vertrag über die Europäische Energiecharta zu ratifizieren (Grätz 2009, 72).

Auch wenn aus Sicht der EU die Notwendigkeit besteht, die Herrschaftsordnung in Russland zu kritisieren, muss sie auch anerkennen, welchen geringen Einfluss externe Akteure auf die russische Innenpolitik haben. Dies hängt mit der Skepsis der Bevölkerung gegenüber „westlichen“ Akteuren und der Haltung, dass Stabilität und Wohlstandssteigerung wichtiger sind als demokratische Mitbestimmung zusammen. Gefördert werden diese Haltungen aber auch durch die staatliche Kontrolle großer Teile der Medien (Mangott 2006, 11).

Angesichts des Arguments, dass die EU als externer Akteur ohnehin geringen Einfluss auf die innerrussischen Verhältnisse hat, warnen Vertreter des „pragmatischen“ Ansatzes davor, dass Russland sich zunehmend von der EU abwenden und Richtung Asien orientieren werde. Die Einsicht, dass die „Werte-Verbreitung“ der EU in Russland nicht funktioniert, könnte dies verhindern (Condé 2011, 3).

Die EU sieht sich also vor dem Dilemma, einerseits dem Anspruch gerecht zu werden, in ihren Außenbeziehungen auf Werte zu pochen, die sie vertritt und andererseits mit der Tatsache konfrontiert zu sein, keine Veränderungen in Russland herbeizuführen.

Erschwerend kommen für die EU die Dissonanzen innerhalb der EU-Staaten bezüglich deren Haltung zu Russland hinzu. Hier sind vor allem die historisch bedingten, komplexen Beziehungen zwischen Russland und den neuen, ehemals sozialistischen EU-Mitgliedsländern, allen voran Polen, hervorzuheben. Das von Russland 2005 verhängte Importverbot von polnischem Fleisch und pflanzlichen Produkten deutete Polen als politisch motivierten „Denkzettel“, nachdem Polen der EU und der NATO beigetreten war. Als Reaktion darauf blockierte Polen 2006 die Verhandlungen zum neuen Abkommen zwischen der

EU und Russland. 2008 stimmte Polen der Aufnahme der Verhandlungen zu, was auch durch einen Regierungswechsel in Polen bedingt war.⁴⁹

Das Ringen um eine gemeinsame Russlandpolitik wird also nicht nur durch unterschiedlich gelagerte Interessen der Mitgliedsstaaten erschwert, sondern auch, wie am Beispiel Polen dargestellt, durch historisch bedingte Aversionen und immer wieder aufflackernde bilaterale Dispute zwischen einigen EU-Mitgliedsstaaten und Russland.

3.7.4 Negative Sichtweisen aufeinander

In den Sichtweisen aufeinander spielen die Konstruktionen „Westen“ und „Europa“ eine bedeutende Rolle. Es geht dabei nicht um geografische Begriffe, sondern es handelt sich nach Stuart Hall vielmehr um eine komplexe Idee des „Westlichen“ und ein historisches Konstrukt. Mit der Einteilung in „westliche“ oder „nicht westliche“ Staaten können diese als „entwickelt“ oder „unterentwickelt“ hierarchisiert werden (Hall 1992, 276f.). Deshalb erfolgt die Schreibung von „Westen“ oder „Europa“ mit Anführungszeichen, um so darauf hinzuweisen, dass die mit dem Konstrukt des „Westlichen“ verbundenen Ideen und Vorstellungen der Überlegenheit nicht zwangsläufig als gegeben erachtet werden müssen.

Aus russischer Sicht wird häufig vorgebracht, dass im „Westen“ ein negatives Russlandbild lanciert werde, um Russland als Akteur zu schwächen.⁵⁰ Hierbei diene vor allem das Beanstanden von Demokratiedefiziten dazu, die Bedeutung Russlands als internationaler Akteur zu verringern (Prozorov 2006, 9). Nach Iver Neumann wird Russland aus europäischer Sicht die Rolle eines „Schülers“ zugeschrieben. Russland solle demnach in einem Lern- und Übergangsprozess zu mehr „Europäität“ begriffen sein, um durch die erhoffte wachsende Ähnlichkeit mit „Europa“ an „Bedrohlichkeit“ zu verlieren (Neumann 1999, 107f.). Russ-

⁴⁹ siehe den Artikel von Jacek Cichocki und Wojciech Konończuk vom 13.7.2009, Bundeszentrale für politische Bildung: „Polen und seine Nachbarn. Die Beziehungen zu Russland“: http://www.bpb.de/themen/94ZET6,0,0,Die_Beziehungen_zu_Russland.html, [Zugriff: 8.9.11].

⁵⁰ siehe den Beitrag von Dmitri Moltschanow vom 5./6.11.2008 zur Veranstaltung des Bildungszentrums Schloss Wendgraben: „Die europäisch-russische strategische Partnerschaft. Gemeinsame Werte und Interessen“: http://www.kas.de/wf/doc/kas_15091-1522-1-30.pdf?081118101148, [Zugriff: 7.9.11].

land wird nach Neumann von „Europa“ seit Jahrhunderten als das „Andere“ dargestellt. Die Konstruktion eines „bedrohlichen Anderen“ habe den Sinn, sich abzugrenzen, um das Selbst, die eigene Identität, zu festigen (ebd, 111). Die Kategorisierung Russlands als das „Andere“ werde laut Sergei Prozorov bis heute vonseiten der EU als gegeben erachtet und zeige sich unter anderem in einem generellen Misstrauen gegenüber aktuellen Entwicklungen in Russland (Prozorov 2006, 15).

Vonseiten Russlands werden, wie bereits angesprochen, die Effektivität und die Überlebensfähigkeit der EU angezweifelt, was wiederum Ausdruck der Schwächung der EU als internationaler Akteur ist. In Reaktion auf die Zuschreibung der „Andersartigkeit“ komme es vonseiten Russlands wiederum zu einer Abgrenzung. Hier ist vor allem eine „anti-westliche“ Haltung zu nennen, die sich, aufgrund der unterschiedlichen Haltungen der EU-Staaten zu Russland, zwar nicht vorrangig auf die EU, sondern auf die USA als Feindbild bezieht (Stewart 2008, 2). Im Konstrukt des „Westens“ ist aber auch „Europa“ oder „Westeuropa“ mit eingeschlossen. So hat die Abgrenzung Russlands zum „Westen“ die Funktion, Russland innen- und außenpolitisch als stark und unabhängig darzustellen (ebd, 3). Die „anti-westliche“ Rhetorik ist Ausdruck eines neuen Nationalismus, dessen Grundidee Lilia Shetsova vereinfacht darstellt:

„The West is interfering in our domestic affairs and attempting to weaken Russia. By promoting democracy, the West is really advancing its own interests.“⁵¹

Durch den „Gas-Streit“ zwischen Russland und der Ukraine Anfang 2006 und später auch zwischen Russland und Weißrussland festigte sich in der EU das Bild, dass Russland seine Energievorräte politisch instrumentalisiert, um so Stärke und Einfluss zu demonstrieren. In Russland dagegen entstand der Eindruck, dass der „Westen“ nicht an einem starken Russland interessiert sei, sondern das „schwache“ Russland der Jelzin-Zeit favorisiere. Beides ist Ausdruck eines nach wie vor bestehenden tiefen Misstrauens (Spanger 2007, 109).

⁵¹ siehe den Artikel von Lilia Shetsova in der Moscow Times vom 7.8.2007: „Anti-westerinsm is the new national idea“: <http://carnegieendowment.org/2007/08/07/anti-westernism-is-new-national-idea/d45>, [Zugriff: 3.10.11].

Die Aufzählung von Problemen und Konflikten zwischen der EU und Russland ließe sich fortsetzen, dies würde jedoch den Rahmen dieser Arbeit überschreiten. Vielmehr soll im folgenden Kapitel ein besonderes Augenmerk auf die Wertedifferenz zwischen der EU und Russland gelegt werden.

4 Wertedifferenzen zwischen der EU und Russland

„[...] Die Erfahrungen der neunziger Jahre zeigen ganz deutlich, dass eine wirklich erfolgreiche Erneuerung unseres Vaterlandes nicht gelingen kann, wenn einfach ausländischen Lehrbüchern entnommene abstrakte Modelle und Schemata auf russischen Boden übertragen werden. Das mechanische Kopieren der Erfahrung anderer Staaten wird keinen Erfolg bringen. Jedes Land, so auch Russland, hat die Pflicht seinen eigenen Weg der Erneuerung zu finden. [...] Für den Russen ist ein starker Staat nichts Regelwidriges, nichts wogegen er kämpfen muss, sondern, im Gegenteil, eine Quelle von und ein Garant für Ordnung [...]. Die moderne russische Gesellschaft verwechselt einen starken Staat nicht mit einem totalitären.“ (Putin 2002, zit. nach Neumann 2003, 36).

Das angegebene Zitat liefert einen Vorgeschmack auf die Werte und Ideen, die unter Putin relevant wurden, darunter der „eigene Weg“ und der „starke Staat“. Nachfolgend soll das Konzept der „Souveränen Demokratie“ erläutert werden, anhand dessen sich meiner Ansicht nach die Werte und Ideen des politischen Systems Russlands am besten darstellen lassen. In weiterer Folge wird die Differenz dieser Ideen und Werten zu jenen der EU aufgezeigt. Vorab soll betont werden, dass mit der Darstellung des Konzepts der „Souveränen Demokratie“ keineswegs versucht werden soll, das gegenwärtige politische System Russlands als demokratisch zu rechtfertigen.

Selbstverständlich kann man das Konzept der „Souveränen Demokratie“ auf einen „propagandistischen“ Zweck reduzieren. Bei genauerer Betrachtung ist allerdings feststellbar, dass im Konzept der „Souveränen Demokratie“ eine Quelle für das Unverständnis zwischen der EU und Russland liegt (Krastev 2007, o. S.). Das Konzept ist deswegen von Bedeutung, da die formulierten Werte die Legitimationsbasis für das innen- und außenpolitische Handeln Russlands bieten (White 2008, zit. nach Hudson 2009, 193).

4.1 „Souveräne Demokratie“

Das Konzept „Souveräne Demokratie“ wurde 2006 von Wladislaw Surkow, dem stellvertretenden Leiter der Präsidentialadministration und so genannten „Chefideologen des Kremls“, geschaffen (MommSEN 2006, 2).

Das Konzept der „Souveränen Demokratie“ gilt sowohl als ideologische Grundlage für die Präsidentschaften Putins als auch für die führende Partei „Einiges Russland“ (Okara 2007, o. S.). Auch wenn Putins Nachfolger Medwedew den Begriff kritisierte, gibt es keine Anzeichen dafür, dass er die Ideen und Werte des Konzepts ablehnt (Polyakov 2009, 21). Problematisch erscheint an der Bezeichnung „Souveräne Demokratie“, dass sie zwei Begriffe kombiniert, die auf unterschiedliche Dimensionen abzielen: „Souveränität“ bezieht sich auf die Stellung eines Staates in dessen Außenbeziehungen, während „Demokratie“ die Regierungsform innerhalb des Staates benennt (Okara 2007, o. S.). Die Bezeichnung des Konzepts selbst ist auch in der Bevölkerung nicht weit verbreitet, was aber nicht bedeutet, dass die Werte und Ideen des Konzepts keine breite Resonanz erfahren würden (Hudson 2009, 193) (siehe auch die Ergebnisse der Meinungsumfragen ab 4.5).

4.2 Beschreibung des Konzepts

Das Konzept der „Souveränen Demokratie“ soll anhand der drei Texte von Wladislaw Surkow beschrieben werden, in denen er die maßgeblichen Merkmale der „Souveränen Demokratie“ darlegte.

Um die „Souveräne Demokratie“ zu analysieren, muss man betrachten, in welche politische Kultur sie eingebettet ist, da diese nach Surkow als Grundlage für die „Souveräne Demokratie“ gilt. Demnach sind die zentralen Elemente der politischen Kultur Russlands:

- das Streben nach politischer Gesamtheit durch die Zentralisierung der Macht,
- die Idealisierung politischer Ziele,

- die Personalisierung der Politik (Surkow 2007, 2).

Begründet liegt dies nach Surkow darin, dass die Zentralisierung der Macht der einzige Garant für Stabilität in der Gesellschaft sei und sich nur so die territoriale und „geistige“ Einheit Russlands aufrechterhalten lasse. Nur die Zentralisierung der Macht gewährleiste die Demokratie in Russland, während Dezentralisierung sie schwäche. Neben dem Streben nach Zentralisierung sei der Idealismus maßgebend für die politische Kultur Russlands, so Surkow. Dieser sei notwendig, um die Entwicklung Russlands voranzutreiben. Auch die Personalisierung sei wichtig, da nur so Programme und Doktrinen vermittelt werden könnten. Die Personalisierung der politischen Kultur sei durchaus mit jener in Frankreich oder den USA zu vergleichen, wo ebenfalls eine starke Stellung des Präsidenten vorherrscht (ebd, 3).

Souveränität und Unabhängigkeit sind seit Ivan III. fester Bestandteil der russischen Geschichte (ebd, 3.) All dies forme die Besonderheit des nationalen Charakters und der Kultur. Aus dieser Besonderheit werde das Potenzial für ein eigenes Demokratiemodell geschöpft. Dass dieses Demokratiemodell im Ausland als mangelhaft beschrieben wird, gehe laut Surkow darauf zurück, dass dies ein Instrument sei, die staatlichen Institutionen Russlands zu schwächen, um Kontrolle über die Rohstoffe Russlands zu erlangen. Zudem brauche Europa den Mythos der „Barbaren entlang der Grenzen“, um sich innereuropäisch zu konsolidieren. Vor diesem Hintergrund sei auch die NATO-Erweiterung zu verstehen (ebd, 8).

Die Schwierigkeit mit dem „Westen“ sei ein kulturelles Verständigungsproblem. Man habe zwar eine gemeinsame Wurzel in der europäischen Kultur, aber man unterscheide sich in der Ausformung der Kultur dennoch tief greifend (ebd, 8). Zwar diene der „Westen“ als Vorbild für die Schaffung einer innovativen Wirtschaft, aber nicht als Vorbild in der politischen Kultur und Demokratie, da dies eine Absage an die Vielfalt wäre (ebd, 9).

Die „Souveräne Demokratie“ sei demnach für Russland geeignet, da sie auf den Prinzipien der politischen Kultur Russlands basiere. Sie umfasste zum einen die Zentralisierung, wodurch die Einheit der Nation gewährleistet wird. Die „Souveräne Demokratie“ stellt den Kurs des Präsidenten dar und ist somit per-

sonalisiert (bezieht sich auf Putin). Das Konzept ist idealistisch, worin aber sein Vorteil liege, da dies die Entwicklung vorantreibe (ebd, 9f.). Dies alles diene dazu, dass Russland in Zukunft eine „weitere Stufe emporsteige“ (ebd, 13).

Für Surkow bietet das Konzept der „Souveränen Demokratie“ die Möglichkeit, „die Stärke und Würde der russischen Nation“ auszudrücken und er definiert es als „Form des politischen Lebens einer Gesellschaft“, wobei die „Souveräne Demokratie“ keine „Erfindung“ Russlands ist, sondern auf der Idee der aus freien Gemeinschaften (souveränen Demokratien) bestehenden Weltordnung basiert, worin diese miteinander kooperieren und konkurrieren (Surokov 2009, 9). Auf die Kritik, dass Demokratie keine Definition brauche, sondern entweder vorhanden ist oder nicht, meint Surkow, dass Demokratie vielmehr ein Prozess sei als ein Faktum (ebd, 10). Die „Souveräne Demokratie“ unterscheide sich aber von anderen Demokratiemodellen durch ihre „intellektuelle Führung, ihre vereinte Elite, ihre national orientierte Wirtschaft und die Fähigkeit, sich selbst zu verteidigen“ (ebd, 15). Ihre Prioritäten liegen

- in der nationalen Solidarität (ebd, 15),
- im hohen Stellenwert der russischen Kultur und dem Anspruch, dass Russland mitbestimmt und nicht bestimmt wird („*Russland muss sagen, was es tut und nicht tun, was andere sagen.*“); dies geht auch damit einher, Russlands Position im politischen, philosophischen und sozialen Diskurs zu festigen und sich nicht der Position des „Westens“ zu unterwerfen (ebd, 16),
- im Ziel, Bildung und Wissenschaft als Ressource zu Konkurrenzfähigkeit auszubauen, dies vor allem vor dem Hintergrund, dass die Rohstoffe zur Neige gehen werden (ebd, 16).

In Bezug auf Europa meint Surkow, dass keine Notwendigkeit bestehe, Europa zu idealisieren, aber ohne Zugang zum Know-how aus Europa sei es nicht möglich Russland zu modernisieren (ebd, 19). In Europa sieht Surkow dafür zwei vorherrschende Haltungen gegenüber Russland: Zum einen die Haltung jener, die Russland unterwerfen wollen und zum anderen die jener, die auf die Vorteile der Partnerschaft setzen (ebd, 19). Durch die „Souveräne Demokratie“ lasse sich mit beiden umgehen, indem ersteren nicht ermöglicht werde die Sou-

veränität Russlands zu untergraben und zweiten mit Offenheit begegnet werde (ebd, 19f.). Insgesamt biete das Konzept der Souveränen Demokratie die Möglichkeit, die persönliche Freiheit mit der nationalen Freiheit zu verbinden: Demokratie und Souveränität (ebd, 21).

Die Souveränität Russlands ist laut Surkow vor dem Hintergrund der Globalisierung besonders hervorzuheben, da diese die Staatlichkeit schwäche. Für Russland ist aber die Staatlichkeit auf jeden Fall zu verteidigen, da Russland nur als unabhängiger Staat auf die Weltpolitik Einfluss nehmen und somit auch die Globalisierung mitgestalten könne. Nicht einem oder zwei Ländern will Russland die Gestaltung der Weltordnung überlassen, sondern die „Demokratisierung der internationalen Beziehungen“ vorantreiben (ebd 2008, 138). Insgesamt ist für Surkow die Souveränität eines Staates „politisches Synonym für Konkurrenzfähigkeit“ (ebd, 137).

Durch das Konzept der „Souveränen Demokratie“ erhalte Russland innerpolitische Stabilität und eine blühende Wirtschaft, wodurch es Einfluss auf die Weltpolitik bekomme, da es eine freie Nation sei und mit den anderen freien Nationen eine gerechte Weltordnung bauen könne (ebd, 145).

4.3 Analyse der „Souveränen Demokratie“

4.3.1 Ideen und Werte

Ob die Ideen Surkows schlüssig und realistisch sind, sei an dieser Stelle dahingestellt. Vorerst geht es vielmehr darum, aus den Texten Surkows die Werte und Ideen abzulesen, die als grundlegend wichtig für Russland konstruiert werden und wie sich diese im politischen Handeln zeigen oder zeigen sollen. Aus Surkows Schriften zeichnen sich meiner Ansicht nach folgende Ideen und Werte ab:

Souveränität: Die Souveränität Russlands ist überaus wichtig, nie darf es zu einer Fremdbestimmung weder im politischen noch im wirtschaftlichen Sinne kommen. Nach außen geht es um die Gleichheit der Staaten und die gleichbe-

rechtigte Mitgestaltung der Weltpolitik; diese soll nicht von der Monopolstellung eines Staates geprägt sein. Gemeint sind hier wohl die USA.

Vor dem Hintergrund der Globalisierung ist die Betonung staatlicher Souveränität wichtig, da die Globalisierung dazu führt, dass einige Staaten an Unabhängigkeit einbüßen. Nur die völlige Kontrolle Russlands über seine Grenzen und sein Staatsgebiet kann dem entgegenwirken.

Im Gegensatz zu den ehemaligen Sowjetstaaten kann Russland keine vergleichbare Annäherung an die EU betreiben, da dies Russlands Unabhängigkeit gefährden würde und Russland eine bedeutende Rolle im internationalen System spielt (Surkow 2006, zit. nach Smith 2006, 3).

Abgrenzung zum „Westen“: Das Konzept der „Souveränen Demokratie“ versteht sich als Abgrenzung zur „westlichen, liberalen Demokratie“. Die Notwendigkeit zur Abgrenzung liegt darin begründet, dass die russische politische Kultur nicht mit der europäischen übereinstimmt. Russland hat zwar an der Entstehung der europäischen Zivilisation mitgewirkt, die Ausprägung der russischen Kultur ist aber eine andere.

Betonung der eigenen Stärke: Aus dem Unverständnis des „Westens“, folgt die Abgrenzung und damit die Betonung der Besonderheit der eigenen Kultur, der eigenen Werte und politischen Praxis. Im „Anders-Sein“ liegt die Stärke. Daraus muss das Potenzial geschöpft werden, um nicht hinter die anderen Nationen zurückzufallen, vor allem, wenn es um Wirtschaft und Wissenschaft geht. Sichert sich Russland hier seinen Platz unter den führenden Nationen, ist auch sein Einfluss in der internationalen Politik gewährleistet.

Die Texte Surkows und die darin vorkommenden Ideen und Werte werden häufig als „chauvinistisch“ und „anti-demokratisch“ bezeichnet (Okara 2007) oder es werden Ähnlichkeiten zu jenen des sowjetischen Regimes festgestellt, in denen die Abgrenzung zum „Westen“, Modernisierung ohne Demokratie und die Auffassung von Politik als „Nullsummenspiel“ ebenfalls relevant waren (Hayoz 2009, 136).

4.3.2 Innenpolitische Funktionen

Das Konzept der „Souveränen Demokratie“ hat die Funktion, die ideologische Grundlage für das gegenwärtige politische System Russlands zu bieten, auch wenn in Artikel 13 der Verfassung von 1993 festgelegt ist:

„1. In der russländischen Föderation ist die ideologische Vielfalt anerkannt.

2. Keine Ideologie darf als staatliche oder verbindliche festgelegt werden.“⁵²

Auch wenn es in Russland, wie in den westlichen parlamentarischen Demokratien, keine offizielle Ideologie geben darf, hat jegliches politische System wie auch politische Parteien einen ideologischen und philosophischen Hintergrund, auf den sie sich berufen (Smith 2006, 1). Betrachtet man die „Souveräne Demokratie“ als Ideologie, liegt ihre Funktion auch darin, nationale Einheit zu konstruieren (Hayoz 2009, 126).

Die „Souveräne Demokratie“ bietet vor allem die ideologische Grundlage für die dominierende Partei „Einiges Russland“, die laut Andrej Isajew, einem führenden Mitglied von „Einiges Russland“, als einzige Partei der „politischen Tradition“ Russlands folge. Diese „politische Tradition“ habe als Kernpunkte einen starken, souveränen Staat, den Großmachtsanspruch Russlands und den Glauben an eine starke Führungsperson (Isajew 2006, zit. nach Smith 2006, 4). Diese Punkte finden sich auch in der „Souveränen Demokratie“ wieder.

Das Konzept der „Souveränen Demokratie“ wendet sich an zwei Adressaten. Zum einen soll der russischen Bevölkerung vermittelt werden, dass „alles unter Kontrolle sei“ (Hayoz 2009, 128). Angesichts des großen Misstrauens der russischen Bevölkerung in politische Institutionen, wie das Parlament und die Parteien, sei lediglich ein starker Präsident Garant für Stabilität, so die Darstellung (ebd, 132). Zudem betont die „Souveräne Demokratie“, dass die Legitimationsquellen dafür russischen und nicht „westlichen“ Ursprungs sind (Okara 2007, o. S.). In diesem Zusammenhang ist nach Surkow auch maßgeblich, dass es kein

⁵² siehe Verfassung der Russländischen Föderation, Artikel 13:
<http://www.constitution.ru/de/part1.htm>, [Zugriff: 28.10.11].

universelles Demokratiemodell gebe, sondern ein Demokratiemodell immer die politische Kultur, Tradition und „Mentalität“ eines Landes widerspiegle.⁵³

Zum anderen ist der Adressat des Konzepts die politische Elite, es soll Anleitung für deren Verhalten sein (Hudson 2009, 195f.). Die Betonung der „Differenz zum Westen“ und das Argument, dass Russland seinen „eigenen Weg“ gehe sowie auch das russische „Demokratiemodell“ etwas „Eigenes“ darstelle, habe nur die Funktion, eine Legitimationsbasis dafür zu kreieren, dass eine kleine Elite das politische System gemäß ihren Interessen gestalten könne (Hayoz 2009, 130). Bei der „Souveränen Demokratie“ gehe es weder um Demokratie des „europäischen“ oder „russischen“ Typs, sondern schlichtweg darum, Machtinteressen mit der Sprache von Werten und Normen zu tarnen (Popescu 2006, 3). Prinzipien liberaler Demokratien werden imitiert, um autoritäre und oligarchische Tendenzen zu verdecken (Shetsova 2010, 311). Nikolas Hayoz merkt hierzu an:

„Russian democracy simply means that there is an official centre telling people how Russian democracy works.“ (Hayoz 2009, 133).

4.3.3 Außenpolitische Funktionen

Nach außen soll die „Souveräne Demokratie“ zeigen, wie Russland wahrgenommen werden soll bzw. das ein Bild einer „kollektiven Identität“ zeichnen (Hayoz 2009, 128). Im Konzept der „Souveränen Demokratie“ werden Themen wie globale Konkurrenz, der Kampf um Energieressourcen und der Versuch einiger Staaten, die Souveränität anderer einzuschränken, aufgegriffen. Mit dem Konzept der „Souveränen Demokratie“ wird der russischen Gesellschaft vermittelt, dass Russlands Souveränität trotz der Bedrohungen im Zusammenhang mit der Globalisierung garantiert sei (Okara 2007, o. S.), wobei meiner Ansicht nach der Begriff „Globalisierung“ bewusst vage gehalten wird.

In Bezug auf die Außenpolitik ist das Konzept Ausdruck dessen, dass Russland sich in der Position sieht, eine einflussreiche und vor allem mit anderen wichti-

⁵³ Surkow 2007 zit. in einem Artikel von Richard Sakwa vom 7.4.2011: „Surkov: dark prince of the Kremlin“, Johnson's Russia List: <http://www.cdi.org/russia/johnson/russia-surkov-dark-prince-kremlin-723.cfm>, [Zugriff: 28.10.11].

gen Staaten gleichberechtigte Rolle im internationalen System zu spielen (Averre 2007, 177). Nach den Worten des russischen Außenministers Sergej Lawrow ist das internationale System im Wandel und in einer künftigen Weltordnung kommt dem „Westen“ keine dominierende Rolle zu, daher können Russland auch keine „westlichen“ Ideale auferlegt werden (Lawrow 2006, zit. nach Averre 2007, 177). Stattdessen soll mit der „Souveränen Demokratie“ ein alternatives „Wertemodell“ zu jenem des „Westens“ forciert werden (Monaghan 2010, 54).

Die Vergangenheit als Supermacht und der Sitz als permanentes Mitglied im UN-Sicherheitsrat sind ausschlaggebend für die Bestrebungen, eine wichtige Rolle in der internationalen Politik zu spielen (Shetsova 2010, 316), auch wenn dies meiner Ansicht nach auch eine Frage der Ressourcen und der Unterstützung der Eliten und der Bevölkerung ist. Laut Lilia Shetsova ist die Kombination von angestrebtem Großmachtsstatus und personalisierter Macht erklärend für das außenpolitische Verhalten Russlands und bedingt innenpolitisch autoritäre Entwicklungen (ebd 2010, 316).

4.3.4 Hintergründe für die Entstehung der „Souveränen Demokratie“

4.3.5 Politischer und historischer Hintergrund

Als Anstoß für die Konzeption der „Souveränen Demokratie“ wird die „Orange Revolution“ in der Ukraine gewertet, bei der durch Massenproteste ein Regimewechsel erwirkt wurde, der auch durch „westliche“ Unterstützung forciert wurde (Krastev 2008, zit. nach Hayoz 2009, 128f.). Die Revolution in der Ukraine war aus Sicht des Kremls das Ergebnis von Bestimmung von außen und populistischem Druck von innen. Um dem in Russland vorzubeugen, wurde das Konzept der „Souveränen Demokratie“ entworfen (Krastev 2007, o. S.). Dies ist dahingehend zu verstehen, dass die Kernelemente des Konzepts eine Absage an jegliche Fremdbestimmung und Einmischung von außen sind. Allerdings zielt das Konzept nicht auf eine Isolierung Russlands ab, sondern es geht vielmehr darum, Kritik aus dem Ausland bezüglich des politischen Systems in Russland abzuwehren (Mommssen 2006, 3). Die „Souveräne Demokratie“ als Reaktion auf die „Orange Revolution“ kann auch als neuer Versuch der Ein-

flussnahme auf die Staaten des „Nahen Auslands“, also die ehemaligen Sowjetrepubliken, interpretiert werden. Dabei habe die politische Führung Russlands eingesehen, dass es erfolgversprechender ist, mittels der Verbreitung der eigenen Werte und Ideen Einfluss auf die Staaten des „Nahen Auslands“ auszuüben, als mittels Handelsembargos und der Erhöhung der Gaspreise. Das Konzept soll die „soft power“-Ambitionen Russlands darstellen (Popescu 2006, 2f.) (siehe 4.5.1). Konstantin Kosachew, Vorsitzender des außenpolitischen Komitees der Duma, erachtet dies als notwendig, da Russland seine Präsenz im postsowjetischen Raum nicht erklären kann, es scheint, als diene dies nur den russischen Interessen, während die Einflussnahme des „Westens“ auf diese Staaten unter dem Banner der Demokratisierung geschehe.⁵⁴ Mit der „Souveränen Demokratie“ könne Russland eine Alternative zur Demokratievorstellung der EU anbieten (Popescu 2006, 1). Wie in Punkt 4.4 noch ausgeführt werden wird, ist diese „Alternative“ schwer als demokratisch zu rechtfertigen.

Nach Margareta Mommsen sind die im Konzept der „Souveränen Demokratie“ formulierte Selbstbehauptung und der Großmachtsanspruch Russlands ein weiterer Ausdruck der Suche nach der nationalen Identität (Mommsen 2006, 4), der Annahme folgend, dass nur eine Großmacht ihre eigenen Werte und Ideen definiert und diese auch nach außen trägt (Hudson 2009, 200).

Unabhängig davon kann die „Souveräne Demokratie“ als Minimalkonsens gedeutet werden: Die Betonung der nationalen Eigenständigkeit und die Personalisierung der Macht in Gestalt des Präsidenten sind ein Konsens, der vom Großteil der Bevölkerung und konkurrierenden Eliten geteilt werden kann (Styckow 2007, 35).

Für die Herausbildung der „Souveränen Demokratie“ sind aber auch die Entwicklungen der 1990er Jahre ausschlaggebend. Das politische System, das sich unter dem Präsidenten Boris Jelzin herausbildete, bestand aus einem „*Mix demokratischer, autoritärer und anarchischer Elemente*.“ (Mommsen 2009, 311). Die Verfassung vom Dezember 1993 weist demokratischen Charakter auf: Den Rechten und Freiheiten der Bürger ist ein ganzes Kapitel gewidmet,

⁵⁴ siehe den Artikel von K. Kosachew in der Zeitung „Nesawisimaja Gaseta“ vom 28.12.2004, eig. Übersetzung: http://www.ng.ru/world/2004-12-28/5_uspeh.html, [Zugriff: 5.11.11].

Meinungs-, Presse- und Versammlungsfreiheit sind garantiert, Zensur ist verboten (Artikel 29 und 31).⁵⁵ Auffällig sind die weit reichenden Befugnisse des Präsidenten. Die Konzentration der Macht beim Präsidenten in der Verfassung vom Dezember 1993, auch „Superpräsidentialismus“ genannt, war eine Folge der Uneinigkeit über die Verfassungsordnung zwischen dem Parlament und dem Präsidenten (Mommsen 2009, 308f.). Während unmittelbar nach dem Zerfall der Sowjetunion 1991 das Parlament in seinem Vorschlag zur Verfassung sich selbst als wichtigste Entscheidungsinstanz sah, wollte Jelzin ein starkes Präsidentenamt (Mangott 2009, 20f.). Eine Einigung wurde nicht erzielt, was Jelzin zur gewaltsamen Auflösung des Parlaments bewog. Im Dezember 1993 wurde in einem Referendum der Verfassungsentwurf mit dem Staatspräsidenten als wichtigstem Entscheidungsträger angenommen (ebd, 22f.). Jelzin verteidigte dies in einem Zeitungsinterview mit den Worten *„[...] aber was erwarten Sie von einem Land, das an Zaren und starke Führer gewöhnt ist?“* (Jelzin 1993, zit. nach White 2010, 267).

Die „Stärke“ des Präsidentenamtes liegt unter anderem darin, dass der Präsident als Staatsoberhaupt und Garant für die Verfassung die Richtlinien in der Innen- und Außenpolitik vorgibt (Artikel 80). Er ernennt den Premierminister und kann die Staatsduma auflösen, wenn die Staatsduma dreimal den Vorschlag des Präsidenten für das Amt des Premierministers ablehnt oder wenn die Staatsduma der Regierung das Misstrauen ausspricht, der Präsident dem aber nicht zustimmt (Artikel 111 und 117). Ebenso kann er über den Rücktritt der Regierung entscheiden (Artikel 117). Weiters kann er Gesetzesentwürfe einbringen (Artikel 83 und 84) und Dekrete (genannt Ukaze) und Verordnungen erlassen (Artikel 90). Außerdem ist er Oberbefehlshaber der Streitkräfte (Artikel 87).⁵⁶

Die Exekutivmacht des Präsidenten wird durch die Regierung und die Präsidialadministration ausgeführt. Während die Regierung hauptsächlich mit wirtschaftlichen Angelegenheiten befasst ist, ist die Präsidialadministration mit der Aus-

⁵⁵ siehe Verfassung der Russländischen Föderation: <http://www.constitution.ru/de/>, [Zugriff: 29.10.11].

⁵⁶ siehe Verfassung der Russländischen Föderation: <http://www.constitution.ru/de/>, [Zugriff: 14.11.11].

arbeitung von Dekreten und Gesetzesentwürfen beschäftigt und hat formell und informell eine wichtige Bedeutung. Sie ist nur gegenüber dem Präsidenten rechenschaftspflichtig (Sakwa 2002, zit. nach Azarova 2008, 235). Mit ihren Aufgaben stellt die Präsidialadministration eine „zweite“ Regierung dar (Piwowarow 2006, 71), die aber nicht durch das Volk demokratisch legitimiert ist (Mommsen 2009, 313).

Zentrales Merkmal der Präsidentschaft Jelzins war die Entstehung jener Machtzirkel, bestehend aus hohen Staatsbeamten und den auch als „Oligarchen“ bezeichneten Eigentümern privatisierter Staatskonzerne, die hohe politische Entscheidungsmacht besaßen, sich aber jeglicher Kontrolle der Öffentlichkeit entzogen (ebd., 312). Aufgrund der fehlenden politischen Kontrollmechanismen konnten sich einige Akteure im Zuge der wirtschaftlichen Transformation und der durchgeführten Privatisierungen finanziell und machtpolitisch unverhältnismäßig bereichern, weshalb die 1990er-Jahre in der Auffassung vieler Russen als „Chaos-Jahre“ und Inbegriff für Instabilität, Kriminalität und Unsicherheit gelten (Casula/Perovic 2009, 20). Lediglich die Meinungs- und Medienfreiheit waren unter Jelzin ausgeprägter als unter Putin (Mommsen 2009, 312).

Vor dem Hintergrund der „Schwäche“ des Staates der 1990er erschienen nach seinem Amtsantritt als Präsident im Jahr 2000 Putins Ideen von „Stabilität“, „Rezentralisierung“ der Macht und Ausbau der dominierenden Rolle des Präsidenten legitim (Stykov 2007, 33). Die Annahme, dass eine Übernahme des „westlichen“ Modells von Demokratie für Russland ungeeignet sei, wurde gestärkt, da die Konkurrenz um die Aufteilung der Macht unter politischen und wirtschaftlichen Akteuren zu Instabilität geführt habe (Casula/Perovic 2009, 20). Dagegen wurde die Idee der Bündelung der Macht anstatt der polyzentrischen Aufteilung als förderlich für die „Stabilität“ dargestellt (Mommsen 2009, 312). Der Amtsantritt Putins als Präsident wurde als Prozess der „politischen Normalisierung“ konstruiert, da er den „Oligarchen“ Einhalt gebot und die Kontrolle über den Staat wieder aus deren Händen zurückholte (Smith 2006, 2). Putins Popularität stützte sich meiner Ansicht nach aber auch auf die wachsende Wirtschaft und die damit verbundenen steigenden Staatseinnahmen.

Vor diesem Hintergrund wird die „Souveräne Demokratie“ als Abgrenzung zu „westlichen“ Modellen konstruiert, wobei aber „westliche“ Demokratievorstellungen nicht gänzlich abgelehnt werden, sie eignen sich jedoch lediglich als Basis für die „Souveräne Demokratie“ (Stykov 2007, 34). In Anbetracht des „Identitätsvakuum“ durch das Wegfallen der sowjetischen Identität ist auch die Suche nach einer neuen nationalen Identität nachvollziehbar (Casual/Perovic 2009, 21), wie sie im Konzept der „Souveränen Demokratie“ zu konstruieren versucht wird. Als Eckpunkte dieser post-sowjetischen Identität werden etwa die Betonung von Russlands „Einzigartigkeit“ und die Entwicklung des „eigenen Weges“ dargestellt (ebd, 22).

4.3.6 Intellektueller und philosophischer Hintergrund

Die intellektuellen Wurzeln für das Konzept liegen beim französischen Theoretiker François Guizot und dem deutschen Rechtstheoretiker Carl Schmitt. Dem Konzept der „Souveränen Demokratie“ ist Anti-Pluralismus und Anti-Liberalismus eigen, Elemente, die in den Lehren der genannten Theoretiker zu finden sind (Krastev 2007, o. S.). Ohne auf die Lehren der Theoretiker genauer eingehen zu wollen, ist zu erwähnen, dass die Referenz an diese ein Versuch sein soll, das Konzept der „Souveränen Demokratie“ trotz des häufig attestierten pseudo-intellektuellen Charakters des Konzepts als Teil der europäischen politischen Theorie darzustellen (Hudson 2009, 198).

Abseits der Wurzeln des Konzepts bei westeuropäischen Theoretikern erscheint es wichtig, es in den Strömungen des politischen Denkens Russlands zu verorten.

Kernpunkt der Strömungen des politischen Denkens Russlands ist die Frage nach der Identität Russlands und dem Verhältnis zu Europa, denn die Auseinandersetzung mit dem „Selbst“ ist immer auch eine Auseinandersetzung mit dem „Anderen“ (Neumann 1996, 1). Demzufolge entwickelten sich in der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts zwei gegensätzliche Denkströmungen: zum einen die der „Westler“, die eine Orientierung an „Europa“ anstrebten, indem sie es zum politischen und ökonomischen Vorbild für die Entwicklung Russlands er-

klärten; zum anderen, die der „Slawophilen“, die nationalistische Ideen verfolgten und eine Orientierung an „Europa“ ablehnten (ebd, 28).

Diese gegensätzlichen Grundhaltungen lassen sich bis heute feststellen: Neben den Liberalen (Westlern) gibt es die Konservativen (Slawophilen) (Okara 2007, o. S.). Während erstere eine Entwicklung Russlands nach „westlichem“ Vorbild mit den Prinzipien des Individualismus und der Marktwirtschaft anstreben und „westliche“ Einflussnahme nicht ablehnen, sind für Vertreter der konservativen Strömung Modernisierung ohne „westliche“ Einflussnahme, Patriotismus, Ordnung, Stabilität, Kontrollierbarkeit des politischen Systems und Paternalismus von Bedeutung. Die Ideen und Werte der „Souveränen Demokratie“ lassen sich demnach der slawophilen/konservativen Denkströmung zuordnen (ebd, o. S.).

4.3.7 „Souveräne Demokratie“ unter Medwedew

Wie bereits erwähnt, kritisierte Medwedew die Verbindung von „Souveränität“ und „Demokratie“. Auch wenn er als „Liberaler“ und „Westler“ gilt und Demokratie laut ihm kein Adjektiv benötigt (Mommssen 2006, 3), scheint er die Ideen und Werte des Konzepts zu teilen, vor allem im Hinblick darauf, dass Demokratie in einem Land nicht ohne Rücksicht auf dessen historischen oder territorialen Kontext entwickeln werden könne und jede Demokratie ihre eigene Geschichte und Nationalität habe.⁵⁷ Somit teilt auch er die Ansicht, dass Russland sein eigenes „Demokratiemodell“ umsetzen müsse, mit der Berufung darauf, dass jedes Volk das Recht haben muss, seine Regierungsform zu wählen (Polyakov 2009, 23). Dies mag durchaus nachvollziehbar sein, jedoch kam es auch während Medwedews Präsidentschaft zu keinen wahrnehmbaren Veränderungen des politischen Systems Russlands zugunsten einer liberalen Demokratie, wie nachfolgend erläutert wird. Auch Wladislaw Surkow, der „Erfinder“ des Konzepts der „Souveränen Demokratie“, bekleidete unter Medwedew den hohen Posten des Leiters der innenpolitischen Abteilung der Präsidialadministration (Monaghan 2010, 51), wodurch sein Einfluss weiterhin groß blieb.

⁵⁷ siehe das Interview mit Medwedew in der Financial Times vom 24.3.2008: <http://www.ft.com/cms/s/0/f40629a8-f9ba-11dc-9b7c-000077b07658.html#axzz1WuNRe7Nf>, [Zugriff: 3.9.11].

4.4 Innenpolitische Auswirkungen der „Souveränen Demokratie“

Das Konzept der „Souveränen Demokratie“ bietet eine Rechtfertigung für die unter Putin vorgenommene Zentralisierung der Macht,⁵⁸ da diese, wie bereits angeführt, nach Surkow ein Merkmal der russischen politischen Kultur sei. Realisiert wird dies durch ein starkes Präsidentenamt, durch die Schwächung anderer Institutionen wie dem Parlament, der Judikative und der regionalen Eliten sowie durch staatliche Kontrolle der Medien (Petrov 2005, 182).

4.4.1 Schwächung des Regionalismus

In diesem Zusammenhang wird die „Vertikale der Macht“ genannt. Darunter sind einige Maßnahmen zu verstehen, die die Bündelung von Machtkompetenzen in der Hand der Führung und die Einschränkung von Vetoakteuren vorangetrieben haben. Dies betrifft alle staatlichen Institutionen, darunter auch den Föderationsrat, die zweite Kammer des russischen Parlaments. Statt der Oberhäupter der Regionen, auch Subjekte genannt, sind darin seit 2002 nur mehr deren weisungsgebundene Delegierte vertreten (Mommßen/Nußberger 2007, 36f.). Dadurch verloren die regionalen Eliten ihre Immunität, die sie durch den Sitz in der zweiten Parlamentskammer innehatten (Mangott 2009, 112). Die zentrale Maßnahme zur Schwächung des Regionalismus war die Abschaffung der direkten Gouverneurswahlen. Die Gouverneure der Subjekte werden seit 2005 nicht mehr vom Volk der jeweiligen Subjekte gewählt, sondern der Präsident empfiehlt Kandidaten für dieses Amt, die dann von den regionalen Parlamenten gewählt werden, auch wenn diese prinzipiell die Möglichkeit haben, den Vorschlag des Präsidenten abzulehnen (Piwowarow 2006, 72). Da der Präsident aber auch das Recht hat, regionale Parlamente aufzulösen, kam es bisher zu keiner Ablehnung der Vorschläge (Mangott 2009, 112). Die Schwächung der regionalen Eliten erfolgte vor dem Hintergrund, dass diese in der Jelzin-Ära ein hohes Maß an politischer Macht anhäuferten und sich weigerten, föderale Geset-

⁵⁸ siehe den Artikel von Richard Sakwa vom 7.4.2011: „Surkov: dark prince of the Kremlin“, Johnson's Russia List: <http://www.cdi.org/russia/johnson/russia-surkov-dark-prince-kremlin-723.cfm>, [Zugriff: 28.10.11].

ze zu befolgen, wodurch Russland keinen einheitlichen Rechtsraum mehr darstellte (Mommssen/Nußberger 2007, 36f.). Daher wurden die Regionen unter Putin in sieben Großbezirke eingeteilt, an deren Spitze als zusätzliche Verwaltungseinheit ein „Bevollmächtigter des Präsidenten“ zur Aufsicht der Umsetzung der föderalen Gesetze steht (Mangott 2009, 110). Zudem wurde unter Putin die Anzahl der föderalen Subjekte von 89 auf 83 vermindert (ebd, 112).

4.4.2 Stärkung der loyalen Eliten

Im Zusammenhang mit der „Vertikale der Macht“ ist der Einfluss der „Silowiki“, das sind Vertreter des Militärs, der Polizei und des Geheimdienstes FSB, zu nennen (Piwowarow 2006, 65f.). Vor allem zu Beginn der ersten Amtszeit Putins wurden hohe Posten mit „Silowiki“ besetzt, da sie zum Teil ehemalige Kollegen aus Putins Zeit beim KGB waren (Renz 2006, 2f.). Die Soziologin Olga Kryschtanovskaja gebraucht den Begriff „Koalition Putins“ für jene Silowiki, die hohe staatliche Posten, etwa im Wirtschaftsministerium, bekleiden und dort auf „Empfehlung“ des Kremls arbeiten (Kryschtanovskaja 2004, zit. nach Piwowarow 2006, 68f.). Wichtige Posten mit Vertretern aus dem persönlichen und loyalen Umfeld zu besetzen ist nicht nur ein Charakteristikum von Putins Amtszeiten, sondern war auch unter Jelzin bereits gegeben, wo Eliten aus einem Kreis von Begünstigten rund um Jelzin, der auch „Familie“ genannt wurde, rekrutiert wurden (Renz 2006, 2). Spätestens ab dem Amtsantritt Medwedews kamen neben der Einflussgruppe der Silowiki noch weitere hinzu, die aber aufgrund der Intransparenz der Beziehungen und der Inhomogenität der Gruppen nur schwer klar zuzuordnen sind. Auffällig ist jedoch, dass es eine intensive Verbindung von Politik und Staatswirtschaft gibt, da Politiker in hohen politischen Ämtern zugleich in den Aufsichtsräten staatlicher und halbstaatlicher Unternehmen sind, wodurch die Kontrolle der Führung über die Unternehmen erhöht werden konnte. Auch enge Beziehungen zu Vertretern der Privatwirtschaft, etwa in Form von wirtschaftspolitischen Gipfeltreffen, sind unter Putin wie unter Medwedew gegeben (Schröder 2010, 12f.). Welchen Gruppierungen die einzelnen Akteure zugerechnet werden, ob „Silowiki“, „Technokraten“ oder „Liberale“, ist sekundär, angesichts der Tatsache, dass es vorrangig um deren eigene Interessen geht. Damit die Rivalitäten der Elitegruppen nicht eskalieren, haben der Präsident und der Premierminister gewissermaßen eine Schlichtungsrolle inne

(ebd, 14). Informalität und persönliche Absprachen prägen die Entscheidungsprozesse. Diese Handhabung und die bedeutende Rolle dieser Einflussgruppen entziehen sich der politischen Verantwortlichkeit und Kontrolle und die Intrigen unter diesen Akteuren erschweren effizientes Regieren (MommSEN 2010, 41f.).

4.4.3 Stärkung einer Partei in einem schwachen Parteiensystem

Im russischen Parteiensystem wurde die Partei „Einiges Russland“ („Jedinaja Rossija“) zur Staatspartei ausgebaut. Möglich war dies durch die Unterstützung Putins bei den Wahlen und die positive Berichterstattung der Medien (Mangott 2009, 113f.). Allgemein wird das Parteiensystem Russlands als schwach beschrieben, bedingt durch Reformen, die dies vorantrieben, aber auch durch die Verfassung von 1993, in der die starke Stellung des parteilosen Präsidenten den Parteien kaum reale Macht überließ. In Anbetracht der geringen Gestaltungsmöglichkeiten haben die Wähler auch kaum Vertrauen in die Parteien (Kynew 2011, 4). Während in der Sowjetunion ein Ein-Parteiensystem herrschte, kam es in den 1990er-Jahren zu einer starken Fragmentierung der Parteienlandschaft. Zur Parlamentswahl 1995 traten 43 Parteien an. Der Gegentrend mit einer niedrigen Fragmentierung und vor allem der Monopolstellung einer einzigen Partei setzte ab 2000 ein (Gel'man 2008, 914). Parteiengründungen wurden durch Anhebung der Mindestmitgliederzahlen erschwert, die Hürde für den Einzug in die Duma wurde von 5 auf 7% erhöht, wodurch sich die Zahl der zur Wahl antretenden Parteien stetig verringert (Kynew 2011, 4f.) Neben „Einiges Russland“ traten zur Duma-Wahl 2011 die „Kommunistische Partei“ (KPRF), die „Liberal-demokratische Partei“ (LDPR), „Gerechtes Russland“, „Jabloko“, „Rechte Sache“ und die „Patrioten Russlands“ an (Laug 2011, 13ff.). Nach der Duma-Wahl am 2. Dezember 2007 waren vier Parteien darin vertreten: „Einiges Russland“ mit 64,3% der Stimmen, die „Kommunistische Partei“ mit 11,57%, die „Liberal-demokratische Partei“ mit 8,14% und „Gerechtes Russland“ mit 7,74% der Stimmen.⁵⁹

⁵⁹ siehe „Zentrale Wahlkommission der Russländischen Föderation“:

„Einiges Russland“ wurde zur „Partei der Macht“, die das Ziel hat, den Einfluss des Präsidenten auf die föderale Gesetzgebung und eine Pro-Präsidenten-Mehrheit zu sichern. Die 2/3-Mehrheit von „Einiges Russland“ in der Duma gewährleistet demnach, dass Gesetze und Verfassungsänderungen im Sinne des Präsidenten angenommen werden (Azarova 2008, 246f.). Laut Vladimir Gel'man haben Putin und seine Vertrauten eine Strategie gesucht, die langfristige Stabilität des politischen Systems zu sichern. Mit einem „party-based authoritarian regime“ sei dies langfristig eher umzusetzen als mit einem autoritären Regime, dass sich auf eine Führungsperson stützt, wie es in Weißrussland der Fall ist. Auch könne Russland wegen der Gefahr der internationalen Isolierung kein „personalisiertes autoritäres Regime“ umsetzen (Gel'man 2008, 917f.).

Eine Kategorisierung der russischen Parteien in „links“ oder „rechts“ ist sekundär, vielmehr ist eine Zuordnung der Parteien in „Kreml-loyal“ oder „nicht Kreml-loyal“ von Bedeutung (ebd, 919f.). Die „Liberal-demokratische Partei“ (LDPR) von Wladimir Schirinovskij, die weder als liberal noch als demokratisch zu beschreiben ist, sondern vielmehr als nationalistisch und populistisch, gilt als loyal und auch wenn „Einiges Russland“ rhetorisch kritisiert wurde, ist die LDPR Gesetzesvorschlägen der „Partei der Macht“ kaum entgegengetreten (Shekhovtsov/Umland 2011, 14). Als ebenso loyal gilt „Gerechtes Russland“, ein vom Kreml initiiertes „linkes Projekt“ als Schritt zum „gelenkten Zweiparteiensystem“ (Gel'man 2008, 923f.). Die „Kommunistische Partei“ gilt als nicht-loyale Partei (ebd, 920), ebenso wie „Jabloko“, jene Oppositionspartei, die die Führung am lautesten kritisierte, die aber nicht zuletzt durch die Inhaftierung ihres Hauptsponsors Michail Chodorkowskij und die Verweigerung der Zulassung zu einigen Regionalwahlen an Bedeutung eingebüßt hat (ebd, 927), was sich auch im Ergebnis der Duma-Wahl 2011 zeigte, wo „Jabloko“ nur 3,42% der Wählerstimmen erreichte.⁶⁰

http://www.vybory.izbirkom.ru/region/region/izbirkom?action=show&root=1&tvд=100100021960186&vrn=100100021960181®ion=0&global=1&sub_region=0&prver=0&pronetvd=null&vibid=100100021960186&type=242, [Zugriff: 14.11.11].

⁶⁰ siehe Wahlergebnis der Dumawahl vom 4.12.11, eig. Übersetzung:

http://www.vybory.izbirkom.ru/region/region/izbirkom?action=show&root=1&tvд=100100028713304&vrn=100100028713299®ion=0&global=1&sub_region=0&prver=0&pronetvd=null&vibid=100100028713304&type=242, [Zugriff: 5.12.11].

Auch unter Medwedew kam es zu keiner Stärkung des Parteiensystems, vielmehr wurde die Amtszeit des Präsidenten auf 6 Jahre und die Legislaturperiode der Duma auf 5 Jahre verlängert. Ebenso kam es zur Abschaffung der Wahlbürgschaft, wodurch es nun nicht mehr möglich ist, eine Bürgschaft für die Registrierung eines Kandidaten zu hinterlegen. Das hat vor allem Auswirkungen auf regionaler und kommunaler Ebene (Kynew 2011, 6). Eine weitere Schwächung der Parteienkonkurrenz besteht darin, dass nur Wahlkommissionen die Zulassung von Kandidaten und Parteienliste zur Wahl erlauben, diese Kommissionen sich aber auch aus Vertretern zusammensetzen, die als nicht unabhängig von der Exekutive gelten und die Registrierung unerwünschter Kandidaten und Parteienlisten somit verhindern können (Ljubarew 2011, 9f.).

Angesichts der Vorhersehbarkeit von Wahlergebnissen und der Monopolstellung einer Partei kommt es zu einem großen Misstrauen der Wähler in freie Wahlen. Laut einer Meinungsumfrage vom August 2011 glauben 38% der Wähler, dass die Parlamentswahlen im Dezember 2011 „mit Manipulationen und Fälschungen“ ablaufen, 11% „mit sehr großen Manipulationen und Fälschungen“, 34% glauben „alles in allem ehrlich“, 4% glauben „vollkommen ehrlich“, 14% geben keine Antwort.⁶¹ Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage nach der Sinnhaftigkeit der Wahlen. *„Das gegenwärtige politische System in Russland stützt seine autoritäre Herrschaft auf demokratische Legitimität und Legalität“*, meint dazu Jens Siegert. Daher suche es die *„demonstrative und mehrheitliche Zustimmung der russischen Bevölkerung und die Anerkennung der internationalen Gemeinschaft“* (Siegert 2011, 11).

Beides erscheint aber zunehmend fraglich. Laut den Ergebnissen der Dumawahl vom 4. Dezember 2011 erreichte „Einiges Russland“ 49,34%, die „Kommunistische Partei Russlands“ 19,19%, „Gerechtes Russland“ 13,24 % und die „Liberal-demokratische Partei“ 11,67%.⁶²

⁶¹ siehe Umfrage des Levada-Instituts, eig. Übersetzung:
<http://old.levada.ru/press/2011091301.html>, [Zugriff: 14.11.11].

⁶² siehe Ergebnisse Dumawahl:
http://www.vybory.izbirkom.ru/region/region/izbirkom?action=show&root=1&tvd=100100028713304&vrn=100100028713299®ion=0&global=1&sub_region=0&prver=0&pronetvd=null&vibid=100100028713304&type=242 [Zugriff: 5.12.11].

Somit hat „Einiges Russland“ die Zwei-Drittel-Mehrheit verloren. In ihrem vorläufigen Bericht konstatieren die Wahlbeobachter der OSZE und des Europarates zwar, dass die Wahlen in Anbetracht dessen, dass es neben der Parlamentswahl noch regionale Wahlen gab und die Durchführung der Wahlen auf dem großen Staatsgebiet mit neun Zeitzonen eine Herausforderung darstellt, gut organisiert waren. Jedoch stellten die Beobachter bei der Auszählung Manipulationen fest, zum Beispiel, dass Wahlurnen schon vorab mit Stimmzetteln gefüllt waren und in einigen Fällen Druck auf Wähler ausgeübt, wurde für „Einiges Russland“ zu stimmen.⁶³

4.4.4 Einschränkung der Medienfreiheit

Um die Funktion der „Vertikale der Macht“ zu sichern, sind kritische Stimmen unerwünscht. Daher wurde die staatliche Kontrolle auf die Fernsehsender ausgeweitet, Zeitungen und Zeitschriften von staatsnahen Mediengesellschaften aufgekauft und so auf Regierungslinie gebracht (Mangott 2009, 130ff.). Vor allem das Fernsehen ist das dominierende Leitmedium der russischen Bevölkerung. Bei einer Umfrage, aus welchen Medien sie Informationen zu Ereignissen in Russland beziehen, geben 90% der Russen das nationale Fernsehen an, 30% die Tageszeitungen, 26% nationales Radio und 9% das Internet.⁶⁴

Kurz nach dem Amtsantritt Putins 2000 wurden erste Schritte eingeleitet, um die wichtigsten Fernsehsender ORT und NTV aus der Kontrolle ihrer Eigentümer in staatliche zu übertragen, indem sie vom staatlich kontrollierten Energiekonzern Gazprom gekauft wurden. Vor allem NTV galt vor der staatlichen Übernahme Putin gegenüber als kritischer Sender (Ortung 2006, 3). Gegen den vorherigen Eigentümer von NTV, Wladimir Gusinskij, wurde ein Strafprozess wegen Betrugs eingeleitet, aufgrund von Fluchtgefahr wurde er verhaftet. Er kam frei, nachdem er zusagte, seinen Medienkonzern an Gazprom zu verkaufen (Mommsen/Nußberger 2007, 126f.). Gegen den ehemaligen Eigentümer

⁶³ siehe den Bericht „International election observation“ von OSZE und Europarat: <http://www.osce.org/odihr/85757>, [Zugriff: 5.12.11].

⁶⁴ siehe die Umfrage vom 2.8.2007 des „Fond öffentlicher Meinung“, Mehrfachantworten möglich: <http://bd.fom.ru/report/map/d073121>, [Zugriff: 9.11.11].

von ORT, Boris Beresowskij, liegt in Russland ein Haftbefehl vor, er lebt derzeit im Exil in London (Orttung 2006, 4).

Das Ausmaß der staatlichen Kontrolle auf die Massenmedien hängt von deren Reichweite ab. Während die größten Fernsehsender als Sprachrohr der Führung dienen und auch die größte Reichweite aufweisen, gibt es in einigen auflagenstarken Tageszeitungen durchaus Kritik an der Führung, diese ist aber nicht substantiell und auch die Reichweite der Zeitungen ist eine geringere. Demokratisch-oppositionelle Medien sind einem niedrigen Einfluss der Führung ausgesetzt, jedoch ist auch ihr Publikum überschaubar. Zu diesen Medien gehören etwa die Internetzeitung „gazeta.ru“, der Radiosender „Echo Moskwy“ und die Wochenzeitung „Nowaja Gaseta“ (Töpfl 2010, 16f.). Für diese Zeitung arbeitete die 2006 ermordete Journalistin Anna Politkowskaja. Die Zeitung befindet sich zu 49% im Besitz von Michail Gorbatschow und dem Duma-Abgeordneten Alexander Lebedew (Orttung 2006, 4). In Bezug auf den als oppositionell eingestuften Radiosender „Echo Moskwy“ ist interessant, dass er sich zur Hälfte in Besitz von Gazprom befindet, aber trotzdem unabhängig berichten kann, wodurch eine gewisse „Duldung“ der medialen Opposition gezeigt wird (Rabitz 2007, 4). Wie sich bereits ablesen lässt, ist die Unabhängigkeit eines Mediums mit dessen Eigentümern und damit, ob diese Einfluss geltend machen oder nicht, verbunden. Sind Medien in staatlichem Besitz kann, der Einfluss über „Informationsverträge“ ausgeübt werden, die besagen, dass die Eigentümer „Empfehlungen“ über den Inhalt abgeben können und das Recht haben, die Arbeit des Mediums zu kontrollieren (Gathmann 2009, 6). Für Journalisten wird so die Arbeit erschwert. Das Hauptproblem dabei ist, dass führende Politiker die Medien nicht als Kontrollinstanz, sondern als Instrument zur Steuerung der Gesellschaft ansehen (ebd, 9), da die Berichterstattung so erfolgt, dass es zu keinen Konsequenzen für die Führung kommen kann (Orttung 2006, 2). Die Geldgeber erwarten somit auch Berichterstattung in ihrem Sinne (Gathmann 2009, 8). Dies führt auch dazu, dass Journalisten dafür bezahlt werden, Artikel als Imagekampagne für einen Politiker oder Wirtschaftstreibenden zu verfassen oder deren Gegner kompromittierende Artikel zu schreiben. Zur mangelnden Pressefreiheit komme auch mangelndes Berufsethos, voreilige Selbstzensur und Obrigkeitshörigkeit (ebd, 10). Gewisse Themen, wie Korrupti-

on in der Elite und die Geschehnisse in Tschetschenien werden von Journalisten häufig von vornherein nicht aufgegriffen (Ortung 2006, 2).

In der von „Reporter ohne Grenzen“ vorgenommenen Bewertung zur Pressefreiheit landete Russland 2010 auf Platz 140 der Rangliste von 178 bewerteten Ländern.⁶⁵ Ein Kriterium für die Bewertung sind direkte Angriffe gegen Journalisten, wie Drohungen, Verhaftungen, körperliche Gewalt und Morde. Seit März 2000 wurden in Russland 22 Journalisten getötet (Stand 2009).⁶⁶

In Anbetracht der nicht vorhandenen Medienfreiheit bietet das Internet mit Nachrichtendiensten und Blogs die Möglichkeit zum Meinungs Austausch und Zugang zu nicht staatlich kontrollierten Informationen (Vinogradov 2006, 17). Jedoch bietet sich diese Möglichkeit großteils der urbanen, höher gebildeten Bevölkerung, auch bedingt durch den Umstand, dass nur ca. 33% der russischen Bevölkerung über einen Internetzugang verfügen, während die Zahl in Moskau bei 60% liegt und auch die Zahl der höher Gebildeten über dem nationalen Durchschnitt ist. Diese „Elite“ nützt das Internet als wichtige Informationsquelle, während es für den Großteil der russischen Bevölkerung keine oder eine geringe Bedeutung als Informationsquelle hat (Alexanyan 2009, 2f.). Mit Blogs und Internetforen können lediglich 2% der Wählermeinungen beeinflusst werden, daher sind die staatlichen Kontrollversuche (noch) gering. Jedoch versucht die russische Führung, ihre eigenen Internetzeitungen und –foren zu forcieren, um vor allem junge Menschen zu erreichen (Vinogradov 2006, 18f.).

⁶⁵ siehe Press Freedom Index 2010: <http://en.rsf.org/press-freedom-index-2010,1034.html>, [Zugriff: 9.11.11].

⁶⁶ siehe „Reporter ohne Grenzen“: http://www.reporter-ohne-grenzen.de/fileadmin/rte/docs/2009/Liste_getoetete_Journalisten_Rus.pdf, [Zugriff: 9.11.11].

4.5 Außenpolitische Auswirkungen der „Souveränen Demokratie“

4.5.1 Die Rolle Russlands im internationalen System und im postsowjetischen Raum

Das Konzept der „Souveränen Demokratie“ soll die Grundlage für die russische Außenpolitik liefern. Ziel ist es, Russland als einen der wichtigsten internationalen Akteure zu etablieren. Der Anspruch, eine „Großmacht“ oder zumindest eine regionale Großmacht zu sein, soll durch innenpolitische Stabilität und Unabhängigkeit und durch den Reichtum an Energieressourcen untermauert werden (Monaghan 2010, 51f.).

Dem Konzept der „Souveränen Demokratie“ zufolge sind „Souveränität“ und „Nichteinmischung“ die wichtigsten Prinzipien, die der internationalen Politik zu Grunde liegen sollen (Averre 2007, 180). Für Surkow sind die Menschenrechte als wichtigstes Prinzip für den „Westen“ nur ein Vorwand, um dessen Interessen umzusetzen. Auch die Forderung nach Demokratie sei nicht glaubwürdig, da manche „westliche“ Staaten selbst undemokratisch handeln würden (Surdow 2006, zit. nach Averre 2007, 180).

Zentral ist hierbei, dass das Konzept der „Souveränen Demokratie“ zur „realistischen“ Haltung Russlands in den internationalen Beziehungen beiträgt: Russland sieht sich als gleichwertiger Partner, nicht als „Schüler“ in Demokratiefragen. Die Betonung der „Wertedifferenz“ zum „Westen“ soll die eigene Rolle stärken, mit der „realistischen“ Sichtweise auf die internationalen Beziehungen nimmt auch die Bereitschaft zu mehr Kooperation ab. Dies ist aber auch dadurch bedingt, dass für die EU eine „Wertekonvergenz“ Voraussetzung für stärkere Zusammenarbeit ist (Styrow 2007, 34f.).

Das Modell der „Souveränen Demokratie“ soll als Alternative zur Vorstellung von Demokratie der EU konstruiert sein. Als alternatives ideologisches Projekt soll es vor allem für die postsowjetischen Staaten attraktiv erscheinen (Krawstev 2007, o. S.). In diesem Zusammenhang werden häufig Russlands „soft-power“-

Bestrebungen genannt. Wie bereits im zweiten Kapitel erläutert, geht es dabei darum, dass ein Akteur seine Werte und seine Kultur, auf denen auch seine Außenpolitik basiert, als attraktiv für andere Staaten erscheinen lässt, um sie so für seine außenpolitischen Ziele zu gewinnen. Für Russland ist das im Hinblick auf die Nachbarstaaten mit russischer oder russischsprachiger Bevölkerung relevant (Kudors 2010, 2). Die Instrumente zur Einflussgewinnung als „soft-power“ sind zum Beispiel russische Fernsehsender, die in den GUS-Staaten und den baltischen Staaten mit russischsprachiger Bevölkerung durchaus populär sind. Über die staatlich kontrollierten Fernsehsender können Berichte über Ereignisse in Russland, aber auch russische Kultur- und Unterhaltungssendungen an die Zuseher in diesen Ländern vermittelt werden (ebd, 4). Darüber hinaus erscheint die Einflussgewinnung über pro-russische NGOs und Think tanks wichtig, da durch sie die öffentliche Meinung und jene von Entscheidungsträgern beeinflusst werden kann. Die Etablierung dieser NGOs und Think tanks geschah vor allem als Reaktion auf die „farbigen Revolutionen“ in der Ukraine und in Georgien (Popescu 2006, 2). Ob die Verbreitung russischer Fernsehsender zur Umsetzung Russlands außenpolitischer Ziele beitragen kann und vor allem, ob die politischen Eliten der angesprochenen Nachbarländer für die russische „Wertediffusion“ empfänglich sind, ist fraglich, da besonders jene in den baltischen Staaten diese Werte nicht als demokratisch erachten (Kudors 2010, 4). Denn es gehe bei der Verbreitung des Konzepts der „Souveränen Demokratie“ in den postsowjetischen Staaten nicht um Demokratisierung, sondern darum, Unterstützung für den gegenwärtigen Kurs der russischen Führung zu sichern (Popescu 2006, 3). Die Sicherheitsinteressen Russlands und der Anspruch, eine regionale Hegemonialmacht zu sein, sollen mit dem Konzept und den „soft-power“-Instrumenten legitimiert werden (Stykov 2007, 34). Russland sieht sich aus einem historischen Selbstverständnis als führende regionale Macht im postsowjetischen Raum, jeglichem „Eindringen“ eines externen Akteurs wird misstraut. Der Erhalt oder Ausbau der regionalen Macht ist deshalb ein wichtiger Aspekt der russischen Außenpolitik (Hurrell 2006, 8f.).

Neben dem Anspruch, eine regionale Großmacht zu sein, kommt für Russland noch die Rolle als bedeutender Energielieferant hinzu. Diese Rolle ist das wichtigste „Verhandlungsinstrument“ der russischen Außenpolitik (ebd, 16). Zudem

können die Einnahmen aus dem Export der Energieträger zur Schuldentilgung genutzt werden, wodurch Russland unabhängiger sein kann (Monaghan 2010, 52).

In Anbetracht des Vorgehens im Georgien-Krieg im August 2008 wirken die „soft-power“-Bestrebungen Russlands nicht unbedingt glaubwürdig. Dabei demonstrierte die russische Führung, dass sie die „nationalen Interessen“ mit Waffengewalt verteidigt und eine Konfrontation mit dem „Westen“ nicht zu scheuen. Dadurch sei der Georgien-Krieg indirekt die außenpolitische Umsetzung der „Souveränen Demokratie“, da sie ein bestimmendes außenpolitisches Auftreten Russlands zu legitimieren versucht (Hayoz 2009, 129). An dieser Stelle ist hinzuzufügen, dass selbstverständlich auch eine Reihe anderer Faktoren für den Krieg zwischen Russland und Georgien ausschlaggebend war, diese zu erläutern ist aber nicht Anliegen dieser Arbeit.

Widersprüchlichkeiten zeigen sich in der russischen Außenpolitik dahingehend, dass Russland ein gleichberechtigter Partner unter den führenden Nationen sein will, der aber in Abgrenzung zum „Westen“ sein eigenes Wertesystem hat, das auch für andere attraktiv sein und „westlichem“ Einfluss entgegentreten soll. Die konstruierte „Attraktivität“ und der Anspruch, die internationalen Beziehungen nach eigenen Vorstellungen mitzugestalten, werden dadurch eingeschränkt, dass Russland die Sicherung der „nationalen Interessen“ durch militärische Mittel wichtiger erschien, wie sich im Georgien-Krieg zeigte (Monaghan 2008, 51ff.). In diesem Zusammenhang ist fraglich, wie der Wunsch nach Anerkennung und gleichzeitig jener nach Abgrenzung und Konfrontation vereinbar sind.

Weiterer Ausdruck des neuen außenpolitischen „Selbstbewusstseins“ ist eine Orientierung der Außenpolitik in Richtung der asiatisch-pazifischen Staaten. Besondere Bedeutung kommt den Beziehungen zu China zu. Beide Staaten verbindet, neben gegenseitigen ökonomischen Interessen, die Verteidigung ihrer nationalen Interessen an die erste Stelle zu setzen. Kooperationen mit anderen Staaten basieren vorrangig auf Interessen und nicht auf gemeinsamen Werten und Prinzipien (Ferdinand 2008, 93). Im Hinblick auf die in der „Souveränen Demokratie“ vorgesehene Abgrenzung zum „Westen“ und dessen Her-

ausforderung, ermöglicht es die Kooperation zwischen Russland und China größeren diplomatischen Druck auf die Staaten des „Westens“ aufzubauen (ebd, 89). Sichtbar wird dies etwa im gleichen Abstimmungsverhalten im UN-Sicherheitsrat (ebd, 92). Hinzuzufügen ist meiner Ansicht nach, dass den Staaten des „Westens“ die eigenen nationalen Interessen in ihrer Außenpolitik ebenso wichtig sind, begleitet wird dies aber mit der Werte- und Normenrhetorik. Dem werte- und normenbasierten Zugang zur Außenpolitik, etwa jenem der EU, steht der „pragmatische“ Ansatz Russlands, aber auch Chinas gegenüber.

4.5.2 Auswirkungen auf die Beziehungen zwischen der EU und Russland

Wie bereits im dritten Kapitel erläutert, wird ein neues Partnerschafts- und Kooperationsabkommen zwischen der EU und Russland verhandelt, das, so die Intention, einer „Strategischen Partnerschaft“ entsprechen soll. Die augenscheinlichste Auswirkung der „Souveränen Demokratie“ auf die Beziehungen ist wohl die Tatsache, dass die „Strategische Partnerschaft“ bis dato nicht umgesetzt wurde, da auch diese auf der Überstimmung mit den demokratischen Werten der EU basiert, wie in Punkt 3.4 bereits dargestellt.

Solange sich beide Seiten auf kein neues Abkommen einigen können, besteht der große Nachteil für die Bürger der EU und Russlands weiterhin in der Visumspflicht. Dabei möchte Russland die Abschaffung der Visumspflicht gesondert und nicht im Rahmen des neuen Partnerschafts- und Kooperationsabkommens verhandeln, um so in diesen Bereich die Diskussion um Werte zu vermeiden und zu einem schnelleren Ergebnis zu kommen. Für die EU bleibt die Abschaffung weiterhin an die Einhaltung von demokratischen Werten und die Umsetzung politischer Reformen gekoppelt, wobei aber auch sicherheitspolitische Bedenken bezüglich der Grenzsicherung und illegaler Migration in diesem Zusammenhang eine große Rolle spielen (Harter 2011, 3ff.). Insgesamt ist die Aufhebung der Visumspflicht meiner Ansicht nach ein seit langem überfälliger Schritt und wäre das sichtbarste Ergebnis der Bemühungen zur Zusammenarbeit.

Die ökonomischen Themen der Beziehungen können durch den WTO-Beitritt Russlands Ende 2011 einfacher geregelt werden. Nach 18 Jahren Verhandlungen, die sich unter anderem durch die bilateralen Spannungen zwischen Russland und Georgien verzögerten, kann Russland der WTO beitreten, wodurch der Handel zwischen der EU (als größtem Handelspartner Russlands) und Russland (als drittgrößtem Handelspartner der EU) erleichtert wird. Für beide hat dies den Vorteil, dass sich Zölle verringern und das Investitionsklima verbessert, da Handelsabläufe wie Lizenzvergabe, Umsetzung von Produktstandards und Zollabwicklung über WTO-Standards geregelt sind.⁶⁷ Nach dem WTO-Beitritt Russlands kann über eine Freihandelszone zwischen Russland und der EU verhandelt werden (Isic/Schäffer 2008, 3).

Während in Bezug auf wirtschaftliche Fragen eine Bewegung und Annäherung erkennbar ist, stößt die „Wertediffusion“ der EU in Bezug auf Russland an ihre Grenzen. Dies hat laut Sergei Medvedev zu einem Stillstand in den Beziehungen geführt, denn:

„The key problem will remain the systemic incompatibility between a semi-authoritarian Russia bent on “sovereignty” and “hard power”, and the EU integration machine, with its “bureaucratic imperialism” [...]” (Medvedev 2008, 43).

Über diese „Inkompatibilität“, die anhand der Wertedifferenzen noch erläutert werden wird, können auch neue Dokumente und Abkommen zwischen der EU und Russland nicht hinweghelfen. Diese drohen zu reiner Rhetorik zu verkommen, während bilaterale Beziehungen mehr Dynamik versprechen, wie sich an der kürzlich eröffneten „North Stream Pipeline“ zwischen Deutschland und Russland zeigt (ebd, 43f.), was auch dadurch bedingt ist, dass hier Demokratie- und Menschenrechtsfragen keine Rolle spielen.

Worin bestehen nun die Wertedifferenzen und unterschiedlichen Sichtweisen zwischen der EU und Russland? Dies soll nachfolgend anhand einiger Beispiele verdeutlicht werden.

⁶⁷ siehe Pressemitteilung der Europäischen Kommission vom 10.11.11: <http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/1334&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>, [Zugriff: 17.11.11].

4.6 Unterschiedliche Sichtweisen und Wertedifferenzen

Dass der Grund für die bereits angesprochene „Inkompatibilität“ der EU und Russlands schlichtweg der Zusammenprall von Demokratie und Autoritarismus ist, greift zu kurz, da nicht ausgeschlossen sein muss, dass Demokratien mit autoritären Staaten zusammenarbeiten können (Krastev 2008, 7). Um sich dem Grund zu nähern, ist es von Interesse, die jeweiligen Sichtweisen auf Souveränität, Gestaltung der Beziehungen und Demokratie darzustellen, um die angenommenen Wertedifferenzen zu verdeutlichen.

4.6.1 Souveränität

Vorab ist es lohnend, die Aspekte von Souveränität zu erläutern. Nach außen ist ein souveräner Staat eine unabhängige Einheit, die andere Staaten anerkennt und sich in deren Angelegenheiten nicht einmischt (Reinicke/Witte 1999, 8). Der innere Aspekt bedeutet im Sinne von Max Weber, dass der Staat das Monopol auf staatliche Gewaltherrschaft innerhalb des Staatsterritoriums hat (Weber 1972, 30).

Unterschiedliche historische Erfahrungen und Ansätze, wie mit den Herausforderungen der Globalisierung und der damit verbundenen „Bedrohung“ der Nationalstaatlichkeit umzugehen ist, haben zu unterschiedlichen Sichtweisen der EU und Russlands auf das Prinzip der Souveränität geführt, wie nachfolgend erläutert werden soll.

Die Grundidee für die Gründung der EU war, dass sich die davor jahrhundertlang bekriegenden europäischen Nationen zusammenschließen und einen Teil ihrer Souveränität an eine übergeordnete Instanz abgeben, um weitere Kriege zu verhindern. Nach dem Trauma der Implosion der Sowjetunion und der Angst, dass auch Russland auseinander brechen könnte, verstand es Putin, die Macht in einer Hand zu bündeln (Siegert 2008, 3) und die Souveränität Russlands zu betonen. Diese Haltungen unterscheiden sich fundamental.

Die EU wird häufig als „postmodern“ beschrieben, während Russland, ebenso wie die USA, als moderner Staat klassifiziert wird (Emmerson 2001, 1). Die Charakteristik der Postmodernität liegt in der Interdependenz der europäischen Staaten, wodurch gewaltsame Konflikte verhindert werden sollen. Die Souveränität der einzelnen Staaten wird nicht betont, es geht um die Umwandlung des traditionellen modernen europäischen Staates zum EU-Staat, der auf dem gemeinsamen Rechtsraum fußt (Krastev 2008, 2f.).

Der EU ist es bisher nicht gelungen, andere Staaten, darunter auch Russland, von diesem postmodernen oder auch postsouveränen Ansatz zu überzeugen, da die Souveränität der einzelnen Staaten immer noch grundlegendes Element für die Verfasstheit des internationalen Systems ist und keine Schwächung des Prinzips der nationalstaatlichen Souveränität zugunsten eines postsouveränen Ansatzes feststellbar ist (Haukkala 2010, 39). Zudem sieht Russland die EU eher als zeitlich beschränktes Phänomen, Europas Zukunft werde wieder rein nationalstaatlich bestimmt sein, so die Annahme Russlands (Krastev 2007, o. S.). Daher werden von Russland auch bilaterale Beziehungen bevorzugt (Krastev 2008, 2).

Im Verhältnis zwischen der EU und Russland kommt es zu einem ideologischen Aufeinanderprallen des postmodernen Ansatzes der EU und der „Souveränen Demokratie“ (Krastev 2007, o. S.). Die „moderne“ Staatlichkeit Russlands, in der nur dem Nationalstaat die Entscheidungsmacht obliegt, und die starke Zentralisierung der Macht treffen auf das postmoderne Verständnis der Souveränität und das dezentralisierte Mehrebenensystem der EU (Bastian 2006, 75).

Der „postmoderne“ Ansatz der EU und die „Souveräne Demokratie“ treffen auch in der Politik bezüglich der postsowjetischen Staaten aufeinander. Während die EU die Verbreitung ihrer Werte und der Demokratie als förderlich für die Stabilität der postsowjetischen Länder ansieht, ist für Russland genau dieser „Demokratieexport“ der Grund für Instabilität (Krastev 2008, 4), da, wie bereits erläutert, dies ein Angriff auf die Souveränität dieser Staaten sei.

Für die Außenpolitik ist „Souveränität“ ein Schlüsselbegriff. Damit verbunden ist der Anspruch Russlands, sich wieder als „Großmacht“ zu positionieren und jeg-

licher Einmischung von außen entgegenzutreten (Averre 2007, 181). Eine Großmacht wird aus neorealistischer Sichtweise in Bezug auf ihre militärischen Potenziale definiert, die ausreichen müssen, um gegen den mächtigsten Staat der Welt zu kämpfen (Mearsheimer 2001, zit. nach Hurrell 2006, 5). Jedoch sind militärische und materielle Faktoren nach dem Ende des Kalten Krieges nicht mehr ausreichend, es geht um Legitimität und Anerkennung der übergeordneten oder gleichberechtigten Rolle eines Staates durch andere Staaten (Hurrell 2006, 4). Dies ist meiner Ansicht nach eine Frage von Werten und wie diese verbreitet werden, um die angestrebte führende Rolle zu untermauern. Von Relevanz ist auch die Unterstützung durch die Bevölkerung. Nach einer Umfrage des Levada-Instituts unterstützen 40% der Befragten absolut die Meinung, dass Russland seinen Großmachtstatus wiederherstellen müsse, 38% sind eher dafür.⁶⁸

„Souveränität“ und auch „Nichteinmischung“ gehören aber laut Andrew Hurrell nicht nur zu den außenpolitischen Prinzipien Russlands, sondern auch zu jenen Chinas, Brasiliens und Indiens (Hurrell 2006, 4). Der Verweis auf die unantastbare Souveränität wird von Russland auch häufig zur Abwehr von Kritik vonseiten der EU wegen Nichteinhaltung der Menschenrechte verwendet. Diese Kritik wird als Einmischung und Attacke auf die Souveränität gesehen (Mendelson 2006, zit. nach Haukkala 2010, 40).

Die EU sieht es aber nicht als Einmischung, sondern als Teil ihrer Aufgabe, die Transformierung ihrer Nachbarstaaten gemäß ihren Wertvorstellungen zu forcieren (Medvedev 2008, 15).

Nach Ivan Krastev ist Souveränität für Russland nicht nur ein Recht, sondern bedeutet vor allem ökonomische Unabhängigkeit, militärische Stärke und kulturelle Identität (Krastev 2007, o. S.).

In den Beziehungen zwischen der EU und Russland treffen zwei Haltungen, wie mit der Globalisierung umzugehen ist, aufeinander, wobei aber festzuhalten ist, dass der Begriff „Globalisierung“ meiner Ansicht nach höchst vage ist und auf

⁶⁸ siehe Umfrage des Levada-Instituts vom Jänner 2011, eig. Übersetzung: <http://www.levada.ru/09-02-2011/osobyi-put-i-rossiiskaya-imperiya>, [Zugriff: 1.12.11].

verschiedene Aspekte abzielt. In diesem Zusammenhang ist aber von Bedeutung, wie die EU und Russland die Rolle des Nationalstaates und die Frage, ob es zu einer Stärkung oder Schwächung desselben kommen soll, bewerten. Die durch die EU vorangetriebene „Europäisierung“ und die damit verbundene Abgabe vormals nationalstaatlicher Kompetenzen steht Russlands Betonung der Souveränität und Unabhängigkeit gegenüber (Medvedev 2008, 36). Jedoch ist hinzuzufügen, dass der Rückbau von Nationalstaatlichkeit innerhalb der EU eine Gegenbewegung zur Stärkung des Nationalstaates erlebt (ebd, 37).

Von Relevanz ist auch die Annahme, dass in den Beziehungen zwischen der EU und Russland zwei gegensätzliche Logiken der internationalen Beziehungen aufeinander treffen: Integration versus Souveränität. Für die Anhänger der „Integrationslogik“ sind ökonomische Interdependenz und universelle liberale Werte von Bedeutung, während die Anhänger der „Souveränitätslogik“ die Vorteile der staatlichen Unabhängigkeit betonen, um so eine mögliche Vereinheitlichung zu vermeiden (Kononenko 2008, 196). Diese gegensätzlichen Logiken lassen sich auch in den EU-Russland-Beziehungen erkennen. Genau diese Gegensätzlichkeit kann aber als ein Charakteristikum des Globalisierungsphänomens gedeutet werden: Eine Haltung verursacht immer eine gegensätzliche Haltung. Daher treffen die Vorstellungen der Schwächung der Nationalstaatlichkeit auf die Vorstellung für deren Stärkung (Medvedev 2008, 37).

Zusätzlich zu diesen Logiken wird in den EU-Russland-Beziehungen die Wichtigkeit von Konvergenz und Divergenz unterschiedlich bewertet (Kononenko 2008, 199). Dies lässt sich daran ablesen, dass für die EU „Wertekonvergenz“ ein zentrales Element ihrer Außenbeziehungen ist, während für Russland, wie am Konzept der „Souveränen Demokratie“ gezeigt, eine „Wertedivergenz“ zu jenen des „Westens“ maßgeblich ist.

4.6.2 Vorstellung über die Gestaltung der Beziehungen

Relevant für die Gestaltung der Beziehungen ist auch das Verhalten von Politikern und Beamten beider Seiten in Verhandlungen und welches Denken hierbei vorrangig ist. Demnach dominiert bei russischen Politikern und Beamten die

realistische Sichtweise, dass Verhandlungen entweder einen Gewinner oder einen Verlierer hervorbringen. In der internationalen Politik ist das Prinzip der Selbsthilfe wichtig. Für jene der EU sind in der internationalen Politik internationale Organisationen und die Interdependenz zwischen den Staaten relevant. Zudem müssen Verhandlungen nicht immer einen Gewinner und Verlierer haben, sondern sollen auf längere Sicht zwei Gewinner hervorbringen, wenn auch nicht das jeweilig gewünschte absolute Verhandlungsziel erreicht wurde (Medvedev 2008, 13). Während bei Russlands Eliten die Idee von globaler Konkurrenz, sei es ökonomische, militärische oder normative, Anklang findet (Haukkala 2009, 4), wobei nur Gewinner und Verlierer hervorgehen können, sehen EU-Eliten in der Integration eine win-win-Situation (ebd., 2). Die von der EU angestrebte Harmonisierung von Gesetzen und Standards mit jenen von Drittstaaten ist Russlands Vorstellung von Souveränität und Staatlichkeit entgegengesetzt (Krishtenko 2004, zit. nach Haukkala 2009, 4f.). In diesem Zusammenhang ist meiner Ansicht nach auch von Relevanz, dass einer Angleichung der Gesetze und Standards an jene eines anderen Akteurs der selbst zugeschriebene Großmachtsanspruch Russlands im Wege steht.

4.6.3 Demokratie

Das Konzept der „Souveränen Demokratie“ versucht zu vermitteln, dass jedes Volk die Freiheit hat, seine „Form von Demokratie“, die den lokalen Gegebenheiten entspricht, zu wählen. Der zentrale Punkt dabei ist, dass es keine „universale“ Demokratieform gibt, so könne sie auch keinem Land aufgezwungen werden (Polyakov 2009, 23). Im Falle Russlands seien die nationalen Traditionen wie Staatszentriertheit, Großmachtsanspruch, Kollektivismus und Paternalismus zu beachten (Stykov 2007, 34).

Die Idee der „Souveränen Demokratie“ beinhaltet auch, dass der starke Staat die Gesellschaft in die „richtige“ Richtung lenkt, denn *„[...] Without strong power it is impossible to move forward into the future.“* (Putin 2003, zit. nach Casula/Perovic 2009, 23). Aus „westlicher“ Sicht scheint die Kombination von „Demokratie“ und „starker Hand“ kaum vereinbar und wird als Vorwand zur Einschränkung der Freiheit des Einzelnen betrachtet (Casula/Perovic 2009, 23f.).

Aus liberaler Sichtweise hat die Freiheit des Individuums Vorrang gegenüber staatlichem Zwang.⁶⁹

Die Elemente liberaler Demokratien wie Meinungs- und Medienfreiheit, Parteienpluralismus, tatsächliche Machtalternation und Rechtsstaatlichkeit sind im politischen System Russlands, wie in Punkt 4.4 ausgeführt, nicht oder nur unzureichend umgesetzt worden, was mit dem Konzept der „Souveränen Demokratie“ zu legitimieren versucht wird; dies kann aber über den autoritären Charakter nicht hinwegtäuschen. Die Etablierung einer liberalen Demokratie in Russland scheint auch unter einem künftigen Präsidenten Putin unwahrscheinlich, wie in Kapitel 5 noch erläutert werden wird.

Offen bleibt die Frage, wie die EU mit dem offensichtlichen Scheitern ihres „Demokratieexports“ umgehen soll. Nach Lilia Shetsova liegt der Grund des Scheiterns beim „Westen“ selbst, denn dieser sei [...] *the key guarantee of the continuation of the current Russian regime.*“ Demnach wird Weißrusslands Elite vonseiten der EU mit Sanktionen bedacht, während in Bezug auf Russland lediglich „Besorgnis“ geäußert wird, wenn russische Oppositionelle und Journalisten Repressionen ausgesetzt sind. Dies geschieht vor dem Hintergrund, Russland als „Partner“ nicht zu verlieren. Nach Shetsova können nur Sanktionen wie Visaverweigerung oder das Einfrieren von Konten in „westlichen“ Banken ein Umdenken der russischen Führung herbeiführen.⁷⁰

Ein anderer Ansatz ist, zu akzeptieren, dass es in Russland aufgrund dessen, dass bestimmte Werte unterschiedlich wichtig bewertet werden, zu keiner Etablierung einer liberalen Demokratie kommen wird. Nach Judith Gebetsroithner lassen sich diese Wertedifferenzen folgendermaßen zusammenfassen:

„It is democracy and rule of law versus control and rule of order, it is market economy versus state intervention, even ownership.“

Dies sei darauf zurückzuführen, dass viele Russen nicht an Demokratie interessiert seien und staatliche Intervention in die Wirtschaft als Zeichen für „Ord-

⁶⁹ siehe Lexikon der Bundeszentrale für politische Bildung:

http://www.bpb.de/popup/popup_lemmata.html?guid=6ACI8N, [Zugriff: 1.12.11].

⁷⁰ siehe den Kommentar von Lilia Shetsova vom 18.1.2011: „How the West has become the Kremlin's hostage“, Carnegie Moscow Centre: <http://carnegie.ru/publications/?fa=42346>, [Zugriff: 14.12.11].

nung“ begrüßt werde. Dass Russland und die EU „gemeinsame Werte“ teilen sei illusionär, da es in Russland nie Demokratie gab und daher keine Referenz an gemeinsame demokratische Werte gemacht werden könne.⁷¹

Die Problematik des Arguments, dass Demokratie in Russland keine „Tradition“ hat, besteht meiner Ansicht nach darin, dass dadurch eine Unveränderlichkeit des politischen Systems angedeutet wird und diese Haltung der politischen Führung Russlands entgegenkommt. Schlüssiger ist in diesem Zusammenhang das Argument, dass einer Demokratisierung Russlands die Unterdrückung, aber auch die Uneinigkeit der liberalen und demokratischen Opposition im Wege steht, die so keine Alternative darstellen kann. Zudem würden von der Bevölkerung Stabilität und Wohlstandssteigerung als wichtiger bewertet als Demokratisierung.⁷²

Laut einer Umfrage des Levada-Instituts ist eine Mehrheit von 57% der Befragten der Meinung, dass Russland eine Demokratie braucht. Auf die Frage, ob „Ordnung“ oder „Demokratie“ für Russland wichtiger ist, antworten 59% „Ordnung“, auch wenn dies auf Kosten demokratischer Prinzipien oder der persönlichen Freiheit geschieht. Für 18% ist Demokratie wichtiger. Auch auf die Frage, welche Demokratie Russland braucht, antworten 23%, dass es eine solche wie in Europa oder den USA benötigt, während 43% überzeugt sind, dass für Russland eine spezifische, den nationalen Traditionen entsprechende Demokratie geeignet ist.⁷³ Selbstverständlich ist an dieser Stelle noch einmal hinzuzufügen, dass die Ergebnisse von Meinungsumfragen von den Fragestellungen und Antwortmöglichkeiten abhängen und im Falle Russlands eine umfassende Meinungsbildung aufgrund des eingeschränkten Angebots an freien Medien erschwert wird.

⁷¹ siehe den Beitrag von Judith Gebetsroithner beim Internationalen Symposium: „Wege zu einer gelebten Strategischen Partnerschaft zwischen der EU und Russland“ vom 25.-26.1.2008 in Wien, International Institute for Peace:

<http://www.iip.at/projects/sym08/beitraege/Gebetsroithner.pdf>, [Zugriff: 26.10.11].

⁷² siehe den Beitrag von Gerhard Mangott, w.o.:

http://www.iip.at/projects/sym08/beitraege/Mangott_1.pdf, [Zugriff: 26.10.11].

⁷³ siehe Umfrage des Levada-Instituts vom Dezember 2009 zur Demokratie in Russland, eig. Übersetzung: <http://www.levada.ru/press/2010012105.html>, [Zugriff: 1.12.11].

5 Fazit und Ausblick

Als legale Basis der Zusammenarbeit zwischen der EU und Russland gilt nach wie vor das 1997 in Kraft getretene Partnerschafts- und Kooperationsabkommen, in dem vorrangig die Institutionalisierung der Beziehungen in Form von regelmäßigen Treffen von Vertretern beider Seiten auf allen Ebenen geregelt wurde. Zudem wurden erstmals die „gemeinsamen Werte“ Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Achtung der Menschenrechte festgelegt. Seit 2008 wird ein neues Abkommen verhandelt, das einer „Strategischen Partnerschaft“ entsprechen soll. Bis dahin werden Verhandlungen in den vier Kooperationsfeldern geführt, mit den Zielen, einen gemeinsamen Wirtschaftsraum, einen gemeinsamen Raum für Freiheit, Sicherheit und Recht mit polizeilicher und justizieller Zusammenarbeit, Kooperation bei Konflikten in der gemeinsamen Nachbarschaft und intensivierten Forschungs-, Bildungs- und Kulturaustausch, umzusetzen. Bedingung für die Realisierung der „Strategischen Partnerschaft“ bleibt Russlands Übereinstimmung mit den demokratischen und liberalen Werten, die die EU auch in ihrer Außenpolitik zu vertreten versucht.

Da dies gegenwärtig und aller Voraussicht nach auch in Zukunft unter einem künftigen Präsidenten Putin nicht der Fall sein wird, droht das Instrument der „Strategischen Partnerschaft“, bedeutungslos zu werden, auch vor dem Hintergrund, dass durch den WTO-Beitritt Russlands die anvisierte enge wirtschaftliche Zusammenarbeit auch durch WTO-Standards und Regeln erleichtert werden kann. Der „gemeinsame Raum der Freiheit“ lässt sich mittels der Abschaffung der Visumspflicht realisieren, womöglich in einem gesonderten Abkommen, anstatt eingebettet in ein neues allumfassendes Abkommen. Doch aus Sicht der EU ist verständlich, dass sie gerade die Visumspflicht als mögliches Verhandlungsinstrument beibehalten möchte, um die russische Führung doch zu innenpolitischen Reformen zu bewegen. Jedoch macht gerade die EU-Russlandpolitik den geringen Einfluss der EU auf die innenpolitischen Verhältnisse eines Drittstaates deutlich. Der Richtungsstreit unter den EU-Staaten, ob gegenüber Russland dem werte- oder dem interessengeleiteten Ansatz in der Außenpolitik Vorzug gegeben werden soll, hängt vom Thema, der Position der jeweiligen EU-Staaten und ihrem (historisch geprägten) Verhältnis zu Russland

ab. Vor diesem Hintergrund bevorzugt Russland bilaterale Beziehungen zu einzelnen wichtigen (und ihm wohlgesinnten) EU-Staaten und führt häufig das Argument der Uneinigkeit der EU-Staaten bezüglich deren Außenpolitik als hinderlich für die erfolgreiche Ausgestaltung der Beziehungen an. In Bezug auf das vorrangige Thema in den Beziehungen, das Energiethema, ist ein pragmatisches Vorgehen vorherrschend und die EU-Kommission versucht auch hier die nationalstaatlichen Kompetenzen im Rahmen einer EU-Energieaußenpolitik zu bündeln, um ein geeintes Auftreten gegenüber Russland zu gewährleisten. Russland ist der größte Lieferant für Öl und Gas der EU-27, beide Seiten müssen also an stabilen Beziehungen interessiert sein. Für die EU bedeutet dies aber, sich von der Monopolstellung des Energiekonzerns Gazprom zu befreien, vor dem Hintergrund der Annahme, dass Russland seine Energieressourcen als Druckmittel gegenüber den postsowjetischen Staaten, durch die die Pipelines führen, missbraucht. Russland möchte aber seine Monopolstellung und somit sein Einflussmittel nicht verlieren und sträubt sich gegen eine Marktliberalisierung. Damit sich Russland in Zukunft nicht mehr nur auf seine Energieressourcen verlassen muss, soll die Modernisierungspartnerschaft helfen, die rohstoffkonzentrierte Wirtschaft zu diversifizieren. Modernisierung wird aber aus Sicht der EU nicht nur in Bezug auf die Wirtschaft verstanden, sondern beinhaltet auch innenpolitische Reformen, vor allem, um die Korruption einzudämmen und die Rechtsstaatlichkeit zu sichern. Medwedew stellt dies zwar nicht in Abrede, die von ihm angestrebte Modernisierung fokussiert sich aber hauptsächlich auf die Transformation der rohstoffabhängigen Exportwirtschaft hin zur Entwicklung von Industrien, die High-tech-Produkte herstellen.

Neben dieser Uneinigkeit, worin Modernisierung hauptsächlich bestehen soll, hat die jeweilige Politik gegenüber den postsowjetischen Staaten Konkurrenzcharakter. Was für Russland das „Nahe Ausland“ ist, ist für die EU die „gemeinsame Nachbarschaft“, die sie im Rahmen der östlichen Dimension der Europäischen Nachbarschaftspolitik, der Östlichen Partnerschaft, einzubinden versucht. Sie betrifft die Ukraine, Weißrussland, Georgien, die Republik Moldau, Armenien und Aserbaidschan, also Staaten, die Russland historisch bedingt in seinem Einflussbereich sieht. Während die EU die Transformation der politischen und wirtschaftlichen Systeme dieser Länder anhand europäischer Werte und

Prinzipien als positiv erachtet, sieht Russland darin einen Angriff auf die Souveränität dieser Staaten und einen destabilisierenden Faktor, durch den unter anderem auch die „farbigen Revolutionen“ in der Ukraine und in Georgien hervorgerufen wurden. Um der EU nicht die Vorherrschaft als „soft power“, die Drittländer mit Hilfe der Attraktivität ihrer Werte und Prinzipien für sich gewinnen will, zu überlassen, versuchte die russische Führung, ihr eigenes Modell, die „Souveräne Demokratie“, zu forcieren.

Die „Integrationslogik“ der EU trifft hierbei auf die realistische Sichtweise Russlands mit den außenpolitischen Grundsätzen von Souveränität und Nichteinmischung. Nicht nur dies ist Ausdruck des Unverständnisses zwischen der EU und Russland. Die von der EU forcierte „Wertekonvergenz“ trifft auf Russlands „Wertedivergenz“, wie sie im Konzept der „Souveränen Demokratie“ augenscheinlich wird.

Mit der Betonung der Besonderheit, der Souveränität und der Abgrenzung zu den „westlichen, liberalen“ Demokratien soll das Konzept der „Souveränen Demokratie“ die normative Grundlage für die Innen- und Außenpolitik Russlands unter Putin sein. Der Ruf nach „Ordnung“, „Stabilität“ und „Zentralisierung der Macht“ wurden nach den „Chaos-Jahren“ unter Jelzin in den 1990ern laut. Zu den zentralen Entwicklungen der Jelzin-Präsidentschaft gehörte etwa der Streit um die Verfassung zwischen dem Parlament und dem Präsidenten, wobei sich letztendlich Jelzin mit seinem Verfassungsvorschlag, der weit reichende Kompetenzen für den Präsidenten beinhaltete, durchsetzen konnte. Im Zuge der wirtschaftlichen Transformation von der Planwirtschaft zur Marktwirtschaft konnten sich einige Akteure finanziell und machtpolitisch unverhältnismäßig bereichern, ohne öffentlicher Kontrolle ausgesetzt zu sein. Dadurch wurde die Annahme gestärkt, dass das „westliche“ Modell von Demokratie und Marktwirtschaft nicht passend für Russland sei und Russland daher seinen eigenen Weg finden müsse. Dieses Argument wurde in der „Souveränen Demokratie“ aufgegriffen und mit dem Rückgriff auf die politische Kultur und Tradition Russlands, zu der auch die Zentralisierung der Macht gehöre, zu legitimieren versucht. Die Stärkung der „Vertikale der Macht“ erfolgte in Form einiger Maßnahmen: Regionale Eliten wurden geschwächt, da direkte Gouverneurswahlen abgeschafft wurden, loyale Eliten wurden gestärkt, indem sie wichtige Posten erhielten, die

Parteienlandschaft ist geprägt von einer einzigen dominierenden kremltreuen Partei und als auffälligster Schritt wurde die Medienfreiheit eingeschränkt, wodurch vor allem Fernsehsender staatlich kontrolliert sind.

Außenpolitisch soll die „Souveräne Demokratie“ Russlands Großmachtsansprüche unterstreichen bzw. Russland als regionale Hegemonialmacht im postsowjetischen Raum legitimieren. Hierbei soll die „Souveräne Demokratie“ ein alternatives Wertesystem mit der Betonung von Unabhängigkeit, statt der von der EU forcierten Integrations- und Interdependenzlogik, darstellen. Der Erfolg dieser Bestrebungen ist noch nicht feststellbar, ist aber Ausdruck dessen, welche Wichtigkeit der Ausbau oder Erhalt der regionalen Macht im postsowjetischen Raum für Russland hat.

Die Wertedifferenzen lassen sich anhand unterschiedlicher Sichtweisen auf Souveränität, die Gestaltung der Beziehungen und Demokratie darlegen. Während die EU postsouveränen oder postmodernen Charakter aufweist, da die Mitgliedstaaten Teile ihrer nationalstaatlichen Kompetenzen an eine supranationale Ebene abgeben, kommt es im Falle Russlands zu einer Überbetonung nationalstaatlicher Souveränität und dem Beharren auf Nichteinmischung. Beides sind unterschiedliche Antworten darauf, wie mit Nationalstaatlichkeit und Globalisierung umzugehen ist. In der Gestaltung der Beziehungen ist die win-win-Logik der EU von Integration und Interdependenz der realistischen Sichtweise Russlands von Souveränität und Unabhängigkeit entgegengesetzt.

In Bezug auf Demokratie ist die Sichtweise vorherrschend, dass Russland sein eigenes „Demokratiemodell“ umsetzen müsse. Die Übernahme des „westlichen, liberalen“ Demokratiemodells führe zur Schwächung Russlands, da dies die Tradition und Kultur des Landes nicht berücksichtige. In diesem Zusammenhang ist anzuführen, dass Demokratie in Russland keine Tradition hat, sondern vielmehr autoritäre Systeme mit einer Personalisierung und Zentralisierung der Macht. Das Konzept der „Souveränen Demokratie“ führt dies fort, allerdings mit der Rhetorik von demokratischen Werten. Das Verständnis der EU von einem universellen Charakter demokratischer Werte, stößt auf die Ablehnung Russlands, das argumentiert, dass es kein universelles Demokratiemodell gebe und Russland nur sein eigenes Modell umsetzen könne. Hierbei seien „Ordnung“

und „Stabilität“ wichtig, was aus Sicht der EU zu einer Einschränkung des Pluralismus in der Parteien- und Medienlandschaft, zur Unterdrückung von Kritik und der Abwesenheit von tatsächlichen Alternativen zur Führung führt. Das Argument des universellen Charakters demokratischer Werten trifft auf das Argument, dass demokratische Werte vom historischen und kulturellen Kontext eines Staates abhängig sind, wobei beide Argumente missbräuchlich verwendet werden können: zum einen, um machtpolitische Interessen unter dem Banner der Demokratisierung zu tarnen und zum anderen, um mit demokratischer Rhetorik ein autoritäres System zu verschleiern.

Wie sich die Beziehungen zwischen der EU und Russland künftig gestalten, wird von der Lösung der internen Probleme Russlands wie Korruption, Bevölkerungsrückgang, starkes gesellschaftliches Gefälle zwischen armen und reichen Bevölkerungsschichten und Separationsbestrebungen im Nordkaukasus, um nur einige zu nennen, abhängen. Diese Probleme führen zur Schwächung Russlands, wodurch Russland wiederum bestrebt ist, vor allem im postsowjetischen Raum, als starker außenpolitischer Akteur aufzutreten, um so von den innenpolitischen Schwächen abzulenken, aber auch, um Ressourcen aus diesem Raum zu gewinnen (Stewart 2011, 17f.). Laut Susan Stewart wird die EU einem schwächeren, aber auch gefährlicheren Russland gegenüberstehen (ebd, 18).

Mit der Erklärung Dmitri Medwedews im September 2011, die Kandidatur Putins für die Präsidentschaftswahl 2012 zu unterstützen, war klar, dass die dritte Amtszeit Putins bevorsteht und er bei einer neuerlichen Wiederwahl bis 2024 Präsident sein könnte. Dabei besteht die Gefahr, dass die Personalisierung der Macht, die Schwächung der Institutionen, die Steuerung „von oben“, Korruption und Rechtsunsicherheit weiterhin bestehen.⁷⁴ Die Aufgaben des Präsidenten werden sich weiter darauf konzentrieren, die Interessen der Elitegruppen im

⁷⁴ siehe den Kommentar von Ben Judah vom 27.9.2011: „What does Putin 3.0 mean for Russia and the EU“, European Council on Foreign Relations: http://ecfr.eu/content/entry/commentary_what_does_putin_3.0_mean_for_russia_and_the_eu, [Zugriff: 28.11.11].

Gleichgewicht zu halten, das Vertrauen in das Präsidentenamt vor dem Hintergrund des Misstrauens der Bevölkerung in alle anderen Institutionen zu erhalten und schließlich soziale und ökonomische Probleme wie Armutsbekämpfung und Umstrukturierung der auf dem Export von Rohstoffen basierenden Wirtschaft zu lösen (Schröder 2011, 3). Auch wenn Putin eine Reihe von PR-Strategien und vor allem die kontrollierten Medien zu Verfügung stehen, um seine bestimmende Rolle zu erhalten, wird letztlich nur eine spürbare Wohlstandssteigerung für breite Schichten der Bevölkerung dazu beitragen (ebd, 4). Dies hängt großteils auch von der Preisentwicklung für Öl und Gas ab. Sinkt der Preis für die Haupteinnahmequellen des Staates, könnten soziale Unruhen ausbrechen, die auch zur Politisierung der als passiv geltenden Bevölkerung führen könnten.⁷⁵ Einem Bericht der Weltbank zufolge, liegt das prognostizierte Wirtschaftswachstum Russlands für 2011 bei 4%, für 2012 bei 3,8%. Die Aussichten für 2012 sind stark von der Entwicklung des Ölpreises abhängig. Sinkt der angenommene Preis von 95 US\$/Barrel auf 80 US\$, würde dies ein Wachstum von 2% bedeuten. Sinkt der Preis auf 60 US\$, würde Russlands Wirtschaft um 1,5% schrumpfen.⁷⁶

Mit Putin als nächstem und womöglich auch übernächstem Präsidenten drohen die Beziehungen zwischen der EU und Russland langfristig zu stagnieren und die bereits angesprochenen Probleme in den Beziehungen weiter zu bestehen.⁷⁷ Konkret würde das meiner Ansicht nach heißen, dass das Energiethema weiterhin Priorität in den Beziehungen hat und die Forderung nach Demokratie und Rechtsstaatlichkeit eine „rhetorische Pflichtübung“ vonseiten der EU bleibt.

Weitere Spannungen mit der EU könnte die von Putin vorgesehene „Eurasische Union“ mit sich bringen. Basierend auf der seit Juli 2011 bestehenden Zollunion zwischen Russland, Weißrussland und Kasachstan soll ab Jänner 2012 ein

⁷⁵ siehe das Interview mit Werner Schulz, Mitglied des EU-Parlaments und Delegation für die Beziehungen mit Russland vom 2.12.11: <http://www.euractiv.de/wahlen-und-macht/interview/russland---es-ist-keine-wahl-es-ist-eine-farce-005691>, [Zugriff: 2.12.11].

⁷⁶ siehe den Bericht der Weltbank „Russian Economic Report“ September 2011, S. 18: http://siteresources.worldbank.org/INTRUSSIANFEDERATION/Resources/305499-1245838520910/6238985-1316082024531/RER26_ENG.pdf, [Zugriff: 9.12.11].

⁷⁷ siehe den Kommentar von Ben Judah vom 27.9.2011: „What does Putin 3.0 mean for Russia and the EU“, European Council on Foreign Relations: http://ecfr.eu/content/entry/commentary_what_does_putin_3.0_mean_for_russia_and_the_eu, [Zugriff: 28.11.11].

einheitlicher Wirtschaftsraum mit einem gemeinsamen Absatzmarkt, angeglichenen Gesetzgebung und freiem Kapitalverkehr folgen. Ob weitere GUS-Staaten der „Eurasischen Union“ beitreten werden und ob diese über eine Partnerschaft mit der EU verhandeln wird, wie von Putin angestrebt⁷⁸, lässt sich gegenwärtig noch nicht abschätzen. Zudem zieht Putin eine künftig engere Zusammenarbeit mit wichtigen asiatischen Staaten vor, denn die *„EU mit ihrer wertorientierten Außenpolitik ist ihm lästig.“*⁷⁹

Nach wie vor ist Putin der populärste Politiker Russlands. Bei einer Umfrage im November 2011 gaben 67% der Befragten an, der Tätigkeit Putins als Premierminister zuzustimmen, 32% tun dies nicht, 1% gab keine Antwort.⁸⁰ Jedoch legen die organisierten Proteste gegen die vermuteten Wahlfälschungen bei den Dumawahlen 2011 den Schluss nahe, dass die Frustration unter den Wählern steigt und Putins Macht erstmals herausgefordert wird.⁸¹ Ob sich Putin weiter auf die „Souveräne Demokratie“ stützen kann oder ob er neue Ideen präsentieren muss, um seine dominierende Position zu halten, lässt sich derzeit noch nicht abschließend beurteilen.

Dass die EU mit dem Versuch, ihre Normen und Werte in ihrer Russlandpolitik zu forcieren, nicht in das politische System eingreifen kann, ist offensichtlich, da das politische System Russlands nur von innen nachhaltig geändert werden kann. Das Bemühen der EU um eine Übernahme der „europäischen Werte“ von Russland kann auch dahingehend betrachtet werden, dass dies die Reaktion Russlands hervorgerufen hat, seine eigenen Werte zu konstruieren und auf diesen zu beharren. Rhetorisch können gemeinsame Werte nicht zwanghaft hergestellt werden, auch vor dem Hintergrund, dass das Trennende nach innen eine gewisse konsolidierende Funktion hat. Eine Fortsetzung der pragmati-

⁷⁸ siehe den Artikel von Putin in der Zeitung „Iswestija“ vom 3.10.11, eig. Übersetzung: <http://www.izvestia.ru/news/502761>, [Zugriff: 2.12.11].

⁷⁹ siehe das Interview mit Alexander Rahr, Leiter des Berthold Beitz Zentrums für Russland der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik: <http://www.european-circle.de/machtpolitik/meldung/datum/2011/10/04/russland-experte-rahr-putin-ist-bestimmend.html>, [Zugriff: 9.12.11].

⁸⁰ siehe die Umfrage des Levada-Instituts „November-Rating“, eig. Übersetzung: <http://www.levada.ru/25-11-2011/noyabrskie-reitingi-odobreniya-i-doveriya-reitingi-partii>, [Zugriff: 9.12.11].

⁸¹ siehe den Kommentar von Maria Lipman, Carnegie Moscow Centre: Duma elections: Expert analysis vom 13.12.11: <http://carnegie.ru/publications/?fa=46205>, [Zugriff: 14.12.11].

schen Zusammenarbeit ohne Wertedebatte könnte auf lange Sicht jene Effekte erzielen, die sich die EU für Russland wünscht. Wichtig dabei ist, die Konstruktion der EU als „Lehrerin“ und Russlands als „Schüler“ fallen zu lassen und Russland als wichtigen internationalen Akteur ernst zu nehmen, da so auch die rhetorische Betonung und reale Demonstrationen der Stärke Russlands nicht provoziert werden muss. Auf Seiten Russlands ist die Akzeptanz der Verfasstheit der EU notwendig, um die EU trotz derzeitiger Krise als zukunftsfähig zu erachten. Eine Akzeptanz von unterschiedlichen Wertesystemen muss nicht bedeuten, diese gutzuheißen und zu unterstützen, aber eine offensichtliche Ablehnung führt dazu, dass eine Überlegenheit des einen gegenüber dem anderen konstruiert wird.

Für die künftige Gestaltung der EU-Russland-Beziehungen bleibt zu hoffen, dass das Denken in Kategorien von Konkurrenz und Überlegenheitsbestrebungen schrittweise abnimmt und die Bürger der EU und Russlands auch fühlbar von der Zusammenarbeit profitieren. Da keine Grundsätze und Denkweisen unumstößlich sind und auch jede politische Führung ihre Macht nur einen begrenzten Zeitraum erhalten kann, bleibt hier Grund zum Optimismus.

6 Quellenverzeichnis

6.1 Literaturverzeichnis

ADLER, Emmanuel (1997): Seizing the middle ground. Constructivism in World's Politics, in: European Journal of International Relations, Vol. 3, Nr. 3, S. 319-393.

ALEXANYAN, Karina (2009): TheRuNet – lost in translation, in: Russian analytical digest, Nr. 69, S. 2-5, online: http://www.laenderanalysen.de/russland/rad/pdf/Russian_Analytical_Digest_69.pdf, [Zugriff: 9.11.11].

ALMOND, Gabriel/VERBA, Sidney (1965): The civic culture. Political attitudes and democracy in five nations, Boston: Little Brown.

AVERRE, Derek (2009): Competing Rationalities: Russia, the EU and the „Shared Neighbourhood“, in: Europe-Asia Studies, Vol. 61, Nr. 10, S. 1689-1713, online: <http://www.tandfonline.com/doi/abs/10.1080/09668130903278918>, [Zugriff: 29.9.11].

AVERRE, Derek (2007): „Sovereign Democracy“ and Russia's relations with the European Union, in: Demokratizatsiya, Vol. 15, Nr. 2, S. 173-190, online: <http://www.demokratizatsiya.org/bin/pdf/DEM%2015-2%20Averre.pdf>, [Zugriff: 10.11.11].

AVERRE, Derek (2005): Russia and the European Union: Convergence or Divergence?, in: European Security, Vol. 14, Nr. 2, S. 175-202, online: <http://www.tandfonline.com/doi/abs/10.1080/09662830500336060>, [Zugriff: 28.9.11].

AZAROVA, Aitalina (2008): Formal institutions and informal politics in Russia, in: Meyer, Gerd (Hg.): Formal institutions and informal politics in Central and Eastern Europe. Hungary, Poland, Russia and Ukraine, 2. Auflage, Opladen/Farmington Hills: Barbara Budrich Publishers, S. 233-266.

BASHKIROVA, Elena (2002): Political Participation in Central and Eastern Europe. Results of the 1999 European Values Surveys, in: Fuchs, Dieter/Roller, Edeltraud u.a. (Hg.): Bürger und Demokratie in Ost und West. Studien zur politischen Kultur und zum politischen Protest, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, S. 319-350.

BARYSCH, Katinka (2010): The EU-Russia Partnership for Modernisation, in: EU-Russia Centre Review: The EU-Russia Modernisation Partnership, Issue 15, S. 28-33, online:
http://www.eu-russiacentre.org/wp-content/uploads/2008/10/EURC_review_XV_ENG.pdf, [Zugriff: 13.9.11].

BASTIAN, Katrin (2006): Die Europäische Union und Russland. Multilaterale und bilaterale Dimensionen der Außenpolitik, Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften.

BEHNKE, Andreas (2006): Grand Theory in the age of its impossibility. Contemplations on Alexander Wendt, in: Guzzini, Stefano/Leander, Anna (Hg.): Constructivism and International Relations. Alexander Wendt and his critics, London/New York: Routledge, S. 48-57.

BEICHELT, Timm/EICHER, Claudia (2006): Osteuropa, in: Merkel, Wolfgang/Puhle, Hans-Jürgen u.a. (Hg.): Defekte Demokratie, Band 2: Regionalanalysen, Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaft, S. 295-444.

BERGER, Peter/LUCKMANN, Thomas (1997): Die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit. Eine Theorie der Wissenssoziologie, Frankfurt am Main: Fischer Taschenbuch Verlag.

CAROTHERS, Thomas (2002): The end of the transition paradigm, in: Journal of Democracy, Vol. 13, Nr. 1, S. 5-21.

CASULA, Philipp (2009): Political and national identity in Russia: Developments in Russian political thought in the 1990s, in: Casula, Philipp/Perovic, Jeronim (Hg.): Identities and Politics during the Putin Presidency. The Foundations of Russia's Stability, Stuttgart: ibidem-Verlag, S. 47-66.

CASULA, Philipp/PEROVIC, Jeronim (2009): The Stabilisation of Russia during the Putin Presidency: Critical reflections, in: Casula, Philipp/Perovic, Jeronim (Hg.): Identities and Politics during the Putin Presidency. The Foundations of Russia's Stability, Stuttgart: ibidem-Verlag, S. 19-30.

COLLIER, David/LEVITSKY, Steven (1997): Democracy with adjectives: conceptual innovation in comparative research, in: World Politics, Vol. 49, Nr. 3, S. 430-451.

CONDÉ, Philippe (2011): EU-Russia: much ado about nothing? in: IPRIS viewpoints, Nr. 68, Portuguese Institute of International Relations and Security, online: <http://www.ipris.org/?menu=6&page=52>, [Zugriff: 13.9.11].

COPELAND, Dale (2006): The constructivist challenge to structural realism: a review essay, in: Guzzini, Stefano/Leander, Anna (Hg.): Constructivism and International Relations. Alexander Wendt and his critics, London/New York: Routledge, S. 1-21.

DE HAAS, Marcel (2010): Russia's foreign security policy in the 21st century. Putin, Medvedev and beyond, London/New York: Routledge.

DEMBINSKI, Matthias (2010): EU-Außenbeziehungen nach Lissabon, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Nr. 18, S. 9-15, online: <http://www.bpb.de/files/JWF71E.pdf>, [Zugriff: 21.7.11].

DITTMER, Lowell (1977): Political Culture and Political Symbolism: Toward a Theoretical Synthesis, in: World Politics, Vol. 29, Nr. 4, S. 552-583, online: <http://www.jstor.org/stable/2010039>, [Zugriff: 4.11.11].

DONALDSON, Robert/NOGEE, Joseph (2005): The foreign policy of Russia, 3. Auflage, New York: M.E. Sharpe.

EMMERSON, Michael (2001): The Elephant and the Bear: The European Union, Russia and their Near Abroads, Brüssel: Centre for European Policy Studies, online: <http://www.ceps.eu/book/elephant-and-bear-european-union-russia-and-their-near-abroads>, [Zugriff: 23.9.11].

FERDINAND, Peter (2008): Russo-Chinese relations, in: The EU-Russia Centre Review: Russian foreign policy, Issue 8, S. 87-94, online: http://www.eurussiacentre.org/wp-content/uploads/2008/10/review_viii_final_13_10.pdf, [Zugriff: 16.11.11].

FUCHS, Dieter (2002): Das Konzept der politischen Kultur: Die Fortsetzung einer Kontroverse in konstruktiver Absicht, in: Fuchs, Dieter/Roller, Edeltraud u.a. (Hg.): Bürger und Demokratie in Ost und West. Studien zur politischen Kultur und zum politischen Protest, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, S. 27-50.

GÄNZLE, Stefan (2007): Die Europäische Union als außenpolitischer Akteur. Eine Fallstudie zur EU-Politik gegenüber den baltischen Staaten und Russland, Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft.

GATHMANN, Moritz (2009): Blackbox Regionaljournalismus, in: Reporter ohne Grenzen (Hg.): Helden und Handlanger. Die Arbeit von Journalisten und Medien in den russischen Regionen, S. 5-11, online: <http://www.rog.at/ROG-Atlas.pdf>, [Zugriff: 9.11.11].

GEL'MAN, Vladimir (2008): Party politics in Russia: from competition to hierarchy, in: Europe-Asia Studies, Vol. 60, Nr. 6, S. 913-930.

GOLDSTEIN, Judith/KEOHANE, Robert (1993): Ideas & Foreign Policy, Ithaca/London: Cornell University Press.

GONTMACHER, Ewgenij/JURGENS, Igor (2010): Russland im 21. Jahrhundert: Modell einer wünschenswerten Zukunft, in: Internationale Politik und Gesellschaft Online, Nr. 2, S. 111-130, online: http://library.fes.de/pdf-files/ipg/ipg-2010-2/09_a_jurgens_d.pdf, [Zugriff: 16.9.11].

GORDON, Philip (1997/98): Europe's uncommon foreign policy, in: International Security, Vol. 22, Nr. 3, S. 74-100.

GRÄTZ, Jonas (2009): Energy relations with Russia and gas market liberalization, in: Internationale Politik und Gesellschaft Online, Nr. 3, S. 66-80, online: http://library.fes.de/pdf-files/ipg/ipg-2009-3/06_a_graetz_us.pdf, [Zugriff: 13.9.11]

GU, Xuewu (2010): Theorien der internationalen Beziehungen, 2. Auflage, München: Oldenbourg Wissenschaftsverlag.

GUZZINI, Stefano/LEANDER, Anna: Wendt's constructivism: a relentless quest for synthesis, in: Guzzini, Stefano/Leander, Anna (Hg.): Constructivism and International Relations. Alexander Wendt and his critics, London/New York: Routledge, S. 73-95.

HALL, Stuart (1992): The west and the Rest. Discourse and Power, in: Gieben, Bram/Hall, Stuart (Hg.): Formations of modernity, Cambridge: Polity Press, S. 275-331.

HARTER, Stefanie (2011): Visaerleichterung und –freiheit für Russland: Sachlage und Sachzwänge, in: Russland-Analysen, Nr. 225, S. 2-6, online: <http://www.laender-analysen.de/russland/pdf/Russlandanalysen225.pdf>, [Zugriff: 2.12.11].

HAUKKALA, Hiski (2010): Why has the EU failed in its Russia policy? in: Archer, Toby/Behr, Timo u.a. (Hg.): Why the EU fails. Learning from past experiences to succeed better next time, Helsinki: The Finnish Institute of International Affairs, S. 35-42, online: www.upi-fiia.fi/assets/publications/UPI_FIIA23_web.pdf, [Zugriff: 24.8.11].

HAUKKALA, Hiski (2009): From zero-sum to win-win? The Russian Challenge to the EU's eastern neighbourhood policies, in: European Policy Analysis, Issue 12, S.1-12, online: http://www.sieps.se/sites/default/files/581-epa_2009_12.pdf, [Zugriff: 28.9.11].

HAUKKALA, Hiski (2005): The relevance of norms and values in the EU's Russia policy, in: UPI working papers, Nr. 52, Helsinki: The Finnish Institute of International Affairs, online: http://www.fiia.fi/en/publication/19/the_relevance_of_norms_and_values_in_the_eu_s_russia_policy/, [Zugriff: 20.9.11].

HAUKKALA, Hiski (2000): The making of the European Union's Common Strategy on Russia, in: UPI working papers, Nr. 28, Helsinki: The Finnish Institute of International Affairs.

HAYOZ, Nicolas (2009): Russian „Sovereign Democracy“: a powerful ideological discourse in a quasi-authoritarian Regime, in: Casula, Philipp/Perovic, Jeronim (Hg.): Identities and Politics during the Putin Presidency. The Foundations of Russia's Stability, Stuttgart: ibidem-Verlag, S. 125-147.

HUDSON, Victoria (2009): Sovereign democracy as a discourse of Russian identity, in: Casula, Philipp/Perovic, Jeronim (Hg.): Identities and Politics during the Putin Presidency. The Foundations of Russia's Stability, Stuttgart: ibidem-Verlag, S. 189-210.

HUGHES, James (2006): EU relations with Russia: Partnership or asymmetric interdependency, London: LSE Research Online, online:
<http://eprints.lse.ac.uk/651/1/Hughes.EU-Russia.2006.pdf>, [Zugriff: 12.7.11].

HURRELL, Andrew (2006): Hegemony, liberalism and global order: what space for would-be great powers?, in: International Affairs, Vol. 82, Nr. 1, S. 1-19.

INGLEHART, Ronald/WELZEL, Christian (2005): Modernisation, Cultural Change and Democracy. The Human Development Sequence, New York: Cambridge University Press.

ISIC, Mirela/SCHÄFER, Sebastian (2008): Double win in EU-Russia-relations: roadmap for a new PCA, in: C A Perspectives, Nr. 3, München: Centre for applied policy research, S. 1-4, online:
<http://www.cap.lmu.de/download/2008/CAPerspectives-2008-03.pdf>, [Zugriff: 17.11.11].

JACOBS, Andreas (2006): Realismus, in: Schieder, Siegfried/Spindler, Manuela (Hg.): Theorien der Internationalen Beziehungen, 2. Auflage, Opladen: Verlag Barbara Budrich, S. 39-65.

JU, Jin-Sook (2010): Institutionelle Reform und Demokratiediskurs in Russland, in: Russland-Analysen, Nr. 211, S. 2-4, online:
<http://www.laender-analysen.de/russland/pdf/Russlandanalysen211.pdf>, [Zugriff: 19.8.11].

KONONENKO, Vadim (2008): Boundaries of sovereignty, frontiers of integration. Rethinking "conflict" between Russia and the EU, in: Hopf, Ted (Hg.): Russia's European choice, London: Palgrave Macmillan, S. 187-213.

KRASTEV Ivan/LEONARD Mark u.a. (2009) (Hg.): Introduction, in: Krastev Ivan/Leonard Mark u.a. (Hg.): What does Russia think? London: European Council on Foreign Relations, S. 1-7, online: http://ecfr.eu/page/-/documents/ecfr_what_does_russia_think.pdf, [Zugriff: 30.9.11].

KRASTEV, Ivan (2008): Die Krise der europäischen Ordnung und Russlands neuer Konfrontationskurs mit dem Westen, in: Transit. Europäische Revue, Nr. 35, S. 1-11, online: <http://www.eurozine.com/pdf/2008-09-02-krastev-de.pdf>, [Zugriff: 29.11.11].

KRASTEV, Ivan (2007): Russia as the "Other Europe", in: Russia in Global Affairs, Vol. 5, Nr. 4, online: http://eng.globalaffairs.ru/number/n_9779, [Zugriff: 3.9.11].

KRELL, Gert (2000): Weltbilder und Weltordnung. Einführung in die Theorie der Internationalen Beziehungen, Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft.

KUDORS, Andis (2010): "Russian World" – Russia's soft power approach to compatriots policy, in: Russian analytical digest, Nr. 81, S. 2-5, online: http://www.laenderanalysen.de/russland/rad/pdf/Russian_Analytical_Digest_81.pdf, [Zugriff: 15.11.11].

KYNEW, Alexander (2011): Die Besonderheiten des russischen Parteiensystems und die Grenzen des gelenkten Parteienwesens, in: Russland-Analysen, Nr. 227, S. 3-8, online: <http://www.laenderanalysen.de/russland/pdf/Russlandanalysen227.pdf>, [Zugriff: 7.11.11].

LARIONOVA, Marina/NAGORNOV, Vitaly (2010): Making the most of the Partnership for Modernisation, in: EU-Russia Centre Review: The EU-Russia Modernisation Partnership, Issue 15, S. 33-55, online:

http://www.eu-russiacentre.org/wp-content/uploads/2008/10/EURC_review_XV_ENG.pdf, [Zugriff: 13.9.11].

LAUG, Christoph (2011): Übersicht der zur Dumawahl am 4. Dezember zugelassenen Parteien, in: Russland-Analysen, Nr. 227, S. 13-16, online: <http://www.laender-analysen.de/russland/pdf/Russlandanalysen227.pdf>, [Zugriff: 14.11.11].

LEBAHN, Axel (2010): A moderniser – not a puppet, in: EU-Russia Centre Review: The EU-Russia Modernisation Partnership, Issue 15, S. 10-14, online: http://www.eu-russiacentre.org/wp-content/uploads/2008/10/EURC_review_XV_ENG.pdf, [Zugriff: 13.9.11].

LINZ, Juan (2003): Totalitäre und autoritäre Regime, in: Krämer, Raimund (Hg.): Potsdamer Textbuch 4, 2. Auflage, Berlin: Berliner Debatte Wissenschaftsverlag.

LJUBAREW, Arkadij (2011): Die russische Gesetzgebung über die Wahlen zur Staatsduma, in: Russland-Analysen, Nr. 227, S. 8-10, online: <http://www.laender-analysen.de/russland/pdf/Russlandanalysen227.pdf>, [Zugriff: 14.11.11].

LONGHURST, Kerry/NIES, Susanne (2009): Recasting Relations with the Neighbours – Prospects for the Eastern Partnership, Brüssel: Institute Française des Relations Internationales, online: http://www.ifri.org/files/Europe_visions/Europe_Visions_4.pdf, [Zugriff: 27.9.11].

LUKIN, Alexander/LUKIN, Pavel (2005): Myths about Russian Political Culture and the study of Russian history, in: Whitefield, Stephen (Hg.): Political Culture and Post-Communism, Oxford: Palgrave Macmillan, S. 15-42.

MANGOTT, Gerhard (2009): Die russische Phönix. Das Erbe aus der Asche, Wien: Kremayr & Scheriau.

MANGOTT, Gerhard (2006): Werte oder Interessen. Die Beziehungen der EU mit Russland oder gesinnungsethische Illusionen, in: Russland-Analysen, Nr.

121, S. 11-12, online: <http://www.laenderanalysen.de/russland/pdf/Russlandanalysen121.pdf>, [Zugriff: 3.9.11].

MANNERS, Ian (2002): Normative power Europe: a contradiction in terms? in: Journal of common market studies, Vol. 40, Nr. 2, S. 235-258, online: <http://www.princeton.edu/~amoravcs/library/mannersnormativepower.pdf>, [Zugriff: 20.9.11].

MAYER, Sebastian (2003): Die Europäische Union als Akteur der Weltpolitik. Ideen als Kategorie der Analyse von Außenbeziehungen, in: Mayer, Sebastian/Pänke, Julian u.a. (Hg.): Kulturen und Identitäten – Interessen und Strategien. Europäische Nationen und die Europäische Union vor der Osterweiterung, Frankfurt: Institut für Transformationsstudien, S. 15-25, online: http://www.europa-uni.de/de/forschung/institut/institut_fit/publikationen/archiv/workshop_dokumentationen/Mayer2003.pdf, [Zugriff: 22.7.11].

MEDVEDEV, Sergei (2008): Limits of Integration: Identities and institutions in EU-Russia relations, in: Aleksanteri Papers, Nr. 2, Helsinki: Aleksanteri Institute, online: <http://www.hse.ru/data/617/436/1233/Limits%20of%20Integration%20Medvedev.pdf>, [Zugriff: 26.9.11].

MERKEL, Wolfgang/PUHLE, Hans-Jürgen u. a. (2003): Defekte Demokratie. Band 1: Theorie, Opladen: Leske + Budrich.

MICHALEVA, Galina (2004): Russland und die Europäische Union – Eine Beziehung voller Missverständnisse, in: Russland-Analysen, Nr. 39, online: <http://www.laenderanalysen.de/russland/pdf/Russlandanalysen039.pdf>, [Zugriff: 21.8.11].

MOMMSEN, Margareta (2010): Oligarchie und Autokratie. Das hybride politische System Russlands, in: Osteuropa, Vol. 60, Heft 8, S. 25-47.

MOMMSEN, Margareta (2009): Russlands gelenkte Demokratie. Das Tandem Putin – Medwedew, in: Stimmen der Zeit, Nr. 5, S. 307-320, online: <http://www.con-spiration.de/texte/2009/mommSEN.html#1>, [Zugriff: 28.10.11].

MOMMSEN, Margareta/NUßBERGER, Angelika (2007): Das System Putin. Geleitet Demokratie und politische Justiz in Russland, München: Verlag C.H. Beck.

MOMMSEN, Margareta (2006): Surkows "Souveräne Demokratie" – Formel für einen russischen Sonderweg?, in: Russland-Analysen, Nr. 114, S. 2-5, online: <http://www.laender-analysen.de/russland/pdf/Russlandanalysen114.pdf>, [Zugriff: 3.9.11].

MONAGHAN, Andrew (2010): „Russland vorwärts!“ Moskau hat ambitionierte Pläne, muss sich aber innenpolitisch reformieren, in: Internationale Politik, September/Oktober 2010, S. 50-58.

MONAGHAN, Andrew (2008): Towards a world role? Russian foreign policy, in: The EU-Russia Centre Review: Russian foreign policy, Issue 8, S. 48-55, online: http://www.eu-russiacentre.org/wp-content/uploads/2008/10/review_viii_final_13_10.pdf, [Zugriff: 16.11.11].

MOROFF, Holger (2003): Europäische Außenpolitik. Ein Analysemodell – dargestellt an der EU-Politik gegenüber Russland, in: Mayer, Sebastian/Pänke, Julian u.a. (Hg.): Kulturen und Identitäten – Interessen und Strategien. Europäische Nationen und die Europäische Union vor der Osterweiterung, Frankfurt: Institut für Transformationsstudien, S. 25-35, online: http://www.europa.uni.de/de/forschung/institut/institut_fit/publikationen/archiv/workshop_dokumentationen/Mayer2003.pdf, [Zugriff: 23.8.11].

NEUMANN, Iver (2003): Russland positionieren. Nördlich oder östlich der Mitte? in: Kaser, Karl/Gramshammer-Hohl, Dagmar u.a. (Hg.): Europa und die Grenzen im Kopf, Klagenfurt: Wieser Enzyklopädie des europäischen Ostens 11, S. 35-64, online: http://www.wg.uni-klu.ac.at/eeo/Neumann_Russland.pdf, [Zugriff: 31.10.2011].

NEUMANN, Iver B. (1999): Uses of the other. "The East" in European identity formation. Manchester: Manchester University Press.

NEUMANN, Iver B. (1996): Russia and the idea of Europe. A study in identity and international relations, London: Routledge.

NYE, Joseph (2004): Soft power: The means to success in World Politics, New York: Public Affairs.

O'DONNELL Guillermo/SCHMITTER, Philippe (1989): Transitions from authoritarian rule. Tentative conclusions about uncertain democracies, Baltimore/London: Johns Hopkins University Press.

OKARA, Andrei (2007): Sovereign Democracy: A new Russian idea or a PR project? in: Russia in Global Affairs, Vol. 5, Nr. 3, online: http://eng.globalaffairs.ru/number/n_9123, [Zugriff: 25.10.11].

ORTTUNG, Robert (2006): Die Lage der Massenmedien in Russland, in: Russland-Analysen, Nr. 118, S. 2-6, online: <http://www.laenderanalysen.de/russland/pdf/Russlandanalysen118.pdf>, [Zugriff: 8.11.11].

PATZELT, Werner J. (2003): Einführung in die Politikwissenschaft, Passau: Wissenschaftsverlag Richard Rothe.

PETROV, Nikolai (2005): From managed democracy to sovereign democracy. Putin's regime evolution in 2005, in: PONARS Policy Memo, Nr. 396, S. 181-185, online: http://www.gwu.edu/~ieresgwu/assets/docs/ponars/pm_0396.pdf, [Zugriff: 1.11.11].

PIWOWAROW, Jurij (2006): Russkaja politika w jejo istoritscheskom i kulturnom otnoschenijach, Moskwa: ROSSPEN.

POLYAKOV, Leonid (2009): An ideological self-portrait of the Russian regime, in: Krastev, Ivan/Leonard, Mark u.a. (Hg.): What does Russia think? London: European Council on foreign affairs, S. 21-24, online: http://ecfr.eu/page/-/documents/ecfr_what_does_russia_think.pdf, [Zugriff: 3.9.11].

POPESCU, Nicu (2006): Russia's soft power ambitions, in: CEPS Policy brief, Nr. 115, S. 1-3, online: <http://aei.pitt.edu/11715/1/1388.pdf>, [Zugriff: 5.11.11].

PRIZEL, Ilya (1998): National identity and foreign policy. Nationalism and leadership in Poland, Russia and Ukraine, Cambridge: University Press.

PROZOROV, Sergei (2006): Understanding conflict between Russia and the EU. The limits of integration, New York: Palgrave Macmillan.

PURSIANEN, Christer (2008): Theories of integration and the limits of EU-Russia relations, in: Hopf, Ted (Hg.): Russia's European choice, London: Palgrave Macmillan.

RABITZ, Cornelia (2007): Gelenkte Demokratie – gelenkte Medien. Beobachtung im russischen Wahlkampf, in: Russland-Analysen, Nr. 147, S. 2-5, online: <http://www.laender-analysen.de/russland/pdf/Russlandanalysen147.pdf>, [Zugriff: 8.11.11].

REINICKE, Wolfgang/WITTE, Jan Martin (1999): Globalisierung, Souveränität und Internationale Ordnungspolitik, in: Busch, Andreas/Plümper, Thomas (Hg.): Nationaler Staat und internationale Wirtschaft, Baden-Baden: Nomos, S. 339-336, online: http://www.gppi.net/fileadmin/gppi/Globalisierung_Souveraenitaet.pdf, [Zugriff: 2.12.11].

RENZ, Bettina (2006): Die Silowiki in der russischen Politik: Politische Strategie oder Produkt des Systems? in: Russland-Analysen, Nr. 117, S. 2-4, online: <http://www.laender-analysen.de/russland/pdf/Russlandanalysen117.pdf>, [Zugriff: 12.12.11].

RÜB, Friedbert (2005): Hybride Regime – Politikwissenschaftliches Chamäleon oder neuer Regimetypus? Begriffliche und konzeptionelle Überlegungen zum neuen Pessimismus in der Transitologie, in: Krämer, Raimund (Hg.): Autoritäre System im Vergleich, Potsdam: Universitätsverlag Potsdam, S. 93-118.

SAKWA, Richard (2005): Partial adaption and political culture, in: Whitefield, Stephen (Hg.): Political Culture and Post-Communism, Oxford, Palgrave Macmillan, S. 42-64.

SCHNEIDER, Eberhard (2005): Die Europäische Union und Russland im 21. Jahrhundert. Interessen beider Seiten, in: Forschungsgruppe Russland/GUS, Stiftung Wissenschaft und Politik, Deutsches Institut für Sicherheit und Politik, online: <http://www.swp->

berlin.org/fileadmin/contents/products/arbeitspapiere/EU_RF_ks.pdf, [Zugriff: 23.9.11].

SCHÖRNIG, Niklas (2006): Neorealismus, in: Schieder, Siegfried/Spindler, Manuela (Hg.): Theorien der Internationalen Beziehungen, 2. Auflage, Opladen: Verlag Barbara Budrich, S. 65-93.

SCHRÖDER, Hans-Henning (2011): Alles beim Alten? in: Russland-Analysen, Nr. 226, S. 2-5, online: <http://www.laenderanalysen.de/russland/pdf/Russlandanalysen226.pdf>, [Zugriff: 29.11.11].

SCHRÖDER, Hans-Henning (2010): Elitenkonstellationen in Medwedews Russland, in: Russland-Analysen, Nr. 202, S. 11-15, online: <http://www.laenderanalysen.de/russland/pdf/Russlandanalysen202.pdf>, [Zugriff: 12.12.11].

SEVERIN, Adrian (2010): PCA and the Modernisation Partnership, in: EU-Russia Centre Review: The EU-Russia Modernisation Partnership, Issue 15, S. 18-24, online: http://www.eu-russiacentre.org/wp-content/uploads/2008/10/EURC_review_XV_ENG.pdf, [Zugriff: 13.9.11].

SHEKHOTSOV, Anton/UMLAND, Andreas (2011): Vladimir Zhirinovskij and the LDPR, in: Russian analytical digest, Nr. 102, S. 14-17, online: http://www.laenderanalysen.de/russland/rad/pdf/Russian_Analytical_Digest_102.pdf, [Zugriff: 5.12.11].

SHETSOVA, Lilia (2010): Lonely power. Why Russia has failed to become the West and the West is weary of Russia, Washington D.C.: Carnegie Endowment for International Peace.

SIEGERT, Jens (2011): Warum eigentlich Wahlen? in: Russland-Analysen; Nr. 227, S. 10-13, online: <http://www.laenderanalysen.de/russland/pdf/Russlandanalysen227.pdf>, [Zugriff: 14.11.11].

SIEGERT, Jens (2008): It's all psychology! Die Beziehungen zwischen Russland und der EU, in: Russland-Analysen, Nr. 167, S. 2-5, online:

<http://www.laender-analysen.de/russland/pdf/Russlandanalysen167.pdf>,
[Zugriff: 19.8.11].

SMITH, Karen (2005): Beyond the civilian power debate, London: LSE Research Online, online: <http://eprints.lse.ac.uk/812>, [Zugriff: 13.10.11].

SMITH, Mark (2006): Sovereign Democracy: the ideology of Yedinaya Rossiya, in: Conflict Studies Research Centre, Russian Series 06/37, Defence academy of the United Kingdom, online: [www.da.mod.uk/colleges/arag/document-listings/russian/06\(37\)MAS.pdf](http://www.da.mod.uk/colleges/arag/document-listings/russian/06(37)MAS.pdf), [Zugriff: 27.10.11].

SPANGER, Hans-Joachim (2007): EU-Russland: Was bleibt von der Strategischen Partnerschaft? in: Internationale Politik und Gesellschaft Online, Nr. 2, S. 91-113, online:
http://library.fes.de/pdf-files/ipg/ipg-2007-2/08_spanger_d.pdf, [Zugriff: 8.9.11].

STEWART, Susan (2011): Russlands fehlende Modernisierung. Konsequenzen für die EU, in: Russland-Analysen, Nr. 225, S. 16-19, online:
<http://www.laender-analysen.de/russland/pdf/Russlandanalysen225.pdf>,
[Zugriff: 28.11.11].

STEWART, Susan (2009): The eastern dimension of the EU external relations, in: Russian analytical digest, Nr. 61, S. 2-6, online: http://www.laender-analysen.de/russland/rad/pdf/Russian_Analytical_Digest_61.pdf, [Zugriff: 29.9.11].

STEWART, Susan (2008): Das Feindbild Westen im Russland von heute, in: Russland-Analysen, Nr. 174, S. 2-4, online:
<http://www.laender-analysen.de/russland/pdf/Russlandanalysen174.pdf>,
[Zugriff: 30.9.11].

STYKOW, Petra (2007): Außenpolitische Implikationen der „souveränen Demokratie“, in: Russland in der internationalen Politik – Rückkehr einer Großmacht? Gemeinsame Konferenz des Deutschen Instituts für internationale Politik und Sicherheit, der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde und der Konrad-Adenauer-Stiftung, S. 33-37, online: [http://www.swp-](http://www.swp-ber-)
[ber-](http://www.swp-berlin.org/Dateien/Stykow_Russland_in_der_internationalen_Politik.pdf)
[lin.org/Dateien/Stykow_Russland_in_der_internationalen_Politik.pdf](http://www.swp-berlin.org/Dateien/Stykow_Russland_in_der_internationalen_Politik.pdf)

lin.org/fileadmin/contents/products/projekt_papiere/Russland_Konferenz_ks.pdf, [Zugriff: 6.3.11].

SURKOW, Wladislaw (2009): Nationalization of the Future: Paragraphs pro Sovereign Democracy, in: Russian Studies in Philosophy, Vol. 47, Nr. 4, S. 8-21.

SURKOW, Wladislaw (2008): Suverenitet – polititscheskaja sinonim konkurentsposobnosti, in: Surkow, Wladislaw (Hg.): Teksti 97-100, Moskau: Isdadelstwo Moskwa, S. 125-172.

SURKOW, Wladislaw (2007): Russkaja polititscheskaja kultura. Wsgljad is utopii, in: Russkij schurnal, online: <http://www.russ.ru/pole/Russkaya-politicheskaya-kul-tura.-Vzglyad-iz-utopii>, [Zugriff: 3.9.11].

THORUN, Christian (2009): Explaining change in Russian Foreign Policy. The Role of Ideas in Post-Soviet Russia's conduct towards the West, London: Palgrave Macmillan.

TIMMERMANN, Heinz (2000): Russlands Strategie für die Europäische Union. Aktuelle Tendenzen, Konzeptionen und Perspektiven, Köln: Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien, online: http://www.ssoar.info/ssoar/files/swp/berichte/ber00_05.pdf, [Zugriff: 16.9.11].

TÖPFL, Florian (2010): Gelenkter Volkszorn. Skandal-Management in der russischen „souveränen Demokratie“, in: Russland-Analysen, Nr. 207, S. 16-20, online: <http://www.laender-analysen.de/russland/pdf/Russlandanalysen207.pdf>, [Zugriff: 8.11.11].

TRENIN, Dmitri (2005): Russia, the EU and the common neighbourhood, London: Centre for European Reform, online: http://www.cer.org.uk/sites/default/files/publications/attachments/pdf/2011/essay_russia_trenin_sept05-2151.pdf, [Zugriff: 29.9.2011].

ULBERT, Cornelia (2006): Sozialkonstruktivismus, in: Schieder, Siegfried/Spindler, Manuela (Hg.): Theorien der Internationalen Beziehungen, 2. Auflage, Opladen: Verlag Barbara Budrich, S. 409-441.

VINOGRADOV, Dmitry (2006): Das russische Internet: Insel der Meinungsfreiheit und Zivilgesellschaft, in: Russland-Analysen, Nr. 118, S. 17-22, online: <http://www.laender-analysen.de/russland/pdf/Russlandanalysen118.pdf>, [Zugriff: 9.11.11].

WALTZ, Kenneth (2001): Man, the state and war. A theoretical analysis, New York: Columbia University Press.

WEBER, Max (1972): Wirtschaft und Gesellschaft: Grundriss der verstehenden Soziologie, 5. Auflage, Tübingen: Mohr Siebeck.

WENDT, Alexander (1999): Social Theory of International Politics, Cambridge: University, Press.

WENDT, Alexander (1992): Anarchy is what States Make of it: The Social Construction of Power Politics, in: International Organization, Vol. 46, Nr. 2, S. 391-425, online: <http://www.jstor.org/stable/2706858>, [Zugriff: 12.10.11].

WHITE, Stephen (2010): Classifying Russia's Politics, in: White, Stephen/Sakwa, Richard u.a. (Hg.): Developments in Russian Politics 7, Basingstoke: Palgrave Macmillan, S. 263-282.

WHITEFIELD, Stephen (2005): Political Culture and Post-Communism, Oxford: Palgrave Macmillan.

6.2 Internetquellenverzeichnis

EU-Quellen

EU External Action

http://eeas.europa.eu/russia/index_en.htm

Strategische Partnerschaft EU-Russland:

http://www.eeas.europa.eu/russia/docs/russia_brochure07_en.pdf, [Zugriff: 12.7.11].

Europäische Kommission

Bilaterale Handelsbeziehungen mit Russland:

http://ec.europa.eu/trade/creating-opportunities/bilateral-relations/countries/russia/index_en.htm, [Zugriff: 23.8.11].

Europäische Nachbarschaftspolitik:

http://ec.europa.eu/world/enp/funding_de.htm, [Zugriff: 22.8.11]

http://ec.europa.eu/world/enp/policy_de.htm, [Zugriff: 27.9.11].

Statistical Pocketbook 2010: EU energy and transport in figures:

http://ec.europa.eu/energy/publications/statistics/doc/2010_energy_transport_figures.pdf, [Zugriff: 7.9.11].

Pressemitteilung der Europäischen Kommission vom 10.11.11:

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/1334&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>, [Zugriff: 17.11.11].

Europäisches Parlament

Darstellung der Russländischen Föderation:

http://www.europarl.europa.eu/parliament/expert/displayFtu.do?language=de&id=73&ftuld=FTU_6.4.2.html [Zugriff: 19.9.11].

Rat der Europäischen Union:

Pressemitteilung EU-Russland-Gipfel 31.5-1.6.2010:

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_Data/docs/pressdata/en/er/114747.pdf, [Zugriff: 13.9.11].

Factsheet "The EU's Eastern Partnership":

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/ec/124798.pdf, [Zugriff: 30.9.11].

Abkommen, Strategien und Verträge

Gemeinsame Strategie der Europäischen Union für Russland:

[http://eur-](http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:1999:157:0001:0009:DE:PDF)

[lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:1999:157:0001:0009:DE:PDF](http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:1999:157:0001:0009:DE:PDF), [Zugriff: 23.8.11].

Partnerschafts- und Kooperationsabkommen EU-Russland:

[http://eur-](http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=CELEX:21997A1128(01):EN:NOT)

[lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=CELEX:21997A1128\(01\):EN:NOT](http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=CELEX:21997A1128(01):EN:NOT) [Zugriff: 22.8. 11].

Programm TACIS:

http://europa.eu/legislation_summaries/external_relations/relations_with_third_countries/eastern_europe_and_central_asia/r17003_de.htm, [Zugriff: 22.8.11].

Vertrag von Lissabon:

[http://eur-](http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:C:2007:306:0010:0041:DE:PDF)

[lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:C:2007:306:0010:0041:DE:PDF](http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:C:2007:306:0010:0041:DE:PDF), [Zugriff: 21.9.11].

Vertrag über die Europäische Energiecharta:

http://europa.eu/legislation_summaries/energy/external_dimension_enlargement/l27028_de.htm, [Zugriff: 7.9.11].

Nichtregierungsorganisationen und internationale Organisationen

Freedom House

http://www.freedomhouse.org/images/File/fiw/FIW_2011_Booklet.pdf, [Zugriff: 29.10.11].

OSZE

Bericht „International election observation“ von OSZE und Europarat:

<http://www.osce.org/odihr/85757>, [Zugriff: 5.12.11].

Reporter ohne Grenzen

Press Freedom Index 2010:

<http://en.rsf.org/press-freedom-index-2010,1034.html>, [Zugriff: 9.11.11].

[http://www.reporter-ohne-](http://www.reporter-ohne-grenzen.de/fileadmin/rte/docs/2009/Liste_getoetete_Journalisten_Rus.pdf)

[grenzen.de/fileadmin/rte/docs/2009/Liste_getoetete_Journalisten_Rus.pdf](http://www.reporter-ohne-grenzen.de/fileadmin/rte/docs/2009/Liste_getoetete_Journalisten_Rus.pdf), [Zugriff: 9.11.11].

Transparency International

Corruption Perception Index 2010 Report:

http://www.transparency.org/policy_research/surveys_indices/cpi/2010/results, [Zugriff: 23.9.11].

Weltbank

„Russian Economic Report“ September 2011:

http://siteresources.worldbank.org/INTRUSSIANFEDERATION/Resources/305499-1245838520910/6238985-1316082024531/RER26_ENG.pdf, [Zugriff: 9.12.11].

Russische Quellen

Meinungsforschungsinstitute

„Fond öffentlicher Meinung“

Umfrage vom 2.8.2007 zum Leitmedium:

<http://bd.fom.ru/report/map/d073121>, [Zugriff: 9.11.11].

Levada-Institut

Umfrage vom August 2011 zu Manipulationen und Fälschungen bei den Dumawahlen:

<http://old.levada.ru/press/2011091301.html>, [Zugriff: 14.11.11].

Umfrage vom Jänner 2011 zum Großmachtsanspruch Russlands:

<http://www.levada.ru/09-02-2011/osobyi-put-i-rossiiskaya-imperiya>, [Zugriff: 1.12.11].

Umfrage vom Dezember 2009 zur Demokratie in Russland:

<http://www.levada.ru/press/2010012105.html>, [Zugriff: 1.12.11].

„November-Rating“:

<http://www.levada.ru/25-11-2011/noyabrskie-reitingi-odobreniya-i-doveriya-reitingi-partii>, [Zugriff: 9.12.11].

Offizielle Dokumente

Mittelfristige Strategie Russlands für die EU:

http://www.mid.ru/bdomp/dip_vest.nsf/99b2ddc4f717c733c32567370042ee43/e94c2359350e2df3c32568860050d965!OpenDocument, [Zugriff: 16.9.11].

Verfassung der Russländischen Föderation:

<http://www.constitution.ru/de/part1.htm>, [Zugriff: 28.10.11].

Zentrale Wahlkommission der Russländischen Föderation

Wahlergebnisse Dumawahl 2007:

http://www.vybory.izbirkom.ru/region/region/izbirkom?action=show&root=1&tvd=100100021960186&vrn=100100021960181®ion=0&global=1&sub_region=0&prver=0&pronetvd=null&vibid=100100021960186&type=242, [Zugriff: 14.11.11].

Wahlergebnisse der Dumawahl 2011:

http://www.vybory.izbirkom.ru/region/region/izbirkom?action=show&root=1&tvd=100100028713304&vrn=100100028713299®ion=0&global=1&sub_region=0&prver=0&pronetvd=null&vibid=100100028713304&type=242, [Zugriff: 5.12.11].

Sonstige Quellen

Bildungszentrum Schloss Wendgräben

Beiträge von Roland Götz, Dmitri Moltschanow und Margareta Mommsen vom 5./6.11.2008: „Die europäisch-russische strategische Partnerschaft. Gemeinsame Werte und Interessen“:

http://www.kas.de/wf/doc/kas_15091-1522-1-30.pdf?081118101148, [Zugriff: 7.9.11].

Bundeszentrale für politische Bildung

Artikel von Jacek Cichocki und Wojciech Konończuk vom 13.7.2009: „Polen und seine Nachbarn. Die Beziehungen zu Russland“:

http://www.bpb.de/themen/94ZET6,0,0,Die_Beziehungen_zu_Russland.html, [Zugriff: 8.9.11].

Artikel von Frank Umbach vom 5.9.2008: „Die EU-Energiestrategien. Auf dem Weg zur gemeinsamen Energieaußenpolitik?“:

http://www.bpb.de/themen/V86QPM,0,0,Die_EUEnergiestrategien.html, [Zugriff: 7.9.11].

Lexikon Bundeszentrale für politische Bildung:

http://www.bpb.de/popup/popup_lemmata.html?guid=6ACI8N, [Zugriff: 1.12.11].

euractiv.com

<http://www.euractiv.com/en/energy/gas-crisis-resolved-lack-eu-energy-policy-remains-problem/article-151227>, [Zugriff: 7.9.11].

<http://www.euractiv.com/de/energie/geopolitische-aspekte-eu-energieversorgung/article-142798>, [Zugriff: 7.9.11].

<http://www.euractiv.com/de/energie/kommission-bleibt-gazprom-klausel/article-171769>, [Zugriff: 13.9.11].

Interview vom 2.12.11 mit Werner Schulz, Mitglied des EU-Parlaments und der Delegation für die Beziehungen mit Russland:

<http://www.euractiv.de/wahlen-und-macht/interview/russland---es-ist-keine-wahl-es-ist-eine-farce-005691>, [Zugriff: 2.12.11].

euroobserver.com

Artikel von Andrew Rettman: „EU-Russia summit ends with prickly exchange over energy“ vom 23.5.09:

<http://euobserver.com/24/28173>, [Zugriff: 30.9.11].

eurodialog.org

Artikel von Česlovas Iškauskas vom 4.6.11: „Third Energy Package: dispute between Russia and the EU“:

<http://eurodialogue.org/Third-Energy-Package-dispute-between-Russia-and-the-EU>, [Zugriff: 7.9.11].

european-circle.de

Interview mit Alexander Rahr, Leiter des Berthold Beitz Zentrums für Russland der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik:

<http://www.european-circle.de/machtpolitik/meldung/datum/2011/10/04/russland-experte-rahr-putin-ist-bestimmend.html>, [Zugriff: 9.12.11].

European Council on Foreign Relations

Kommentar von Ben Judah vom 27.9.2011: „What does Putin 3.0 mean for Russia and the EU“:

http://ecfr.eu/content/entry/commentary_what_does_putin_3.0_mean_for_russia_and_the_eu, [Zugriff: 28.11.11].

Carnegie Endowment Centre:

Kommentar von Maria Lipman vom 13.12.11: „Duma elections: Expert analysis“:

<http://carnegie.ru/publications/?fa=46205>, [Zugriff: 14.12.11].

Kommentar von Lilia Shetsova vom 18.1.2011: „How the West has become the Kremlin's hostage”:

<http://carnegie.ru/publications/?fa=42346>, [Zugriff: 14.12.11].

Artikel von Lilia Shetsova vom 7.8.2007: „Anti-westernism is the new national idea”:

<http://carnegieendowment.org/2007/08/07/anti-westernism-is-new-national-idea/d45>, [Zugriff: 3.10.11].

International Institute for Peace, Wien

Beitrag von Judith Gebetsroithner: „EU-Russia: where are we heading?“ Internationales Symposium: Wege zu einer gelebten Strategischen Partnerschaft zwischen der EU und Russland, 25.-26.1.2008,

<http://www.iip.at/projects/sym08/beitraege/Gebetsroithner.pdf>, [Zugriff: 26.10.11].

Beitrag von Gerhard Mangott: „Russlands souveräne Demokratie“, w.o.:

http://www.iip.at/projects/sym08/beitraege/Mangott_1.pdf, [Zugriff: 26.10.11].

Johnson's Russia List

Artikel von Richard Sakwa vom 7.4.2011: „Surkov: dark prince of the Kremlin“, Johnson's Russia List:

<http://www.cdi.org/russia/johnson/russia-surkov-dark-prince-kremlin-723.cfm>, [Zugriff: 28.10.11].

London School of Economics and Political Science

Artikel von Laure Delcour vom 5.4.2011: „The EU and Russia's modernisation: one Partnership, two views“, Blog International Affairs at LSE:

<http://blogs.lse.ac.uk/ideas/2011/04/the-eu-and-russia%E2%80%99s-modernisation-one-partnership-two-views/>, [Zugriff: 27.12.11].

martindale.com

Informationsdokument von Dahlawi Khaled, Nina Howell u.a. vom 5.8.11:

„The EU's Third Energy Package: Reforms Kick-In but Member State Implementation Lags Behind“:

http://www.martindale.com/government/article_King-Spalding-International-LLP_1325886.htm, [Zugriff: 7.9.11].

Protokoll des 135. Bergedorf Runden Tisches zum Thema: „Interests and Partners of German Foreign Policy“, Berlin:

http://www.koerber-stiftung.de/fileadmin/bg/PDFs/bnd_135_en.pdf, [Zugriff: 28.9.11].

Wissenschaftliche Dienste, Deutscher Bundestag

Dokument von Farina Busch und Margot Heimbach vom 29.7.2009: „Strategische Partnerschaften der Europäischen Union“:

http://www.bundestag.de/dokumente/analysen/2009/strategische_partnerschaft_en_eu.pdf, [Zugriff: 12.7.11].

Dokument von Claus-Martin Gaul vom 11.1.2006: „Der Energiedialog zwischen der EU und Russland“:

http://www.bundestag.de/dokumente/analysen/2006/Der_Energiedialog_zwischen_der_EU_und_Russland.pdf, [Zugriff: 7.9.11].

Zeitungsartikel

Die Presse

Kommentar von Erhard Busek vom 7.12.2010:

<http://diepresse.com/home/meinung/gastkommentar/616419/Russland-modernisieren-aber-wie>, [Zugriff 12.7.11].

Financial Times

Interview mit Dmitri Medwedew vom 24.3.2008:

<http://www.ft.com/cms/s/0/f40629a8-f9ba-11dc-9b7c-000077b07658.html#axzz1WuNRe7Nf>, [Zugriff: 3.9.11].

gazeta.ru

Artikel von Dmitri Medwedew: „Russland, voran“:

http://www.gazeta.ru/comments/2009/09/10_a_3258568.shtml?page=56, [Zugriff. 23.9.11].

Iswestija

Artikel von Wladimir Putin vom 3.10.11:

<http://www.izvestia.ru/news/502761>, [Zugriff: 2.12.11].

Kommersant:

Bericht vom 11.2.2010 über Modernisierungspartnerschaft:

<http://kommersant.ru/doc/1319877?isSearch=True>, [Zugriff: 26.9.11].

Nesawisimaja Gaseta

Bericht vom 25.2.2005 über USA-Russland-Gipfel:

http://www.ng.ru/politics/2005-02-25/1_summit.html, [Zugriff: 31.10.11].

Artikel von K. Kosachew vom 28.12.2004:

http://www.ng.ru/world/2004-12-28/5_uspeh.html, [Zugriff: 5.11.11].

7 Anhang

7.1 Abstract

Das Ziel der Diplomarbeit ist es, die Beziehungen zwischen der EU und Russland aus zwei Blickwinkeln zu analysieren. Zum einen soll die Zusammenarbeit erläutert werden, wobei es gilt, bestehende Abkommen, eine künftige Partnerschaft und die jeweiligen Strategien zu beleuchten, um darzustellen, worin die Interessen, die Notwendigkeit und die Probleme und Konflikte der Beziehungen liegen. Die Interessen und die Notwendigkeit einer engen Zusammenarbeit bestehen vor allem vor dem Hintergrund, dass Russland für die EU Hauptlieferant von Öl und Gas ist, während Russland die EU als Partner für die Modernisierung der Wirtschaft benötigt. Zum anderen sind die Beziehungen jedoch geprägt von Wertedifferenzen. Aus Sicht der EU ist die Bedingung für eine vertiefte Zusammenarbeit die Beachtung der Werte der EU. Ab dem Amtsantritt Putins als Präsident wurde aber von der politischen Elite Russlands die Betonung der Differenz der „russischen Werte“ zu jenen des „Westens“ wie auch die Annahme, dass Russland sein eigenes „Demokratiemodell“, die „Souveräne Demokratie“, entwickeln müsse, forciert. In der Arbeit werden Hintergründe, Werte und Ideen, sowie innen- und außenpolitische Auswirkungen des Modells, das als normative Grundlage und Legitimationsbasis des politischen Systems Russlands ab Putin konstruiert wurde, dargestellt, um die Wertedifferenz zwischen der EU und Russland zu verdeutlichen.

7.2 Lebenslauf

Persönliche Informationen

Name:	Isabella Gaisbauer
Wohnort:	1090 Wien
Geburtsort:	Linz
Geburtstag:	20.11.1986
E-Mailadresse	isabella.gaisbauer@gmx.at

Ausbildung

Okt. 2006 – März 2012	Politikwissenschaft an der Universität Wien
Okt. 2006 – voraussichtl. April 2013	Slawistik/Russisch an der Universität Wien
Sept. 2001 – Juni 2006	Handelsakademie Linz Auhof

Sprachen

Deutsch:	Muttersprache
Englisch:	fließend in Wort und Schrift: Business English Certificate und First Certificate in English (University of Cambridge)
Russisch:	sehr gut in Wort und Schrift
Französisch:	Maturaniveau
Tschechisch:	leicht fortgeschritten

Auslandsstudien

November 2011:	Studienreise der Politikwissenschaft Wien zum Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag, zum Europäischen Parlament und zur Europäischen Kommission in Brüssel und zur UNESCO in Paris
----------------	---

- August 2011: Teilnahme an der Sommerschule "EU-Russia-Relations" an der Moscow State University (MSU)
- Februar 2011: Studienreise der Politikwissenschaft Wien zu den Vereinten Nationen, New York, zur Weltbank und zum Währungsfond, Washington DC
- Sept. 2010 – Jän.2011: Joint-Study-Stipendium, Auslandssemester an der Russian State University of the Humanities (RSUH) Moscow
- Juli 2009: Intensivsprachkurs Tschechisch in Liberec, Tschechien
- Juli 2007: Intensivsprachkurs Russisch in Nishnij Novgorod, Russland

Training/Voluntärstätigkeit

- August 2011: Teilnahme am Vienna International Model of the United Nations
- November 2010: Teilnahme am Model of the United Nations der RSUH Moscow
- Juli 2010: Voluntärin bei der UN-Aids-Konferenz in Wien